BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

März 1963 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats Februar 1963 S. 169
- Berichte und Kommentare S. 172

- Die Lage:
  Dr. Hermann Rauschning:
  Die Strukturkrise der westlichen Allianz S. 179

- Tomas Torsvik, Bergen/Norwegen:
  Die Mauer S. 192
- Prof. Dr. Wolfgang Abendroth:
  Nach der Bundestagsdebatte über die Notstandsgesetze S. 198
- Dr. Ludwig Henze:
  Die Logik der Experimentierscheu S. 202
- Enrico Marussig, Rom:
  Italien bewältigt seine Vergangenheit. Dargestellt am italienischen Film S. 208
- Anton Zischka:
  „Playing it cool." Das Problem der „Un-Interessierten" S. 212

- Aus der Wirtschaft S. 217

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 220

- Buchbesprechungen S. 230

- Dokumente zum Zeitgeschehen
  (u. a.: Amerikanische Wissenschaftler zum Atombunker-Problem) S. 224

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VIII. Jahrgang Heft 3

Vorgesehen sind u. a.:

Wolfgang Baranowsky:
Kybernetik

Dr. Achim v. Borries:
Planung für die Freiheit — Zum 70. Geburtstag Karl Mannheims

Manfred Forster:
Das „Sozialpaket"

Prof. Dr. Emil J. Gumbel, New York:
Reiseeindrücke aus Südostasien

Dr. Eugen Koller:
Konfessionalismus in der Schule

Helga Koppel:
Die Grund-Torheit. Über den Antikommunismus

Felix Molitor:
Restauration und Reaktion in westdeutschen Geschichtsbüchern

In den letzten Heften u.a.:

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Die Kirche in der deutschen Situation (5/62)

Außenminister Dr. Adam Rapacki: Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone (6/62)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Von Ursachen und Folgen föderalistischer Mißverständnisse (7/62)

Prof. Dr. Ragnar Frisch, Oslo:
Warum ich den Gemeinsamen Markt ablehne (11/62)

UN-Generalsekretär Sithu U Thant:
Die Ost-West-Beziehungen und die Vereinten Nationen (1/63)

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer:
Pressefreiheit und Landesverrat (1 u. 2/63)

Rechtsanwalt Heinrich Hannover:
Zur Frage einer Notstandsverfassung (1 u. 2/63)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,—, zuzüglich DM —,20 Porto oder Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

Berichte und Kommentare

Politischer Aschermittwoch

Der beste Platz war es nicht, der Platz an der Theke im Elysee, an der man sich am 22. Januar gemeinsame Tränke der Stärke bereitete und einverleibte. Nichts gegen Freundschaft und gute Nachbarschaft, sie sind nicht nur nützlich und notwendig, sondern nach allen Seiten hin geradezu eine Voraussetzung für eine konstruktive und dauerhafte politische Entwicklung in Europa. Doch was nach Paris und Brüssel erfolgte, versetzte Europa einen derben Fußtritt, und in Bonn türmen sich die Scherben der Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Partei-Politik. Die Gegner der Regierung könnten sich lachend die Hände reiben; aber die Scherben sind Bruchstücke unseres politischen Kapitals, unserer wirtschaftlichen Zukunft, unseres demokratischen Lebens. Es besteht kein Grund zur Freude. Es besteht Grund zur allerernsthaftesten Besinnung und nicht zuletzt zu konstruktiven Entschlüssen an Stelle von Paraphrasen, Beschwichtigungen und umkämpften sachlichen und persönlichen Tabus.

Eschatologie und Politik sind sehr verschiedene Dinge. Mag kontinentale Glückseligkeit einer der heftigsten Impulse des Frankreichs des Generals de Gaulle sein, die Überschüsse in der Handelsbilanz der EWG rühren immer noch aus den regen Wirtschaftsverbindungen mit den so brüskierten EFTA-Ländern her. Während gleich nach dem Paukenschlag von Brüssel de Gaulle darauf dringt, die früheren französischen Kolonialstaaten, jetzt selbständige Territorien, in die EWG aufzunehmen, was die französische Position stärkt, da die wirtschaftlichen Verflechtungen von früher die Handelspolitik dieser Länder noch beherrschen, droht der EWG ein zweiter Schock: de Gaulle lehnt Verhandlungen über die „Trade Expansion Act" zwischen den USA und der EWG ab und fordert, daß nicht allein über die Senkung der amerikanischen Zölle im Handelsverkehr mit Europa gesprochen werde, sondern alle zwischen USA und Westeuropa stehenden wirtschaftlichen und politischen Fragen angesprochen werden müßten. Der Kommentar führender EWG-Persönlichkeiten im Gespräch in Brüssel lautete dazu: „De Gaulle wird auch diese Verhandlungen benutzen, seiner speziellen Atompolitik zum Erfolg zu verhelfen: er wird erpressen!". Dieser deutsch-französische Vertrag, in dem angeblich nichts enthalten ist, was der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Westens entgegenstehen könnte, ist von Anbeginn an ein Objekt wachen Mißtrauens in beiden Teilen der Welt geworden. Sein Vorhandensein setzt die Beteuerungen der Bonner Politiker, die Freundschaft mit England eben so hoch zu veranschlagen, wie die mit dem französischen Nachbarn, in einen zwielichtigen Aspekt. Kann man denn glauben, daß der Bundeskanzler, der unsere Politik nach der im Grundgesetz ihm erteilten Vollmacht bestimmt, nicht voraussehen k o n n t e, welche Folgen der 22. Januar für Europa und Deutschland nach sich ziehen mußte; oder muß man nicht vielmehr fragen, ob er es nicht voraussehen w o l l t e?

In der Regierungserklärung vor dem Bundestag beteuerte der Kanzler — und das muß man als Richtlinie für die Politik verstanden wissen —, daß man alles tun müsse, um England den Beitritt zur EWG zu ermöglichen. Bundeswirtschaftsminister Erhard führte Gespräche mit englischen Politikern und Wirtschaftlern, um hierüber zu sondie-

ren. Der Kanzler schrieb am 26. Februar: „Das Bundeswirtschaftsministerium soll in EWG-Sachen die wirtschaftliche Seite vertreten, nicht aber die politische. Die politische Seite ist vom Auswärtigen Amt zu vertreten. Wenn der Wirtschaftsminister es für notwendig hält, irgendwie politisch tätig zu werden, muß er sich vorher mit dem Auswärtigen Amt verständigen, evtl. muß meine Entscheidung eingeholt werden, da ich die Richtlinien in der Politik bestimme. Vielleicht nehmen Sie auch Notiz davon, daß die britische Regierung jetzt schon zweimal erklärt hat, daß sie nicht beabsichtige, vor ihren Parlamentswahlen die Frage des Eintritts in die EWG erneut zu behandeln." Überschrift: „Sehr geehrter Herr Erhard", Unterschrift: „Mit besten Grüßen Ihr (gez.) Adenauer". In seiner Antwort schrieb Minister Erhard: „Es ist deshalb nur fair, wenn wir uns gemäß den in den Regierungserklärungen der letzten Jahre gegebenen Zusicherungen verhalten." Wieder einmal Krach und Krise. Das Hamburger Echo schreibt am 4. März: „Man darf vermuten, daß außer Adenauer und Erhard wohl nur das Bundeskanzleramt selbst, d. h. Herr Globbke, genügend Einblick hatten, um die bekanntgewordenen Einzelheiten in die Öffentlichkeit zu bringen." Eine danebenstehende Karikatur zeigt, wie Kanzler Adenauer, im Superautomodell 1910, dem ihm nachfolgenden Straßenkreuzer mit Erhard am Lenkrad Nägel auf den Weg streut. Ist das des Pudels Kern, daß ein von sich überzeugter und eigensinnig an der Regierungsmacht hängender 87jähriger Kanzler hier die Taktik anwendet, den jeweils am besten im Rennen liegenden präsumtiven Nachfolger zu attackieren? Ist das eine Situation, die die gewählten Fünfhundert unserer repräsentativen Demokratie mit dem ihnen übertragenen verantwortungsvollen nationalen Amte vereinbaren können? Soll die bundesdeutsche Öffentlichkeit nur passiv schwarz auf weiß gedruckt und im Funk oder Fernsehen zur Kenntnis nehmen, daß Bundesminister Lemmer dringend eine innere Reorganisation unserer größten Partei fordert, daß Freiherr von Guttenberg erklärt, daß die Führungsspitze der CDU nicht mehr das Gesamtwollen der Partei repräsentiere, und daß einer der Oppositionsführer, Herr Wehner, den Artikel 67 GG hervorholt, um ihn wie einen Schwarzen Peter der CDU/CSU zuzuschieben, um der Regierungspartei selbst die Anwendung des konstruktiven Mißtrauensvotums zu empfehlen? Der Fraktionsführer der CDU, der frühere Außenminister von Brentano, erklärt nun in der ersten März-Woche, die Krise (die wievielte ist es, wieviele sollen noch folgen?) sei beigelegt, kündigt den Zusammentritt von Fraktion und Parteivorstand für die nächste Zeit an, um die Kanzlernachfolge zu beraten. Die Fraktion der CDU vernimmt aus dem Munde von Brentanos, daß die Kanzlerwahl „nur so vollzogen werden darf, daß der Bundeskanzler von morgen sein Mandat aus der Hand des Bundeskanzlers von heute erhalten muß". Doch, meint die Frankfurter Allgemeine vom 5. März 1963, „darüber hat die Fraktion zu entscheiden. Und sie darf sich nicht gefallen lassen, daß ihre Entscheidungsfreiheit vorweg eingeengt wird ... gleich, was die Fraktion jetzt oder in Zukunft von einer Kandidatur Erhards hält oder halten wird, sie kann nicht dulden, daß der Kanzler jetzt schon beginnt, Kandidaten zu eliminieren, und der Fraktion so einen wesentlichen Teil ihrer Prärogativen nimmt".

„Ich finde, daß dem deutschen Volke und der Welt ein Trauerspiel vorgeführt wird, das seinesgleichen sucht" (Herbert Wehner). „Es ist, als ob de Gaulle mit jedem Wort seiner Erklärung vor der Presse am 14. Januar, mit jedem Satz des dilettantischen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik am 22. Januar abgeschlossenen Konsultations-Vertrages und mit dem brüsken Nein gegenüber der Aufnahme Großbrittanniens in die Europäische Wirt-

schaftsgemeinschaft am 28. Januar in Brüssel hätte bekräftigen wollen, wie berechtigt die harte Kritik Achesons an dem Verhalten der verantwortlichen europäischen Akteure ist. Man kann nur wiederholen: Chaos, Schwäche, Unsicherheit. Wer kann noch glauben, daß auf dem bisher eingeschlagenen Wege ein integriertes Europa, also ein wirtschaftlich, politisch und militärisch zu einer Einheit zusammengewachsenes Gesamteuropa, und in seinem Rahmen ein wiedervereinigtes Deutschland erreicht werde?" (Bundestagsvizepräsident Dr. Thomas Dehler). „Selbst wenn bei uns ein sogenannter Fraktionszwang bestünde, was nicht der Fall ist, würde ich gegen eine Notstandsgesetzgebung stimmen. Vor einem Jahr habe ich mein Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP und als Landesvorsitzender in Hessen niedergelegt, weil ich in einer Koalition CDU/CSU-FDP ein Verderben sah. Das abgelaufene Jahr hat mich in meiner Haltung gegenüber einer Koalition des Mißtrauens und der permanenten Krise bestärkt. Die Vertrauenskrise in der deutschen Justiz, die Übergriffe des Kanzlers in der Spiegel-Debatte und schließlich noch die Brüskierung des Bundes-Parlaments anläßlich der Vereidigung der Minister am 14. Dezember und der unvorhergesehenen Regierungserklärung haben mich davon erneut überzeugt, daß man einer Regierung, wenn an der Spitze Herr Dr. Konrad Adenauer steht, das größte Mißtrauen entgegenbringen muß. Vollmachten so weitreichender Art, wie sie in der Notstandsgesetzgebung vorgesehen sind, kann man nur einer Regierung geben, zu der man volles Vertrauen hat. Wie sollte ich zu einem Regierungschef Vertrauen haben, der den Versuch macht, mit der Drohung einer Wahlrechtsreform eine kleine Partei in die Knie zu zwingen, wie sollte ich zu einem Mann Vertrauen haben, der niemals den Versuch gemacht hat, eigene Vorschläge zur Lösung des Berlin- und Deutschland-Problems den Alliierten zuzuleiten, der schon in den Jahren, in denen man ihm noch geistige Beweglichkeit zutrauen durfte, es vorzog, hoch aufzurüsten statt zu verhandeln?" (Oswald A. Kohut).

Weitere Zitate dieser Art kann jeder von uns heute mühelos finden, täglich neue. Rundherum auch wachsende Sorge um die deutsche Situation, um die deutsche Politik. Darf man glauben, daß es einer Persönlichkeit wie dem Hamburger Physiker und Nobelpreisträger Freiherr von Weizsäcker leicht gefallen ist, in seinem Festvortrag im Auditorium maximum der Universität Hamburg vor der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften auszurufen: „Es gibt keine größere Illusion, als die, Europa könne die Rolle einer dritten politischen Kraft spielen", und auszusprechen, daß für ihn kein Zweifel daran sei, daß die deutschen Ostgebiete nie mehr deutscher Souveränität unterstehen würden, und daß die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung allein unter den Auspizien der USA und der SU gedacht werden könnten, und man abwägen müsse, was zu erreichen sei und was nicht? Hier zeigt sich die gleiche realistische Grundhaltung gegenüber den Forderungen einer im besten Sinne nationalen deutschen Politik. Solche politischen Ansichten vertritt auch der neue englische Oppositionsführer Wilson, der für ein Disengagement in Europa eintritt, die realistische Anerkennung der nach 1945 in Europa herausgebildeten strukturellen Ordnung befürwortet und wirklich ernsthafte Verhandlungen über das Deutschland-Problem erstrebt. Diese Linie steht in Einklang mit der in den USA sich abzeichnenden Wandlung. „Amerikaner sehen die Russen mit neuen Augen" schrieb die Schweizer Tageszeitung „Die Tat". Die kurze amerikanische Formel dafür lautet: „Chrustschow ist unser bester Feind". Die beiden großen Mächte wissen, daß sie keine militärischen Aktionen gegen-

einander durchführen können, beide wissen, daß sie gegeneinander mehr zu verlieren als zu gewinnen haben und beide wünschen die Welt zu erhalten. Diese Gedanken fanden spontanen Beifall, als einer der leitenden Redakteure der New York Times sie kürzlich vor einem öffentlichen Forum formulierte.

In diesen Monaten vieler Kontroversen im Gespräch der beiden Großen, in Genf, in Europa, können wir uns so destruktive politische Zustände, wie sie in unserem Bundeskabinett und in vielen Ereignissen unserer Politik zutage treten, keineswegs leisten. Wir haben aus dem Hitler-Krieg und seinem Erbe keine Reserven zurückbehalten, aus denen wir die Kosten von nationalen Versäumnissen bezahlen können. Der Wirtschaftsbericht der Bundesregierung zeigt öffentlich und deutlich, daß die Ausgaben-Politik der Bundesregierung die Wachstumsrate unseres Sozialprodukts in unverantwortlicher Weise um ein Erhebliches übersteigt. Während 1962 der Konsum je Einwohner um rund 4½% stieg, weiteten sich die Staatsausgaben um rund 14% aus, überwiegend auf erhöhten Verteidigungsausgaben beruhend. Die staatlichen Investitionen stiegen über 10% auf rund elf Milliarden DM, davon annähernd 90% Bauinvestitionen. Heute ist unsere Wirtschaft durch die Inflation der öffentlichen Ausgaben ernsthaft gefährdet.

Die Politik der Bundesregierung unter ihrem Bundeskanzler Dr. Adenauer war von Anbeginn an darauf abgestellt, durch eine Politik der Stärke, des Roll-back, des Containments die Wiedervereinigung zu erzwingen. Tatsächlich hat sie dazu geführt, die Gegenkräfte zu intensivieren, die Bundesrepublik in eine zunehmende Isolierung zu führen, sowohl gegenüber Großbritannien als gegenüber den USA und anderen westlichen Staaten. Eine Welle neuen Mißtrauens gegen die „Hintergründe" des deutsch-französischen Bündnisses stellt sich den Verhandlungsaussichten über die deutschen Probleme entgegen. In der Debatte des Bundesrates über den Frankreich-Vertrag traten in den von den Ländern verlangten Zusätzen Besorgnisse über die Zwiespältigkeit des Vertragswerkes deutlich zutage, Zusätze, die ausdrücklich feststellen wollten, was der Vertrag nicht beeinträchtigen dürfe, was er politisch, militärisch, wirtschaftlich und kulturell nicht sein dürfe. Die angenommene Entschließung des Bundesrates zu dem Vertragswerk bestätigt dies vollends.

Diese Politik hat die Bundesrepublik in eine gefährliche Sackgasse getrieben. Fast sieht es so aus, als ob Parteien und Fraktionen versagen, die Dinge nicht mehr beherrschen. Deshalb ist dies die Stunde, in der einzelne verantwortliche Deutsche, Abgeordnete, führende Persönlichkeiten, wo immer sie stehen mögen, im Verein mit allen dazu bereiten Kräften der Öffentlichkeit und der demokratischen Organisationen, insbesondere auch der Gewerkschaften, den Anstoß dazu geben müssen, daß nunmehr endlich und ohne Verzögerung ein Schlußstrich unter diese gefährliche Politik der Stärke, des Versuches, durch atomare und konventionelle Superrüstung politische Ziele zu erzwingen, gezogen wird. Das heißt: das deutsche Bundesschiff muß unverzüglich in die Hand eines neuen deutschen Bundeskanzlers gegeben werden. Eine feste, doch behutsame, konstruktive und realistische Hand, die den Mut zu einer neuen Politik besitzt, Politik als die „Kunst des Möglichen" versteht.

Die öffentliche Meinung tut nicht genug daran, sich nur um die Spiegel-Affäre, die Lohn-Preis-Spirale, die Angriffe gegen den Generalstaatsanwalt Dr. Bauer in Frankfurt, um den Fall Dr. Frauendorfer, um die Würzburger Skandale zu kümmern: es erscheint vonnöten, daß sie sich jetzt sehr ernsthaft um die innere Funktion unserer demokratischen Institutionen kümmert, damit das zentrale politische Anliegen unse-

res ganzen Volkes, eine friedliche und geordnete Zukunft verwirklicht werden kann. Es genügt keinesfalls, wenn diejenigen, die das Malaise verschuldeten, sich jetzt lediglich Asche aufs Haupt streuen.

M. P.—R.

„Wachsamer" Dufhues

Ungeheuerliches geht in unserem Lande vor. Und zwar im Fernsehen. Vor allem im Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks. Eine Clique heimatloser Linksintellektueller treibt dort ihr böses Spiel. Kein geringerer als Bundesverteidigungsminister von Hassel (der nicht nur von Politik, sondern auch von Kultur etwas versteht; er ist einer der prominenten Förderer der Hans-Friedrich-Blunck-Gesellschaft) hat eingreifen müssen: der Bundesverteidigungsminister „sieht mit Sorge, welche Leute bei den Rundfunkanstalten beschäftigt sind." Ganz schlimm treiben es die Heimatlosen vor allem im „Panorama". Dort haben sie die „Bild"-Zeitung madig gemacht, die Regierung in Bonn bekrittelt und die deutsche Landwirtschaft diskriminiert. „Eine glatte Schweinerei" — urteilte der Landwirtschaftschristdemokrat. „Bild" sagte es noch deutlicher: „Panorama besorgt die Geschäfte Ulbrichts!" „Bild"-Leser nahmen den bewährten „Bild"-Slogan auf: „Der Spitzbart muß weg!" Gemeint ist Gert von Paczensky, früher Außenpolitiker der „Welt", derzeit Redakteur der Fernsehsendung „Panorama". War es nicht auch der Norddeutsche Rundfunk, der Hubaleks Stalingradsendung brachte? Mußte nicht der Generalinspekteur der Bundeswehr in die Bresche springen und klar machen, daß der Soldat auch in aussichtsloser Lage auszuharren hat? Nicht genug mit Hubalek — auch Christian Geißler kam im Fernsehen des NDR zu Wort, mit einem Fernsehspiel unter dem Titel „Schlachtvieh". Schon der Titel verrät den Defaitisten. Die bundeswehramtlichen „Informationen für die Truppe" brachten es denn auch an den Tag: Autor Geißler hat schon einmal Resolutionen gegen die Atomrüstung unterschrieben! Klarer Fall: ein Kommunist, der Mann! Überhaupt — hinter alledem steckt ein teuflischer Plan. „Bild" sagt es seinen Lesern: „Das Fernsehen will die um unsere Sicherheit besorgten Leute nervös machen!" Die Katholische Nachrichten-Agentur enthüllte es, Kirchenblätter brachten es unter die Leute: „Das NDR-Fernsehen setzt seine Angriffe auf Staat und Kirche fort!"

Aber keine Beunruhigung bitte, Josef Hermann Dufhues ist wachsam, er hat's schon längst bemerkt: „In der Bundesrepublik werden Machtstellungen sehr subjektiv und willkürlich von einzelnen mißbraucht." Beim Fernsehen nämlich, mitunter auch beim Rundfunk. Dem muß unnachsichtig ein Ende gemacht werden. Die öffentliche Meinung muß entgiftet werden. Schließlich muß man doch aus der Strauß-Affäre Lehren ziehen.

Dufhues war es auch, der die Clique beim Namen nannte: die Gruppe 47 ist es, eine „geheime Reichsschrifttumskammer". (Hier ist anzumerken, daß der Blunck, dessen Werk von Hassel fördert, Präsident der nicht geheimen Reichsschrifttumskammer war, der nationalsozialistischen.)

Im nordrhein-westfälischen Landtag nahm ein SPD-Abgeordneter die Gruppe 47 in Schutz: in ihr seien doch auch christliche Dichter Mitglied. Der Mann hat die Frontlage noch nicht begriffen: sich Christ nennen und dann herummeckern — das ist ja doch das allerschlimmste!

Jedenfalls — der Zersetzung muß gewehrt werden. Daß heute bereits die Mehrzahl der Führungskräfte von Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik der staatstragenden Partei angehört oder nahesteht, bietet offenbar noch keine rechte Garantie gegen schleichende Anwandlungen zur Kritik an unseren politischen Autoritäten.

Wie wäre es denn, wenn wir in Sachen Television nun doch endlich die bewährten Lösungen unseres Freundes de Gaulle übernähmen? Und dann, zum Ausgleich, noch eine private Fernsehgesellschaft. Wer anders könnte sie in die Hand nehmen als der geübte Volksbildner Axel Springer?

P. S.

Die braune Spur

Durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zieht sich eine braune Spur politischer, moralischer und rechtlicher Skandale. Seit Jahren verstreicht kaum eine Woche ohne einen neuen „Fall". Die neuesten Glieder dieser Kette (die sich wie die Schlange des Laokoon um den jungen Leib unserer Demokratie windet) verbinden sich mit den Namen Fellenz, Herterich, Schiedermaier, Frauendorfer, Saevecke. Meistens handelt es sich darum, daß jemand (mehr durch Zufall als durch systematische Nachforschung unsererseits) in führender öffentlicher Stellung aufgestöbert wird, der infolge seiner Belastung aus der NS-Zeit in diese Stellung gar nicht erst kommen, geschweige denn diese siebzehn und achtzehn Jahre lang nach Kriegsende hätte behaupten dürfen. Manchmal aber auch darum, daß jemand auf solche Zustände vor aller Welt hinweist und damit den Zorn jener Kreise auf sich zieht, die für diese ganze Misere und für diese nicht endenwollenden deutschen Blamagen vor dem Ausland die Verantwortung tragen (weil sie in der irrigen Meinung, der Antikommunismus entschuldige aber auch a l l e s und j e d e n, nicht einsehen, daß wir aus unserer Welt-Schuld nicht herauskommen werden, bevor wir unsere Vergangenheit wirklich bewältigt haben).

In diese Kategorie nun gehört der neueste Fall: das Interview, das der Generalstaatsanwalt von Hessen, Fritz Bauer, einer dänischen Zeitung gegeben hat. Lassen wir es dahingestellt sein, welcher Wortlaut dabei formuliert wurde; feststeht und fest wird stehenbleiben, daß Bauer weithin vernehmbar auf eine gewisse, noch immer oder schon wieder vorhandene, nicht genau meßbare Sympathie gewisser Kreise unseres Volkes für den Nationalsozialismus oder andere faschistoide Formen und auf einen latenten, unter der Decke von Tabus schwelenden Antisemitismus hingewiesen hat. Und lassen wir es auch dahingestellt sein, ob ein Kenner vom Range Bauers diese Warnung nicht schon viel früher hätte aussprechen müssen (denn es ist spät geworden): Man kann ihm, wenn man redlich bleiben will, im Prinzip nur recht geben. Wer unter den Deutschen herumkommt und sein Ohr wenigstens gelegentlich auch einmal dorthin hält, wo unser Landsmann sich am ungefährdetsten unter seinesgleichen weiß und darum noch am wenigsten eine Mördergrube aus seinem Herzen macht, am S t a m m t i s c h nämlich, der kann nur bestätigen: es ist so, wie Bauer sagt.

Die Tatsache dieses So-seins allein möchten wir noch nicht als Skandal, sondern lieber als riesige Aufgabe, die da vor uns allen steht, bezeichnen. Denn es ist kein Wunder, daß es in der Ära Adenauer so gekommen ist, aber das muß ja nicht so bleiben. Was den Fall Bauer vor allem zu einem der vielen Skandale macht, ist die Reaktion weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit auf diese ernste, allein schon durch den hohen Rang Bauers legitimierte Warnung — speziell der Presse. Die wenigen g r o ß e n Zeitungen hielten sich zwar spürbar zurück und distanzierten sich zum Teil sogar erklärtermaßen vom unwilligen Grollen in Bonn gegen den hessischen „Nestbeschmutzer". Aber: Was schrieben die vielen m i t t l e r e n und k l e i n e n Zeitungen (die ja insgesamt einen größeren Teil des Volkes erreichen und wohl auch repräsentieren als die wenigen großen)? Hier ein Beispiel; wir wollen die Zeitung, die seit anderthalb Jahrhunderten in einer Großstadt mit

175 000 Einwohnern erscheint, nicht beim Namen nennen, denn ihr Kommentar steht nur stellvertretend für viele andere Organe, die ganz genau so reagiert haben (in Klammern Anmerkungen des Verf.):

„Hessen hat einen Generalstaatsanwalt namens Dr. Fritz Bauer. (Das soll den Leser vergessen lassen, daß Bauer im In- und Ausland längst bekannt ist, z. B. als fundierter Gegner der Todesstrafe und als Kämpfer für eine dem technischen Zeitalter entsprechende Strafrechtsreform.) Dieser Herr ist aus zweierlei Gründen zu bedauern: Er wurde vom Nationalsozialismus rassisch verfolgt . . . Wir bedauern das, wie wir überhaupt jeden Fall der Vergewaltigung eines Menschen aus politischen Gründen bedauern. (Merken diese Leute nicht, daß sie den Mann just schon wieder politisch vergewaltigen wollen?) Unser zweites Bedauern ist anderer Art, hängt mit dem ersten Vorgang eng zusammen, aber wir vermögen Dr. Bauer hier nicht mehr zuzustimmen. Er gewährte . . . ein Interview, und in diesem Gespräch stellt er über die Bundesrepublik und ihre Bürger Behauptungen auf, die zwar aus dem Ressentiment Dr. Bauers verständlich sind (wieso muß man ein Ressentiment haben, um das zu sagen, was Bauer gesagt hat?), ihrer mangelnden Wahrheitsliebe, ihrer sehr oberflächlichen Wertungen wegen aber den ganzen Widerstand des verächtlich gemachten deutschen Volkes auslösen müssen." (Wie schnell zur Hand man bei uns doch ist, einem Staatsanwalt, wenn er nicht gerade aus der Schule des alten Reichsgerichtshofes kommt, sogar mangelnde Wahrheitsliebe und Oberflächlichkeit vorzuwerfen, einem Manne, der meiner Meinung nach auf den Posten des Generalbundesanwalts gehört: dann hätten wir dort endlich einen Mann sitzen, der die Welt überzeugt. Und wer „das deutsche Volk in der Welt verächtlich macht", seit Jahrzehnten schon, die Warner oder diejenigen, die alles bestreiten, diese Frage ist längst beantwortet. Fritz Bauer braucht auch diesmal, wie schon damals 1933, keinen Anlaß zu sehen, sich als schlechteren Deutschen zu empfinden.)

So geht das noch eine ganze Weile weiter — ohne daß ein wirklicher Beweis geführt und ohne daß mehr zugegeben wird, als „daß hier und dort alte Klänge meistens in nicht ganz zurechnungsfähigem Zustand glorifiziert werden". Demnach gäbe es bei uns das, was Bauer im Auge hatte, nur unter Besoffenen oder Deppen. Wie einfach . . .

Stellen wir diesem Zitat ein anderes, ein ausländisches, gegenüber, entnommen der im allgemeinen sehr Bonnfreundlichen „Neuen Zürcher Zeitung". Schon diese höchst gemäßigten Worte lassen bei niemandem einen Zweifel darüber aufkommen, daß ein Fritz Bauer im Ausland, egal in welchem, immer mehr Kredit haben wird als seine Gegner. Und sie machen uns das Ausmaß des Grabens klar, der die hartgesottenen Leugner und Verschleierer in unserem eigenen Lande von der zivilisierten Welt trennt:

„. . . (Bauer) hat offenkundig einen empfindlichen Nerv der deutschen Öffentlichkeit getroffen. Niemand will hören, daß die Deutschen auch heute noch einem politischen Rattenfänger nachlaufen könnten; manche, unter ihnen auch sehr Prominente, wollen ja auch nichts davon wissen, daß das deutsche Volk die Verantwortung für den Nationalsozialismus in erster Linie selber zu übernehmen habe. Bauer unterschätzt zwar wohl die Wirksamkeit der katastrophalen Erfahrung, die Deutschland mit Hitler gemacht hat . . . Ebensowenig aber ist das Attest genereller Immunität gegen den Totalitarismus gerechtfertigt, das jetzt mancher ‚Empörte' sich und seinem Volk ausstellen zu müssen glaubt; bei derlei Prognosen auf eine ungewisse Zukunft ist wohl Vorsicht am Platze — nicht nur in Deutschland. Was Bauer im übrigen über den latenten Antisemitismus in

der Bundesrepublik gesagt haben soll, dürfte zwar ebenfalls übertrieben sein, aber doch nicht so grundfalsch. Antisemitismus ist hier zwar öffentliches Tabu — woraus sich jedoch keinesfalls schon schließen läßt, daß es ihn nicht gibt; im Gegenteil handelt es sich um eine nicht ungefährliche Unterschlagung von Tendenzen, die im mehr oder weniger Verborgenen noch immer eine Rolle spielen. Es gibt darüber seriöse sozialpsychologische Untersuchungen, die überraschend solide, von der älteren Generation auf die jüngere übertragene Restbestände von antisemitischer Haltung erkennen lassen — auch wenn das einschlägige ‚Weißbuch' der Bundesregierung, auf das man in Bonn jetzt wieder pocht, davon nichts weiß . . ." J. W.

Die Lage

Dr. Hermann Rauschning, Portland, Oregon (USA)

Die Strukturkrise der westlichen Allianz

1.

„Es geht um die amerikanische Führung. Sie ist die zu Grunde liegende eigentliche Streitfrage", schrieben unlängst die New York Times zu der plötzlich ausgebrochenen Krise in den Beziehungen der Westmächte zueinander. Alle Fragen, die die Einheit oder Uneinigkeit der Alliierten betreffen, führen dahin. „Diese Führung ist von unseren Alliierten in Frage gestellt worden." Kein Zweifel: eine große, tiefgehende Krise ist ausgebrochen. Durch Appelle an die Einigkeit wird sie so wenig behoben wie einst vor dreißig Jahren des Präsidenten von Hindenburg Mahnungen an die Parteien Deutschlands, einig zu sein, die damalige deutsche Staatskrise zu lösen vermochten. Es ist keine willkürlich vom Zaun gebrochene Krise. Keine bloße ehrgeizige Eigenmächtigkeit de Gaulle's. Der französische Präsident hat vielmehr nur einer seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges schwebenden Besorgnis Wort geliehen oder vielmehr sie in entscheidender Stunde, wo die Weichen für die Zukunft gestellt wurden, ans Tageslicht gebracht. Es geht gewiß nicht nur — wie man in USA sagt — um das Recht auf ein „prime say on the atomic question". So einfach liegt es auch nicht, wie der amerikanische Präsident selbst es artikuliert, „some one has to have authority", einer muß Autorität haben angesichts der schwierigen Befehlsverhältnisse bei dem Einsatz der Atomwaffen. Es geht um die Führungsautorität schlechthin. Wie weit kann eine autoritäre Führung, und sei sie die wohlmeinendste, die altruistischste der Welt, die Gegensätze der Interessen, der Grundbedingungen der baren Existenz und der geopolitischen Lage der einzelnen Partner eines Bündnissystems, wie es die NATO ist, ihrem Willen unterordnen? Hinter der Frage der Führung steht die Frage nach der Identität der Interessen der Partner in der großen Allianz des Westens, und dahinter wiederum die Frage: Ist nicht das Allianzsystem zu

groß, als daß es die Gegensätze in sich ausgleichen könnte, bedarf es nicht am Ende einer anderen, einer tieferen Gliederung? Die konkreten Probleme — ob multilaterale Atommacht der NATO oder selbständige Atommacht Frankreichs, Englands; ob kontinentales Europa mit Ausschluß oder Atlantische „Co-prosperity"-Sphäre mit Einschluß Englands —, sind Vordergrundschwierigkeiten. Sie wären leicht zu lösen, wenn es sich nur um die Zweckmäßigkeit handelte und die Autorität der amerikanischen Führung als der bestimmende Faktor nicht in Frage gestellt wäre. Erst die Verbindung mit dem Grundproblem verändert das Wesen dieser Streitigkeiten. Sie sind Symptome, nicht das Gebrechen selbst. Es ist daher müßiges Gerede, wie dies in USA geschehen ist, um dem Präsidenten und seiner Administration eins auszuwischen, daß seit der Kuba-Affäre mit ihrer „Demonstration der Macht" der USA einige „Maladroit" — ungeschickte Worte und Maßnahmen — Anlaß zur Opposition gegen die amerikanische Vorherrschaft — American domination — gegeben haben. Früher oder später mußte die ungeklärte Vormachtstellung der Vereinigten Staaten, ihre hegemoniale Autorität als das Grundproblem in der großen Allianz ans Tageslicht kommen.

Was hier aufbrach ist nichts Neues. Man kann in dem vor zehn Jahren erschienenen und noch heute beachtenswerten Buch des bedeutenden amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr „The irony of American history" die Worte eines europäischen Staatsmannes lesen, die er in Verbindung mit der charakteristischen menschlichen Schwäche äußerte, keine Macht ausüben zu können ohne Gefahr zu laufen, die eigene Weisheit und Reinheit der Absichten zu überschätzen. Man wird diese Worte besonders zeitgemäß finden als Antwort auf Äußerungen des amerikanischen Präsidenten, der, auf die Größe der amerikanischen Leistungen zur Wiederherstellung Westeuropas hinweisend, Erkenntlichkeit dafür forderte. „Unsere Dankbarkeit" sagte der Staatsmann nach Niebuhr (S. 132) „bewahrt uns nicht davor zu fürchten, daß wir eine amerikanische Kolonie werden könnten. Diese Gefahr liegt in der durch Amerikas Macht und Europas Schwäche bedingten Lage." Auf den echten Idealismus im amerikanischen Leben hingewiesen (der einen Mißbrauch der Macht und Autorität Amerikas auszuschließen scheint), erwidert er: „Der Idealismus bewahrt Amerika tatsächlich nicht von einem großen Mißbrauch seiner Macht. Er könnte sogar die Gefahr, der die Europäer konfrontiert, hervorheben. Denn amerikanische Macht im Dienst des amerikanischen Idealismus könnte eine Lage schaffen, in der wir zu ohnmächtig wären, sie zu korrigieren, wenn sie irren, und sie zu idealistisch wären, um sich selbst zu korrigieren." In diesem Zusammenhang mag es nützlich sein, sich auch jenes Spruches noch einmal zu erinnern, den der erste amerikanische Verteidigungsminister James Forrestal in seinem Arbeitszimmer eingerahmt hängen hatte: „Wir werden niemals allgemeinen Frieden haben, bis nicht die stärkste Armee und die stärkste Flotte in den Händen der friedlichsten Nation sind." (Vgl. H. Rauschning: Ist Friede noch möglich? S. 15). Was bedeutet es anders die stärkste Macht sein zu wollen, als der Garant des allgemeinen Friedens zu sein, als die oberste Autorität zu besitzen und als Arbiter der Welt alle Konflikte schlichten zu können, vielmehr zu müssen. Und was berechtigt einen dazu anderes als der eigene Idealismus, weil man die friedlichste, die wohlmeinendste, die altruistischste Nation ist!

Von einem befremdlichen „Malaise" in Amerika spricht James Reston. Der Optimismus sei verschwunden. Er habe dem Zweifel und bloßen Treibenlassen Platz gemacht. Das Gefühl, daß etwas „seriously wrong", ernstlich falsch sei, ist verbreitet. Man findet sich in der Falle von Institutionen gefangen. Die Gewohnheiten der Vergangenheit beherrschen die Gegenwart und Zukunft; Macht ist durch Macht ausgewogen bis zur Paralyse. Und Max Frankel schreibt in dem-

selben Blatt: „Heute finden sich dieselben jungen Leute, die vor zwei Jahren glaubten, den Feind bändigen, die Alliierten führen und allen helfen zu können, sich selbst manövrierend unter sich rapide ändernden Konstellationen von freundlichen Partnern und zweifelhaften Alliierten, gefährlichen Gegnern und bedrohlichen Feinden." Aber es trifft nicht zu, wie Frankel ausführt, daß das Malaise der Führenden der Erkenntnis der Begrenztheit ihrer Macht entstammt, der Diskrepanz zwischen idealistischem hochgemutem Wollen und dem durch den zähen Widerstand der Welt eng beschränkten Vollenden, „weil die Welt nicht das war, was sie glaubten". Das nicht nur bei den politisch Führenden vorhandene Gefühl, daß etwas nicht stimme, daß etwas in der Politik der Vereinigten Staaten wesentlich falsch sei, hat tiefere Ursachen. Es ist das Unbehagen, in eine Position gedrängt, zu einer Rolle gezwungen zu sein, die dem amerikanischen Wesen, seiner Tradition, seiner politischen Philosophie tief widerspricht. Die Rolle, der Arbiter der Welt zu sein, der Weltpolizist, die stärkste Nation, weil man die friedlichste ist, um bei dem Spruch Forrestals zu bleiben: All dies ist von den USA nicht gesucht und aus eigenem Impuls erstrebt, es ist dem amerikanischen Volk durch die weltpolitische Lage aufgezwungen worden. Deshalb trifft die Aktion de Gaulle's Amerikas Führung besonders tief als Treubruch an einer gemeinsamen Sache, für die nicht aus eigenem Interesse sich eingesetzt zu haben Amerika überzeugt ist. Und wenn die USA als die führende Nation des Westens die oberste Autorität beanspruchen, so ist es „die Natur der Kernwaffe, die es unabwendbar macht, daß e i n e Nation die ultimative authority besitze", wie ebenfalls die New York Times schreiben.

Die amerikanische Politik befindet sich in einem doppelten Dilemma. Widersprüche, seit langem latent und im Untergrund rumorend, sind akut geworden. Daher ist es irrig anzunehmen, wie das vielfach in der amerikanischen Presse geschieht, daß es ironischerweise der Erfolg der amerikanischen Politik Sowjetrußland gegenüber sei, der zu der Krise unter den Alliierten geführt habe, weil eine gewisse Entspannung eingetreten sei, die den Partnern Amerikas freieren Spielraum für eine eigene Politik gewähre. Es ist vielmehr die Frage, die angesichts der Kuba-Affäre vordringlich geworden ist, ob die Identität oder Parallelität der Interessen und Lebensbedingungen der Partner der westlichen Allianz so bedeutsam ist, daß einer Nation weiterhin die oberste Verfügungsgewalt über Tod und Leben aller anderen delegiert werden könne. Diese Frage steht im Mittelpunkt.

„The Grand Design", der „Große Plan" der USA ist gescheitert. De Gaulles Weigerung in der Frage der gemeinsamen Atomwaffe (statt einer eigenen französischen), sein Veto gegen den Beitritt Englands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft soll ihn zu Fall gebracht haben. In Wirklichkeit ist der „Große Plan" an seinen eigenen inneren Widersprüchen gescheitert, und wird es bleiben, auch wenn es gelingen sollte, den Bruch äußerlich zu heilen. Es geht nunmehr um ein Re-appraisal, um eine Re-evolution der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten. Eine Änderung der Taktik reicht nicht aus. Es reicht auch nicht mehr aus, was der britische Premierminister Macmillan über das Verhältnis USA/Europa äußerte, daß „a common alliance must based on mutual respect", daß ein Bündnis auf wechselseitigem Respekt begründet sein müsse. Es bedarf einer neuen Ausrichtung, es bedarf einer Änderung in den Mitteln.

Man kann eine Neueinschätzung der politischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten nicht vornehmen, ohne zu wissen, was es denn mit dem bisherigen angeblichen „großen Entwurf" auf sich hatte. Nach Max Frankel waren die Objekte: F r i e d e , das heißt „Nicht-Krieg", vielleicht eine Art Entspannung mit dem Kommunismus; E i n h e i t, das heißt Partnerschaft, wenn nicht echte Freund-

schaft mit den Alliierten; Unabhängigkeit, das heißt „Nicht-Kommunismus" und vielleicht Entwicklungshilfe für die hungrige Mehrheit der Menschheit. Diese Ziele sind nicht sehr erhebend. Es ist ein sehr bescheidener Entwurf. Viel klüger über die eigentlichen Ziele wird man durch eine solche Aufzählung nicht. Oder gibt es darüber hinaus solche eigentlichen Ziele gar nicht? Bleibt im Grunde alles in der Schwebe? Etwas deutlicher wird der Berichterstatter, wenn er fortfährt, die Entspannung als ein Beiprodukt der nuklearen Abschreckung beinhalte eine „nicht zu erwähnende Teilung der Welt in klare Einflußzonen und eine unangekündigte Kooperation in der Kontrolle der Konflikte, die unvermeidlich in dem weiten Niemandsland zwischen den Sphären sich erheben müßten". Ist das nicht in der gefährlichen Lage, in der sich die Welt befindet, ein zwar bescheidenes und vorläufiges, aber immerhin als ein besser als gar nichts zu begrüßendes Vorhaben? Historisch gesehen zeigt sich indes, daß es sich im wesentlichen um eine Rückkehr zu der Politik handelt, die unter Roosevelt, Churchill und Stalin in Jalta festgelegt wurde und auf eine Art Hegemonieordnung der Welt unter der Vorherrschaft der Großen Drei, auf eine Art Kondominium und die Abgrenzungen von gegenseitig als legitim anerkannten Interessensphären hinauslief. Eine solche Regelung war damals durch das Machtvakuum außerhalb der drei Mächte naheliegend. Sie unter den heutigen Verhältnissen wiederholen zu wollen, auch wenn statt drei oder vier Partnern sich nur zwei gegenüberstehen, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Denn die damalige Politik ist nicht gescheitert, weil Stalin sich nicht an die Abmachungen über die Einflußzonen gehalten hat, sondern weil Kondominien immer mit dem Kampf der Hegemonen untereinander enden. Keiner der Partner schließt einen Kondominialvertrag ohne den Hintergedanken, sich bei günstiger Gelegenheit daran nicht halten zu wollen. So fährt denn auch Frankel bezeichnend fort, was die New Frontier men gemeint hätten, sei „always meant of course unity for the West, disarray foe the East und pluralism for every on else"; also „natürlich" Einheit für den Westen, Verwirrung für den Osten. Das heißt doch wohl im Endziel ein autoritäres Weltregime unter der Führerschaft der USA, eine Welt, die unter solcher Führung pluralistisch sein kann, da — wie Frankel ausführt — „democracies can flourish in diversity while communism cannot" — Demokratien können in Verschiedenartigkeit gedeihen, der Kommunismus nicht. Läuft das am Ende nicht darauf hinaus, durch einen Rückgriff auf Roosevelt als taktisches Mittel zu der alten idealistischen Konzeption Woodrow Wilsons zurückzukehren, die Welt sicher für die Demokratie zu machen? Und schließt das nicht die Liquidierung der kommunistischen Macht als Vorbedingung ein? Nach der „Eindämmung" die „Rückdrängung", nach dieser die Liquidation? Kontinuität oder Steigerung des Irrtums?

Es sei beides „out of date", daß die Großen Zwei die Welt „managen" könnten; die Welt befinde sich dafür in einem zu schnellen Wandel, sagt Frankel. Man könnte deutlicher werden und darauf hinweisen, daß es abzugrenzende Interessensphären gar nicht mehr geben könne. So etwas zu versuchen, heißt die Rechnung ohne den Wirt, die fortschreitende Weltrevolution machen, die mitnichten nur das Produkt der bolschewistischen Agitation ist, wie die Stupidität unserer Politiker gerne wahrhaben möchte. Es kann daher auch keinen status quo als etwas Endgültiges, Abschließendes, sondern nur als Ausgangspunkt, als Beginn für Neuregelungen geben, die dem Dynamismus der Weltentwicklung Rechnung tragen. Das beste Beispiel einer Durchbrechung der legitimen Einflußzonen ist Kuba, das gewiß keine militärische Bedrohung für die USA darstellt, wohl aber eine politische, und darauf hinweist, daß arbitraere Abgrenzungen von legitimen Interessengebieten nicht nur Rechte gewähren, sondern Pflichten auferlegen. Es ist daher richtig, was Frankel folgert, es sei in der

Tat eine sehr pluralistische Welt im Entstehen (it is getting to be a very pluralistic World indeed). Und in solchem Zusammenhang muß nun der Protest des Generals de Gaulle beurteilt werden. Deshalb sollte man nicht so sehr Augenmerk auf das richten, was der General selbst zu beabsichtigen vorgibt, nicht auf die Vordergrundprobleme, sondern auf das, wogegen er protestiert; auf das, was nicht mehr geht. Aus dem Chaos führen kann die Welt nicht die Aufteilung in Einflußzonen oder noch so weit gespannte Co-Prosperity-Zonen (denn darauf läuft eine Atlantische Gemeinschaft hinaus) oder militärische Sicherheitssysteme, in denen die Risiken höchst ungleich verteilt sind wie die Praärogative der Verantwortung für das Handeln im Ernstfall. Aus dem Chaos führen kann die Welt nur der Versuch neuer Gliederungen, neuer Gruppierung von durch ähnliche Bedingungen der Existenz verwandten Nationen. Keine Hegemonialordnung, sondern die in der Tat pluralistische Welt voller Gegensätze und Spannungen organisieren helfen in ein System politischer Gegengewichte, gegenseitiger Kontrollen und einander subsidiärer Partnerschaften, nicht in abgeschlossenen Bereichen, sondern in globalem Umfange, mit einer gleichen Verantwortung aller für Sicherheit und Friede. Keine Treuhänder der Entspannung, keine Hegemone, kein Weltdiktator! Ist das nicht das Fazit aus dem von keiner Seite zu gewinnenden Kalten Krieg; ist es nicht die Quittung auf die der Wirklichkeit nicht entsprechende und daher gescheiterte politische Konzeption? Wäre das nicht das Ergebnis eines gründlichen „appraisals" der bisherigen und einer zulänglichen Außenpolitik? Es gehört zu der Ironie der amerikanischen Geschichte, daß die politische Führung der USA bisher nicht erkannt hat, daß gerade darin der Beruf Amerikas liegt, weil hier die eigene Tradition und die eigene große staatsschöpferische Leistung parallel gehen würden mit den gegenwärtigen politischen Anforderungen an die Vereinigten Staaten als die stärkste Weltmacht, und weil hier der Idealismus der amerikanischen politischen Philosophie nicht die praktische Politik verwirren — wie der Anspruch, die Welt sicher für Demokratie machen zu müssen —, sondern sie klären würde.

2.

Die praktische Politik ist weniger an solchen in die Zukunft weisenden Fragen interessiert als daran, wie der Schritt de Gaulles mit Assistenz der Bundesrepublik sich praktisch in den konkreten Maßnahmen der alliierten Politik und in der Auseinandersetzung mit Moskau über die akuten Probleme auswirken wird. Ist mit einem „unabhängigen" Kontinentaleuropa, besser sagt man wohl einem eigenständigen Europa als mit einem politischen Faktum (wenn auch erst im bloßen Ansatz dazu) zu rechnen? Wie sicher ist unter solchen Umständen das westliche Bündnissystem? Welche Wirkung wird die offenkundige Uneinigkeit, wenn nicht Spaltung des Westens auf die demnächst stattfindenden Gespräche zwischen USA und UdSSR haben? Muß hier nicht mit einem irreparablen Geschehnis gerechnet werden, das, wie immer es zu einer Überbrückung der Gegensätze und einer Reparatur der Uneinigkeit kommen möge, mindestens die Möglichkeit der Spaltung in jeder künftigen Krise als einen wichtigen Faktor erweist? Präsident J. F. Kennedy hat dies — nach Joseph Alsop — in einer Beratung vor kurzem klar ausgedrückt: „Die bloße Tatsache einer offenen Uneinigkeit schädigt automatisch, wenn sie nicht sogar die Möglichkeit absolut zerstört, die nach Kuba bestand, Fortschritte in dem Verhältnis zwischen Osten und Westen zu erzielen." Mag es auch übertriebener Optimismus gewesen sein, wenn ein anderer bekannter amerikanischer Kommentator behauptet, beide Großmächte stünden „on the brink of peace", am Rande des Friedens, was wird nun aus solchen Problemen, wie der Berlin-Frage, zu deren Diskussion die USA auf Einladung Moskaus sich

bereit erklärt haben? Es schien fast möglich, daß es zu einer Kompromißlösung kommen würde, wenn auch nicht über das ganze deutsche Problem, so doch über die Zukunft Westberlins oder ganz Berlins als eine Freie Stadt und europäischen Sitz der United Nations mit einer Besatzung der vier Okkupationsmächte „im Namen" der UN. Von Chrustschow war, nach amerikanischem Urteil, „die Hitze aus der Berliner Krise" herausgenommen worden. Stillschweigend wurde von den USA die Entmantelung der Raketenbasen in der Türkei und Italien in Angriff genommen. Werden sie auch durch im Mittelmeer stationierte U-Boote mit Polaris-Raketen ersetzt, so kam doch eine solche Regelung lange vorgebrachten sowjetischen Forderungen entgegen. Muß man nun nicht mit einer Versteifung der Lage rechnen? Schon scheint die Sowjetunion auf die Uneinigkeit des Westens mit einer Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Länder antworten zu wollen. Ohnedies wurde das Zerwürfnis vom Westen überschätzt. Denn der Gegensatz liegt nicht so sehr auf dem Gebiet der Doktrin als auf dem realpolitischer Interessen, die sich weniger in der Gegenwart als in einer ferneren Zukunft auswirken könnten. Was wird aus dem Problem einer Inspektion der Grundtruppen in Europa, aus einem vielleicht möglichen Ost/West-Nichtangriffspakt, aus gemeinsamen Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffes? Ist überhaupt noch an einen Test-Bann für Atomwaffen zu denken? Stößt nicht das sowjetische Angebot eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt nun ins Leere? Alle diese mehr oder weniger schon auf der Liste der Agenda stehenden Themen scheinen nun kaum noch verhandelbar zu sein. Eine ganz neue Lage entsteht, die zwar möglicherweise, wenn auch nicht gleich reale neue Ausblicke auf Lösungen eröffnet, zunächst aber Raum für neue politische Manöver gibt und dabei die Gefahr heraufbeschwört, daß nicht nur Amerika, sondern der ganze Westen überspielt wird.

Man wird die Entrüstung Amerikas über de Gaulle, aber auch über die Bundesrepublik verständlich finden, die, ob gewollt oder ungewollt, ihm Sekundantendienste leistete, und mit der ihr eigenen politischen Instinktsicherheit sich kompromittierte, ohne daß sie damit das riskiert, was immerhin ein Verdienst des französischen General-Präsidenten ist, nämlich ein Problem deutlich zu machen. Die USA könnten vor die schwerwiegende Wahl gestellt werden, entweder Europa durch die weit überlegeneren konventionell ausgerüsteten Truppen der Sowjets überrennen zu lassen oder die eigene Existenz und den Bestand der Welt zu riskieren, indem sie als erste Großmacht Kernwaffen in einem neuen Krieg einsetzen. Dies ist in der Tat der Ausgangspunkt der militärischen Überlegungen de Gaulles. Unter Umständen kann Europa durch sein Allianzsystem in einen Atomkrieg und totale Zerstörung verwickelt werden durch Wahrnehmung amerikanischer Sonderprobleme — sagen wir eine Invasion Kubas. Aber ein Einsatz der Atomwaffen für europäische Interessen wird zweifelhaft, wenn schon ein solcher für die Abwehr einer Okkupation durch konventionelle russische Truppen nicht sicher ist. Mindestens liegt es ausschließlich bei den USA zu entscheiden, welche Interessen Europas so lebenswichtig sind, daß für sie die Existenz Amerikas in einem Atomkrieg riskiert werden müsse. Wie in solchem Zusammenhang von amerikanischer Seite behauptet werden konnte, Kuba habe den Nachweis erbracht, den USA sei es ernst mit dem Einsatz ihrer Atommacht, den europäischen Bundesgenossen sei damit die Probe auf das Exempel gegeben, das ist schwer zu begreifen, wenn man nicht Amerikaner ist und an die Lauterkeit seiner Absichten glaubt. Diese Ungleichheit der Risiken und die Wahrnehmung der Verantwortung für das eigene Schicksal ist der eigentliche Stein des Anstoßes und des Ärgernisses für General de Gaulle und hätte es auch für die Deutschen und die anderen Nationen Europas sein müssen. Sie ist übrigens auch bekannt genug,

wenn auch mittels der fragwürdigen Argumentationen des früheren Verteidigungsministers Fr. J. Strauß, der daraus die Folgerung nach der Verfügungsgewalt eigener Atomwaffen in vorderster Linie zog, statt die wirkliche logische Konsequenz zu ziehen, nämlich, daß es für Kontinentaleuropa eine wirksame militärische Sicherung nicht mehr geben könne, da, wie immer man das Kind wickele oder in was für ein Steckkissen man es packe, das Ergebnis jeder militärischen Aktion auf europäischen Boden die totale Zerstörung sein müsse, so daß nur noch ein Ausweg übrig bleibt, der politische Schutz, so ungewiß er sein mag: die Neutralität.

Es versteht sich von selbst, daß ein Kontinentaleuropa zwischen England und Rußland oder gar zwischen Atlantik und Elbe niemals machtpolitisch eine ausbalancierende Rolle im Kräftespiel Amerika/Rußland spielen kann. Was dieses Gebiet allenfalls wahrnehmen könnte, das ist eine „Dritte Funktion", wenn man es so nennen darf, die Funktion des Ausgleiches, der Vermittelung. Alles Eifern über eine gemeinsame Atommacht in der NATO, wie es vor kurzem erst der neue Bundesverteidigungsminister von Hassel tat, und über die Schwächen separater Atommächte geht, so richtig es sein mag, an dem eigentlichen Problem vorbei. Auch der Gegner de Gaulles tut gut, sich daran zu erinnern, daß schon im Jahre 1949 der General in einer Rede in Bordeaux die Grundlage einer Politik festlegte, in der die Distanzierung von Washington ein wesentlicher Zug war. Seine Vision eines „Europa vom Atlantik bis zum Ural" ist weder in der Nachfolge Napoleons noch Hitlers konzipiert. Seine Vision ist wahrscheinlich auf dem Glauben an eine Annäherung von beiden Seiten her, vom östlichen wie vom westlichen Europa begründet, auf dem Glauben, daß allen Unterschieden und Gegensätzen zum Trotz die innere Verwandtschaft der kontinentaleuropäischen Völker, ihre geschichtliche Verflechtung, ihre Interessen sich als integrierend erweisen und den Vorrang vor der mehr oder minder im Gefolge zweier Kriege übersteigerten Interessengemeinschaft Westeuropas mit der westlichen Hemisphäre gewinnen werden. Das ist eine Entwicklung, die nicht von heute auf morgen sichtbare Frucht zeitigen kann, auf die sich die europäischen Nationen jedoch von langer Hand vorzubereiten haben werden.

Es ist unschwer zu sehen, daß die Aktion de Gaulles zunächst keinen nachhaltigen politischen Erfolg haben wird. Was er im Sinn hat, ist ohnedies nur in einer mühsamen und langwierigen Entwicklung zu erreichen. Es ist daher nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert, daß es zu einer Kompromißlösung zwischen de Gaulle und den USA einerseits, Frankreich und England andererseits käme, in der wenigstens in einigen Zügen seinem Impulse Rechnung getragen wird. Sollte indessen Amerika bei der Überprüfung der eigenen Außenpolitik Motive und Ziel de Gaulles nur negativ beurteilen und sich auf so etwas wie einen politischen Krieg mit dem General einlassen wollen, um dabei nichts Geringeres zu versuchen „than breaking up the European market" als dem einzig „truly decisive way of isolating de Gaulle", wie es J. Alsop ankündigt, dann würde in der Tat „a wholly new situation" entstehen, deren Folgen unabsehbar wären. An ziemlich kompakten Drohungen an die Adresse de Gaulles und der Bundesrepublik hat es auch sonst nicht gefehlt. Das mindeste ist die Drohung eines „pullback from Europe". „Wenn Frankreich und Deutschland bereit sind, auf ihren eigenen Füßen zu stehen, laßt sie. Wir können das Geld zu Hause und anderswo in der Hemisphäre zu besserem Nutzen für uns gebrauchen", heißt es da etwa. Aber selbst der Präsident hat es nicht an Äußerungen fehlen lassen, wonach er gegebenenfalls das Ressentiment der Bundesgenossen nicht scheuen wird, um das für notwendig Gehaltene durchzuführen und unter Umständen zu erzwingen (einen „Konflikt mit empfindlichen Verbündeten nicht scheuen"). Ein

solches pullback ist schwerlich ernst gemeint; denn die 400 000 amerikanischen Soldaten in Europa stehen dort nicht ausschließlich im Interesse der Sicherheit der europäischen Nationen selbst. Aber von mancher Seite ist seit längerer Zeit auf die Möglichkeit eines neuen amerikanischen Isolationismus hingewiesen worden.

Ausgeschlossen ist es nicht, daß das Malaise in USA weiter an Umfang gewinnt und das amerikanische Volk abermals dazu verführt, die Bürde seiner historischen Bestimmung abzuwerfen. Wahrscheinlich ist das nicht. Wohl aber könnten durch die Aktion de Gaulles Maßnahmen beschleunigt werden, die infolge der fortschreitenden Entwicklung der Fernwaffen eine Anwesenheit von Grundtruppen in vorgeschobenen Positionen nicht mehr dringlich erscheinen lassen. Zweifellos bestehen Überlegungen, die militärischen Machtmittel Amerikas in und auf Amerika selbst zu konzentrieren, um hier den Machtkern, hier die „Festung Amerika" auszubauen. Aber solche Maßnahmen hätten nichts gemein mit dem politischen Desinteressement eines wirklichen Isolationismus. Man wird vielmehr annehmen können, daß Anhänger eines modernen „America first" die genau umgekehrte Politik verfolgen würden, als die erstere, nämlich Amerika gerade die Position als Schiedsrichter der Welt zu sichern. Nicht ein pullback aus Europa haben die Alliierten zu besorgen, sondern eine Versteifung der autoritären Position, die die USA ihren Allierten gegenüber einnehmen könnten.

Einer der Punkte der veränderten Lage, der die amerikanische Politik sich gegenüber sieht und die bei einer „Überprüfung" ans Tageslicht gebracht zu werden notwendig wäre, ist, daß die USA ihre Vormachtstellung und Vormundschaft über Europa, die 1945—50 gerechtfertigt waren, in dem Maße zu gunsten eines anderen Verhältnisses zu den Verbündeten hätten aufgeben müssen, als sich das Machtvakuum der Nachkriegszeit zu füllen begann und die europäischen Staaten mehr in eigener Verantwortung hätten leisten können. So erst sind Probleme entstanden, die die gegenwärtige Lage verwirren und sind strategische Lage wie Politik unter einen Schleier geraten. Die Problematik der NATO liegt nicht in der Verfügungsgewalt über die Atomwaffe. Sie liegt in dem Umstand, daß Mächte sehr verschiedener Risiken und Lebensbedingungen unter einen Oberbefehl gestellt werden, der aus ganz anderen geopolitischen und militärischen Bedingungen heraus militärische Aufgaben stellte, die schlechterdings nicht lösbar sind, ohne die Bundesgenossen zu vernichten. Dieser Umstand hat in die Politik der NATO ein Element des „make-believe", der Halbwahrheit, der Illusion, des Redens mit der Zunge in der Backe gebracht, um die Bundesgenossen bei der Stange zu halten. Eine wirkliche Führung, die nicht nur durch ihre überlegene Macht, sondern durch bessere Einsicht legitimiert ist, hätte, wenn nicht anders die Alliierten, die etwas Unmögliches erhofften — Sicherheit, oder gar eine Politik der Stärke —, darüber belehren müssen, daß die militärische Macht allenfalls eine politische Konzeption unterstützen, nicht aber eine solche ersetzen könne, und daß die politische Konzeption sich dem Wirkungsgrad der Machtmittel anzupassen habe. Nichts davon ist geschehen, weil die USA es selbst nicht erkannten oder nicht willens waren es zuzugeben, daß sie die europäischen Staaten mit der Teilnahme an einer Politik gegen Rußland belasteten, die ihrer geopolitischen Lage radikal zuwider lief. Deshalb wäre nur eine Revision der Verfassung der NATO in Richtung auf eine europäische Selbstschutzinstitution, der unter bestimmten Bedingungen die USA assoziiert wären, eine gründliche Sanierung eines sonst an seinen inneren Widersprüchen sich selbst lähmenden Verteidigungssystems. Es erfordert eine aus der Situation der europäischen Staaten noch

mögliche Strategie und eine Europa angemessene Ostpolitik. Aber das bedeutete eine Revolution des Denkens und Wollens, zu der die europäischen Partner bisher jedenfalls am allerwenigsten vorbereitet und willens waren, weil es zugleich den Verzicht auf eine illusionäre Politik dieser Staaten bedeutet hätte.

Die Idee der Vormacht tritt in vielerlei Gestalt, politisch, militärisch, ökonomisch als eines der schwersten Hindernisse der Erkenntnis der Wege und Mittel entgegen, mit denen die großen Zukunftsaufgaben der Menschheit allenfalls noch gelöst werden könnten, ehe diese sich selbst zerstört. Zum Beispiel in dem Plan eines Atlantischen Systems der Wirtschaft. Es könnte ein Zwischenglied zu einer g l o b a l e n wirtschaftlichen Kooperation sein. So aber, wie eine Atlantische Union oder Gemeinschaft von ihren Wortführern vertreten wird, soll sie a b s c h l i e ß e n d e n Charakter haben, soll sie eine „Co-Prosperity-sphere" bestimmter Nationen, vornehmlich des Westens sein, das heißt ein Machtorgan dieser Nationen, das Instrument einer bevorzugten, einer Vormachtstellung, die sich von der notwendigen globalen Kooperation distanziert, um eigene Machtziele zu verfolgen. Die Hoffnungen, die auf Amerika als einen Treuhänder des Friedens gesetzt werden, beruhen nicht auf seiner Vormachtstellung als stärkste Macht der Welt, sondern auf dem Vertrauen, daß es seine überragende Machtposition nicht zu einer autoritären und arbiträren Politik mißbraucht, weder im Rahmen von Verbündeten noch in der Gesamtheit der Völker; mit anderen Worten, daß es nicht der Versuchung der Macht erliegt, wie es bisher alle Mächtigen der „Alten Welt" taten, eine Versuchung, vor der sich die „Neue Welt" bisher gefeit glaubte, und vor die nun selbst gestellt zu sein, zur „Ironie der amerikanischen Geschichte" gehört.

3.

Die Washingtoner Überprüfung der Außenpolitik ist noch im Gange, berichten die New York Times. Es gilt große Schwierigkeiten zu überwinden. Denkgewohnheiten, Handeln und Reden, Gewohnheiten, die sich während der sechszehn Jahre seit dem Marshall-Plan herausgebildet hatten, erfordern eine Reformation. Man wird hinzufügen müssen: dringender noch ist die Erkenntnis des Umfanges und der Folgen der während dieser Zeit eingetretenen revolutionären Wandlungen, an deren Beginn, nicht Ende wir noch immer stehen. Es ist kaum zuviel gesagt, daß die Vorstellungskraft der wenigsten Menschen dazu ausreicht, diese Änderungen in ein zusammenhängendes Bild zu bringen, am wenigsten die des praktischen Politikers, dessen Augenmerk immer auf das nächstliegende, angeblich dringendste Tagesproblem gerichtet ist. Kann man es in wenigen Zügen beschreiben, ohne schon bei den ersten die Fähigkeit zu verlieren, gegenständlich zu sehen und den leeren Begriff für die Wirklichkeit zu nehmen? In dieser Zeit verlor A m e r i k a das Atommonopol: R u ß l a n d stieg zur gleichrangigen Atommacht auf; F r a n k r e i c h verlor sein Kolonialreich; E n g l a n d stieg — wenigstens vorläufig — eine Stufe von seiner Weltmachtstellung herunter; der politische Kolonialismus alten Stils ist nahezu liquidiert, wenn auch der wirtschaftliche weiter besteht; in ihren Folgen noch unabsehbare Verschiebungen der Macht sind damit eingetreten, die ungeheuren Massen der n i c h t - w e i ß e n Bevölkerung sind in Bewegung geraten, deren Richtung und Gang noch ganz im Dunkeln liegt und schwerlich durch die zaudernden Eingriffe der Politik der alten Kulturnationen zu kontrollieren oder zu lenken ist. C h i n a begann das Fundament seiner neuen Ordnung zu legen, die ihm die Position der größten Weltmacht eintragen soll. Hunger und Übervölkerung bleiben im Hintergrund die größten, die nur in organisierter Kooperation aller Mächte, nicht in deren Machtkampf um die Hungernden zu lösenden Probleme. Und dazu das „Pat" der Atom-

waffenmächte, die das Denken in den Kategorien der alten Machtpolitik obsolet gemacht hat. Die Allgegenwart und Allverknüpftheit aller Tendenzen, Impulse und Bewegungen sozialer, politischer, wirtschaftlicher, ja ideologischer, geistiger Provenienz in einer längst zur „Einen" gewordenen Welt, auch wenn die Realpolitik dieses Faktum der Realität anzuerkennen sich sträubt. Eine Allbezogenheit, die es nicht mehr erlaubt, Interessensphären abzugrenzen und einen status quo zu dekretieren, weil jene unterwandert werden, diese unter den Händen sich wandeln. Und überdies Wissenschaft und Technik immer neue Elemente zur geistigen, zur wirtschaftlichen und zur gesellschaftlichen Revolution beisteuernd. So banal das klingen mag, es ist ein immer aufs neue erregender, aufreizender Eindruck, sich dies nicht in seinen Einzelheiten, sondern als einen Gesamtvorgang vorzustellen. Es ist keine leichte Sache, in solcher Zeit Politiker zu sein. Es ist nicht zu verwundern, daß unter dem Druck der ungeheuerlichen Verantwortung der Politiker lieber die Augen schließt als einen Entschluß faßt. Es besteht die Gefahr, daß die Politik aus Besorgnis, in unkontrollierbare, in ihren Folgen unübersehbare Entwicklungen mitgerissen zu werden, sich einem sterilen Immobilismus verschreibt. Es besteht die Gefahr, daß die Notwendigkeit der Anpassung an die veränderte und sich weiter im rasenden Tempo ändernde Wirklichkeit in zu kleinen Dimensionen gesehen wird. Und daß das, was getan wird, zu wenig ist, und daß es zu spät geschieht.

Dies letztere kann z. B. von dem gesagt werden, was die USA in ihrer eigenen Hemisphäre in den lateinamerikanischen Ländern zur Erleichterung der Geburtswehen neuer gesunder sozialer Ordnungen beisteuern. Es ist nicht nur zu wenig und zu spät; es geschieht auch in einer Richtung, die eine soziale Gesundung eher hindert als fördert, und die Kluft zwischen Reichtum und Luxus auf der einen Seite und Armut und Hunger auf der anderen vertieft. Es geschieht dies Problemen gegenüber, die von vielen einsichtigen Amerikanern als die für die Vereinigten Staaten brennendsten bezeichnet werden. Aber daß so wenig und oft in falscher Richtung getan wird, hat seinen Hauptgrund darin, daß eine ausreichende Hilfe auch tiefe Rückwirkungen auf das Helferland selbst haben müßte, diese Rückwirkungen aber gescheut werden. Eine Überprüfung der eigenen Außenpolitik bleibt solange im Oberflächlichen stecken, als sie vor der Notwendigkeit die Augen schließt, daß auch die eigene Nation sich zu wandeln haben wird, und so lange diese glaubt, daß die Weltrevolution vor ihr Halt machen wird. Vieles ist heute nicht mehr möglich, was vor sechzehn Jahren noch erreichbar gewesen wäre und was jetzt, nachträglich erringen zu wollen, Tollheit wäre. Beispiele liegen auf der Hand und brauchen nicht genannt zu werden. Vieles ist heute noch möglich, was in wenigen Jahren sich nicht mehr erreichen lassen wird. Die Politik befindet sich in einem Wettlauf mit der Zeit. Die Gepflogenheit der Politiker, in ihren Verhandlungen mit dem Faktor Zeit umzugehen, als stünden ihnen unendliche Zeiträume zur Verfügung, entspricht nicht dem Charakter unserer Epoche. Alle Probleme drängen, alle stehen in Gefahr, sich unserer Kontrolle zu entziehen.

Aus all dem wird man schließen müssen, daß wir einer Periode entgegengehen, in der alle Probleme an Schärfe zunehmen werden und daß je länger wir ihre Lösung aufschieben, desto schwieriger eine solche werden wird. Ja, wir werden es in Kauf nehmen müssen, daß dasjenige, was schon einer Lösung entgegengereift schien, plötzlich wieder fraglich geworden ist. Das gilt vor allem für die deutsche Frage, zu der ein paar Worte gesagt werden müssen. Eine wirklich ernsthafte Überprüfung der Außenpolitik, wie eine solche jetzt in den USA vonstatten geht, mit der Absicht, bis in die Denkgewohnheiten hinabzuleuchten, bis

in die allerelementarsten Grundlagen, eine solche Prüfung scheint in der Bundesrepublik zur Zeit ausgeschlossen. Weder in den Debatten des Bundestages noch in den engeren Gremien der politischen Willensbildung herrscht ein solcher Wille zur Sachlichkeit; so kann es zu nichts anderem kommen, als zu einem Um-die-Probleme-Herumreden, zu dem Bemühen, möglichst keinen Anstoß zu erregen. Nicht, daß es niemanden gäbe, der nicht den Willen zu einer unvoreingenommenen Überprüfung hätte. Aber er dringt nicht durch, weder in der Regierung, noch in den Parteien, bei denen es zuerst gilt, die Parteiinteressen zu wahren. Deshalb muß es als ein Glücksfall angesehen werden, man kann geradezu schon von einer zuteil gewordenen Gnade sprechen, daß die Hybris politischer Führer, die zu der „Spiegel-Affäre" geführt hat, das ganze Klima von Verschlagenheit, Tricks, Halbwahrheiten, krassen Lügen an das Tageslicht gebracht hat, in dem gegenwärtig in der Bundesrepublik Politik getrieben wird. Nicht minder ist es als ein Glücksfall zu bezeichnen, daß durch de Gaulles Aktion die Unzulänglichkeiten, Widersprüche, Illusionen der bundesdeutschen Außenpolitik zum Vorschein gekommen und die bundesdeutschen Politiker gezwungen sind, ihre Außenpolitik zu revidieren, wobei die widersprüchliche Europa-Politik des greisen Kanzlers die Bundesrepublik in ein Dilemma gebracht hat, aus dem sie nicht ohne erhebliche Einbuße ihrer Glaubwürdigkeit herauskommen wird. Aber wird es zu einer klar artikulierten Außenpolitik kommen? Jedenfalls solange nicht, als es keine glaubwürdige bundesdeutsche Ostpolitik gibt. Wer von den führenden Politikern hat den Mut, eine solche zu artikulieren? Denn eine solche könnte gar nichts anderes zur Folge haben, als die gesamte bisherige Politik über den Haufen zu werfen. Jedenfalls sollten sich alle diejenigen, die sich bisher zu dem Dilemma äußerten, in das Adenauer die Bundesrepublik geführt hat, darüber klar sein: solche vagen Gedanken wie sie bisher zu dem Dilemma geäußert wurden, drücken sich um die entscheidende Frage herum. Etwa: „Die deutsch-französische Freundschaft darf nicht ein Akt in sich selbst sein", oder „NATO und EWG haben Vorrang vor der deutsch-französischen Gemeinschaft". Auch die Furcht vor „einer Isolierung im europäischen Raum" ist noch kein zureichendes Motiv einer Abklärung der Politik. Die bundesdeutschen Politiker sollten sich über eines klar sein: daß das Mißtrauen des amerikanischen Präsidenten gegen Adenauer und die Bundesrepublik, daß das Wiederaufflackern der Deutschfeindlichkeit in einigen Kreisen Amerikas seinen Grund hat in einer seit Jahren betriebenen unglaubwürdigen, ja zweideutigen Politik, die deshalb keine Ostpolitik entwickelt hat, weil sie ihre Ziele nicht darlegen wollte, weder vor der eigenen Öffentlichkeit noch vor den Alliierten, weil sie nicht Fakten als solche anerkennen will, sondern Illusionen wachhält, weil — nun eben weil sie in einem Klima von Halbwahrheiten, von make believe, von Tricks und taktischen Manövern operiert. Mit welchen falschen Hoffnungen, Illusionen, Halbwahrheiten und bewußten Irreführungen hat nicht die Regierung z. B. die unglücklichen Heimatvertriebenen und Ostflüchtlinge hingehalten und politisch benebelt, obwohl jedem nüchtern Denkenden seit langem klar geworden sein mußte, daß so etwas wie ein „Recht auf Heimat" nur in einem großen europäischen Gemeinwesen eine bedingte Verwirklichung erfahren könnte, und ein solches nicht durch eine „Politik der Stärke" — wenn auch selbstverständlich mit „friedlichen Mitteln" —, sondern durch Verständigung, Zusammenarbeit, Vertrauen und Anerkennung der Verantwortung für den Krieg und seine Folgen deutscherseits. Statt dessen wird wie vor vierzig Jahren jeder als „Erfüllungspolitiker" gebrandmarkt oder als Osthöriger verunglimpft, der versucht, der Wahrheit die Ehre zu geben.

Aber wie kann man auf eine ehrliche Überprüfung der bundesdeutschen Politik

hoffen, wenn man etwa in dem großen Hamburger Blatt „Die Welt" den CDU-Politiker Johann Baptist Gradl sich winden und drehen sieht, um den Kernpunkt zu vermeiden; wenn er zum Beispiel sagt, die primäre politische Aufgabe bestünde nicht darin, für das Problem der Wiedervereinigung eine Lösungsform zu finden, sondern „die Sowjetunion dazu zu bringen, daß sie zu irgendeiner vernünftigen Lösung überhaupt bereit wird". Solche tiefsinnige Äußerung erinnert denn doch allzusehr an „Onkel Bräsig's" Wort, daß die Armut von der Povertät herkomme ... „Ein eigenständiges West- und Mitteleuropa, ein wieder zusammengeführtes Deutschland" ist nicht das Ergebnis einer durch irgendein Wunder herbeigeführten Entspannung, wie Gradl erhoffen läßt. Eine solche Entspannung ist vielmehr nur in dem Maße möglich, als ein eigenständiges West- und Mitteleuropa sich aus den großen Machtballungen des Westens und Ostens löst, in dem Maße, in dem eine Entflechtung Europas aus den Militärbündnissen erfolgt. Ein eigenständiges West- und Mitteleuropa ist Mittel sowohl wie Ergebnis einer Entspannung.

Aber kehren wir zu dem Thema Amerika zurück. Es geht um die Abklärung der amerikanischen Außenpolitik, und in solchem Zusammenhange interessiert die Politik der Bundesrepublik nur insofern, als sie Einfluß auf die amerikanische Politik hat. Der ehemalige Außenminister Amerikas Dean Acheson hat in einem, ebenfalls in der „Welt" erschienenen Artikel über das Deutschlandproblem mit der bezeichnenden Überschrift „Taten statt Lippenbekenntnis" das Fehlen eines gemeinsamen Deutschland-Konzeptes der Westmächte beklagt. Aber wie konnte eine Politik der Westalliierten über ein befreundetes und verbündetes Westdeutschland als pars pro toto, als Stellvertreter Gesamtdeutschlands konzipiert werden, ohne eine deutsche Politik Deutschlands! Die Bundesrepublik verfügt wohl über das Konzept einer Europapolitik, über eine Deutschlandpolitik verfügt sie so wenig wie über eine Ostpolitik. Was sie statt dessen zustande gebracht hat, ist jenes tabuierte „Junktim", dessen Glanz inzwischen längst in den Orkus der graceful oblivion (des gnädigen Vergessens) versunken ist. Man wird bedauernd feststellen müssen, daß der Artikel des ehemaligen Secretary of State nicht viel staatsmännische Weisheit enthält und die ratlosen Europäer deutscher Provenienz noch ratloser macht. Denn was für Taten sind schon gemeint statt Lippenbekenntnis für Wiedervereinigung? Wieso ist es schon „wertvoll", wie der kommentierende Johann Baptist Gradl findet, daß ein Mann wie Acheson nüchtern feststellt, die Hinnahme der Teilung entlang der Zonengrenze sei nicht nur unnötig, sondern gefährlich? Dem wird allerdings jeder zustimmen, daß eine Deutschland-Politik mehr sein müsse, „als die Gewohnheit, den Berlinern und uns gegenseitig zu sagen, daß wir bei der Verteidigung Berlins ‚fest stehen' müssen". Aber ist es damit getan, daß ein Krieg um Berlin mit konventionellen Waffen im Bereich der Möglichkeit läge? Ist das schon eine Deutschlandpolitik der USA?

Es ist hier abzubrechen. Es kann weder auf die großen Probleme eingegangen werden, die ihre Schatten aus einer nicht zu fernen Zukunft in die Gegenwart werfen — die Explosion der Bevölkerung der Welt mit ihren Begleiterscheinungen eines Hungers, der die geringen Hilfen für die Entwicklungsländer im voraus entwertet —, noch auf die näher liegenden Probleme des Kalten Krieges. Sie alle bestimmen die Artikulation einer amerikanischen Außenpolitik. Es kann aber auch nicht dem Kardinalproblem, das in diesem Zusammenhang zu erörtern wäre, genügend Raum gegeben werden, dem Gegensatz USA/UdSSR, der gerade weil in ihm die alles Dasein durchziehende Polarität politisch manifest wird, das tragende Element eines Weltgemeinwesens werden und zur Verständigung, zur

Kooperation, nicht nur zur Ko-existenz führen könnte. Wer wie wir für eine Verständigung und Entspannung ist, meint dies gewiß nicht in sentimentaler Begeisterung des „Seid umschlungen, Millionen" der Neunten Sinfonie. Wir meinen auch gewiß nicht, daß es durch appeasement zu erreichen sei nach dem Muster der Münchener Konferenz der drei großen europäischen Westmächte mit Hitler. Aber wir meinen auch kein „Versöhnertum", das die Gegensätze verwischt. Denn, wenn je eine Verständigung zwischen USA und UdSSR möglich werden sollte, dann nur in der Wahrung und rechten Ausprägung der gegensätzlichen Ordnungen und ihrer Philosophie und ihrem wechselseitigen Respekt voreinander. Damit aber kämen wir ein letztes Mal zurück zu dem, was man die Ironie der amerikanischen Geschichte nennen kann und was als ein wichtiges Hilfsmittel in der Klärung der Außenpolitik die amerikanischen Politiker nicht übersehen sollten. Nicht nur die Versuchung des Mißbrauches der Macht gehört zu dieser Ironie; es ist auch die Versuchung, die vornehmlich materiellen Interessen und Bestrebungen vor sich und anderen in den Kategorien einer idealistischen Berufung zu rechtfertigen. Vieles andere gehört noch zu der Ironie, daß die USA in dieser Weltstunde vor Versuchungen stehen, denen die Gründer der „Neuen Welt" entronnen zu sein glaubten und denen ständig zu erliegen sie als das Erbübel der Alten Welt ansehen: das politische Machtspiel, der Militarismus, Reglementierung und Unterwerfung u. a. Zu der Ironie der amerikanischen Geschichte gehört indessen vor allem, daß die USA in Versuchung stehen, ihre eigene große politische Einsicht und historische staatsgründende Leistung in der Außenpolitik mit ihrer integrierenden Aufgabe der Bildung eines globalen Gemeinwesens in den Wind zu schlagen, um es mit dem alten Mittel überlegener Macht durch Zwang, Überredung und Beherrschung zu versuchen. Ich meine jenen einmaligen Versuch, die Ordnung des Gemeinwesens auf die in ihm lebendigen Gegensätze, auf Gegenkräfte zu gründen in einem ausgewogenen System von Gegengewichten und Kontrollen. Es ist die einzige Möglichkeit, ein Weltgemeinwesen zu gründen. In der Rezeption dieser amerikanischen Idee, die die pragmatische Bewährungsprobe bestanden hat, könnte das Rückgrat einer neuen amerikanischen Politik gesehen werden. Sie würde den Intentionen de Gaulles gerecht werden und den Raum für eine amerikanische Deutschlandpolitik öffnen. Nicht aber ein bloßes Kräftegleichgewicht, das gar nichts anderes zur Folge haben kann, als Stagnation, als „Immobilismus".

Schließlich und endlich mündet die Ironie der amerikanischen Geschichte in die Ironie der Weltgeschichte, die uns durch die Zerstörungsgewalt der von uns geschaffenen Kampfmittel zu einer Friedenswilligkeit zwingt, zu der wir aus Vernunft, aus geistigen und moralischen Impulsen nicht bereit noch fähig waren. Hegel, der Philosoph, würde es eine „List der Idee" genannt haben. Wir können darin mehr sehen. Wir können darin etwas wie ein Gericht sehen.

Tomas Torsvik, Bergen/Norwegen

Die Mauer

1.

Hätte die Mauer durch Berlin vermieden werden können?

Die Geschichte macht keine Gegenproben, und die Frage ist daher rein akademisch. In diesem Falle jedoch geht das Interesse tiefer. Die Mauer berührte die großpolitische Gefahrenzone, von der sich die Großmächte bis zum August des Jahres 61 im großen ganzen ferngehalten hatten. Die Mauer war eine derart grobe Provokation, daß sie geeignet gewesen wäre, im Westen eine Reaktion zu verursachen, die nicht im voraus zu berechnen war. Sie hätte ein lebensgefährliches Aufwärtspendeln wechselseitiger Gegenmaßnahmen einleiten können. Es gab keine Präzedenz für die Mauer. Aber nachdem man die Kuba-Krise erlebt hat, kann man sich denken, daß sie ihre eigene Krise hätte und daß sie in Moskau das Gefühl erzeugte, daß die erwähnte Gefahrenzone nicht existiere. Eine Untersuchung des Verhaltens der Großmächte an der Grenze zwischen Frieden und Krieg kann unsere gefährliche Welt sicherer machen, — und das ist einer der Gründe für unsere Fragestellung.

Etwas anderes ist es, daß, während die menschliche Tragödie der Berlin-Mauer eingehend beschrieben worden ist, die politische Analyse des Geschehens beinahe durch Abwesenheit glänzte — sowohl in Deutschland wie im Ausland. Man braucht nicht tief zu graben, um auf eine grundlegende Meinungsverschiedenheit der westlichen Allianz über gewisse Seiten der deutschen Frage zu stoßen. Instinktiv verdeckt man in einer Allianz eine solche Uneinigkeit, da es eine alte Erfahrung ist, daß sie von den Feinden ausgenutzt wird. In diesem Falle jedoch liegt die größte Gefahr in dem Mangel an Offenheit zwischen Deutschland und seinen Alliierten und in Deutschland selbst. Denn Moskau nutzt jedwede Uneinigkeit aus. Und wir im Westen sind uns nicht klar darüber, worüber wir uneinig sind.

Also: Hätte die Mauer vermieden werden können?

2.

Wenn man die Frage in Bonn und in NATO-Kreisen in Paris stellt, erhält man verschiedene Antworten. In Deutschland schreibt man die Verantwortung für das Geschehene den drei Westmächten zu, die Truppen in Berlin haben, insbesondere den Amerikanern. Man sagt, daß die Mauer niemals gekommen wäre, wenn die USA gegenüber der „Salami-Taktik" der Russen — welche das Viermächteabkommen über Berlin seit einigen Jahren sehr wirksam ausgehöhlt haben — bestimmter aufgetreten wären. Man sagt, daß die Mauer niemals fertig geworden wäre, wenn man sie bereits am 13. August dem Erdboden gleich gemacht hätte.

In NATO-Kreisen sagt man, ja, die Mauer hätte vermieden werden können, wenn man sie beizeiten vorausgesehen hätte und wenn man in dieser Frage politische Handlungs- und Verhandlungsfreiheit gehabt hätte. Aber jede gründliche Analyse der Berlin-Situation ist von Bonn gestoppt worden, ebenso wie Bonn ein absolutes Veto hat (und es auch einlegt), wenn es um Änderungen der gemeinsamen Berlin- und Deutschlandpolitik der Westmächte geht.

Wie man sieht, sind die Antworten höchst verschieden. Aber das heißt nicht, daß deshalb die eine falsch ist. Die Antworten betreffen ganz verschiedene Seiten des Problems. Sie weisen beide in der Richtung mehr genereller Regeln, oder, um es präziser auszudrücken: Die Antworten berühren etwas, das aussieht, als

würde es zur Struktur des Atomzeitalters werden, und sie kommen zum Teil damit in Konflikt.

Eine festere Berlin-Politik seitens der Amerikaner hätte in wachsamen und energischen Gegenzügen bestehen müssen — jedesmal, wenn Ost-Berlin etwas weiter aus seinem Viermächte-Status und etwas mehr in die Ostzone gezogen wurde, und jedesmal, wenn die Kontrolle der Zufahrten zu West-Berlin etwas mehr ostdeutsch gemacht wurde. Es ist dies die typische Salami-Taktik: Man schneidet jedesmal so wenig von der Wurst ab, daß keiner den Schwund merkt und daher auch nicht reagiert. Eine festere Berlin-Politik hätte weiterhin den Einsatz von Tanks und Bulldozern während der gespannten Augusttage 1961 erfordert oder, wenn die Mauer schon einmal gebaut war, einen spürbaren Gegenzug, z. B. die wirtschaftliche Blockade der Ostzone.

Das Gefühl, daß die Mauer gerade einer solchen amerikanischen Nachgiebigkeit zu verdanken ist, ist in der Bonner Republik und im geteilten Berlin sehr stark. Es ist um so schwieriger, diesem Gefühl entgegenzuwirken, als die Westmächte gemeinsam die Vorstellung eines ‚wasserdichten' Bereitschaftsplanes geschaffen hatten, in dem alle russischen Manöver vorausgesehen waren und mit Einigkeit und spürbaren Gegenmaßnahmen beantwortet werden sollten. Diese Vorstellung fiel zusammen wie ein Kartenhaus, als die Mauer gebaut wurde, ohne daß andere Gegenmaßnahmen als Proteste unternommen wurden.

Dennoch ist die Kritik unberechtigt. Sie übersieht die Tatsache, daß das Nachgeben nicht etwa einem fehlenden W i l l e n des Westens entspringt, sondern einer mangelnden F ä h i g k e i t, der Salami-Taktik entgegenzuwirken. Die Drohung mit der Kernwaffen-Vergeltung hat sich schon seit dem Korea-Krieg als ungeeignet erwiesen, die ‚kleine Provokation' zu stoppen. Als der Korea-Krieg kam, hatten die USA noch die Atom-Hegemonie, zogen jedoch einen blutigen, konventionellen Krieg der Verwendung von Atomwaffen vor und erlebten auch zum ersten Male in ihrer Geschichte einen unentschiedenen Krieg. Seither hat man sich etwas auf zwei Theorien festgelegt, um die kleine Provokation zum Stillstand zu bringen. Die eine — ein Ableger der C o n t a i n m e n t - Lehre — besagt, daß einem Druck mit einem genau abgestimmten Gegendruck zu begegnen sei, zu der Zeit und an der Stelle, wo er geübt wird. Das wurde in Berlin nicht ohne Erfolg praktiziert. Aber die Schwäche dieser Theorie in Berlin besteht darin, daß es die Russen sind, welche die große Auswahl haben, wenn es um Gegenaktionen geht. Die Mauer war keine kleine Provokation, aber die gleiche Schwäche hätte einer festen Gegenpolitik von seiten der Westmächte angehaftet. Moskau hätte im Gegenzug keine Gewalt anzuwenden brauchen, wenn westliche Truppen die Mauer zerstört hätten. Man hätte sich damit begnügen können, sie ein Vierteljahr später oder innerhalb von Ost-Berlin wieder aufzubauen. Es ist schwer zu glauben, daß die Westmächte in einer derartigen Situation mit Einigkeit und Festigkeit gehandelt haben könnten, selbst wenn sie die Mauer an der Sektorengrenze gemeistert hätten.

Die zweite Theorie über die kleine Provokation besagt, daß solche kleinen Vorstöße ihre Begrenzung in sich selbst tragen. Wenn es viele werden, so summieren sie sich zu einer so hohen ‚Schwelle', daß der provozierte Teil reagieren wird, notfalls mit Kernwaffen. Dadurch verliert der provozierende Teil den Vorteil, den er sonst dadurch gehabt hätte, daß er zuerst hätte zuschlagen können. Er wird daher dafür sorgen, sich ein gut Teil unter der Schwelle zu halten, deren Höhe ja im übrigen nicht bekannt ist.

Solche Gedankengänge haben in Verbindung mit Berlin hinlänglich Bedeutung gehabt und haben sie auch fernerhin. Indessen ist man sich heute darüber klar, daß für eine Atommacht oder deren Verbündete ein nationaler Notstand gegeben

sein muß, um Kernwaffen in einem gewollten Erstangriff einzusetzen. ‚Die Schwelle' ist mit anderen Worten wolkenhoch geworden, und die Möglichkeit eines fortgesetzten und ungestraften Druckes auf West-Berlin ist gegeben.

Das ist nicht die ganze Berlin-Situation. Es ist aber eine wichtige und allzu oft übersehene Seite derselben. Ihre Realität ist nicht schwer nachzuweisen. Wenn die Westmächte jetzt ihre konventionellen Waffen planmäßig verstärken, so ist das ein Zugeständnis, daß es mit der Atom-Abschreckung abwärts geht. Vor kurzem verpflichtete Präsident Kennedy sich, aktiv in die Verteidigung Berlins einzugreifen, wenn Bonn damit einverstanden sei. Über die Zustimmung der übrigen Verbündeten sagte er nichts. Damit räumte er zum guten Teil die Unsicherheit aus, die eine Verhandlungspause im Westen mit sich bringen würde und an die wir eine deprimierende Erinnerung vom August 1961 her haben. Er schob einiges von der Uneinigkeit im westlichen Lager beiseite, denn er hatte das Gefühl, daß der Wille der Westmächte, einen Krieg für Berlin zu riskieren, im Osten nicht geglaubt werde. Und das ist unsere eben gezogene Folgerung, nur in anderen Worten.

Präsident Kennedy hat damit Berlin eine so feste Garantie gegeben, wie sie nur ausgesprochen werden kann. Insbesondere nach dem klugen und kräftigen Eingreifen des Präsidenten im Kuba-Konflikt muß man glauben, daß die Freiheit Berlins auf lange Sicht gesichert ist. Das bedeutet aber nicht, daß die Stadt auch gegen die kleine Provokation geschützt ist.

Zutiefst handelt es sich hier um eine Schwäche des Sicherheitssystems gerade des Atomzeitalters. Die Abschreckungsbalance und die kriegsverhindernde Wirkung der Kernwaffen reichen nicht hinunter auf die Ebene, auf welcher der Kalte Krieg um Berlin geführt wird. Es ist diese Erkenntnis, die bei einigen Westmächten den Wunsch aufkommen ließ, Berlin durch Verhandlungen zu sichern, wenn es nicht militärisch befriedigend gesichert werden kann. Die Erkenntnis entstand zuerst in Großbritannien, wo sie am stärksten ist. Sie wächst in den USA an, während Westdeutschland und Frankreich schroff auf den alten und wankenden Positionen verharren. Die Uneinigkeit über das Verhältnis zur Ostzone folgt den gleichen Linien wie die Uneinigkeit über Berlin.

In dieser Überlegung liegt wohl auch die Erklärung dafür, daß die Mauer nicht zu irgendwelchen konkreten Gegenmaßnahmen des Westens führte. Einem Fait accompli gegenübergestellt, mögen die Amerikaner mit solider Unterstützung seitens der Engländer so analysiert haben: So tragisch auch die Mauer in menschlicher Hinsicht ist, so beseitigte sie doch die meisten Irritationsmomente, die West-Berlin für die Ostzone bot. Vor allem wurde der Flüchtlingsstrom gestoppt und damit der Verlust an Arbeitskräften, der mit großer Sicherheit Herrn Ulbrichts Regime dem Untergang zuführte. Und dann wurde es geschlossen, das riesengroße demokratische Schaufenster weit drinnen im Ostblock. Es war verlockend, so zu argumentieren, daß die Möglichkeiten für ein Abkommen, das dieser isolierten Stadt Sicherheit und gute Lebensbedingungen bieten würde, jetzt, nach der Mauer, größer waren als vorher.

Der Beweis, daß man so dachte, kam im Dezember 1961, als die USA in alliierten Kreisen vorschlugen, zweiseitige Berlin-Verhandlungen mit Moskau zu beginnen, und dies auch taten, trotz eines bestimmten französischen Nein und einer zögernden deutschen Zustimmung.

Die Verhandlungen führten zu nichts. Aber es steht weiterhin fest, daß es keinen realpolitischen Grund gegen ein akzeptables Abkommen über West-Berlin gibt.

Die Antwort der NATO-Kreise, daß die Alliierten Bonns keine Handlungs- und Verhandlungsfreiheit gehabt hätten, ist leichter verständlich. Man denke an die

Pariser Verträge von 1955. Sie ermöglichten die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und gestatteten eine deutsche Aufrüstung in gewissen Grenzen. Es war ein Abkommen zu gegenseitigem Nutzen. Die Bundesrepublik Deutschland erhielt die Möglichkeit, sich an der westlichen und westeuropäischen Zusammenarbeit zu beteiligen, deren Ausmaße und Vorteile heute deutlicher sind als damals. Die NATO erhielt eine höchst willkommene Bluttransfusion. Man kann es auch so deutlich sagen, daß die Verteidigung Westeuropas heute ohne die deutschen Divisionen unmöglich wäre.

Die Pariser Verträge besagen indessen auch noch etwas anderes. Sie binden die Alliierten Deutschlands dahingehend, niemals eine andere deutsche Regierung anzuerkennen als die in Bonn und die Grenzen Deutschlands nicht als endgültig anzuerkennen, bevor sie in einem gesamtdeutschen Friedensvertrag festgelegt sind. Es ist dies, nach normalem politischen Maßstab gemessen, eine absolute Verpflichtung. Die Gegenleistung von deutscher Seite war, daß die Chancen für eine deutsche Wiedervereinigung stark verringert wurden, wenn Bonn sich mit dem Westen engagierte und sich dazu verpflichtete, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht mit Gewalt durchgeführt werden solle.

In den Pariser Verträgen ist auch das Veto verankert, das Dr. Adenauer mit großer Konsequenz jedesmal einlegt, wenn die Verhandlungen der Großmächte sich dem Status der Ostzone und auch Berlins nähern. Hier liegt das Hindernis für eine de-jure-Anerkennung der Ostzone und für eine Normalisierung der deutsch-polnischen Grenze. Die Verbündeten Bonns haben den Vertrag eingehalten, einmal, weil ein Abkommen eingehalten werden muß, und außerdem weil es gewaltige realpolitische Folgen haben müßte, wenn es gebrochen würde. Wenn das geschähe, würden die Deutschen sich mit vollem Recht verraten fühlen, und die westliche Allianz würde in ihre bisher ernsteste Krise gestürzt werden.

Man bedarf keiner politischen Schulung, um in einer solchen Situation den Hauptgrund für Chrustschows zeitweiligen Druck auf Berlin und für die Forderung eines gesamtdeutschen oder eventuell nur ostdeutschen Friedensvertrages zu finden.

Es ist auch klar, daß man hier die Erklärung der NATO-Kreise zur Mauer findet: Die Westmächte hatten keine Verhandlungs- und Handlungsfreiheit, weil die Deutschland- und Berlinpolitik durch Dr. Adenauers Veto eingefroren ist. Weniger bekannt ist, und hier stoßen wir auf den anderen Punkt, daß das Schema der Berlin-Situation von dem des Atomzeitalters abweicht.

Es sind in Wirklichkeit die Amerikaner, welche die Verantwortung für die Sicherheit Berlins haben. Aber Bonn kann jede Änderung der Berlin-Politik verhindern. Bonn hat damit indirekt eine Verantwortung für die Sicherheits- und Außenpolitik der USA. Es leuchtet vielleicht nicht unmittelbar ein, daß dies schief und gefährlich ist. Es wird aber ziemlich deutlich, wenn man einen Augenblick lang über die Mauer blickt. Es ist jetzt mehr als vier Jahre her, daß Chrustschow in ultimativer Form die Forderung nach einem deutschen Friedensvertrag stellte. Der stärkste Grund dafür, daß er aus seiner Drohung bisher keinen Ernst machte, liegt nicht im Nein der Westmächte. Er liegt darin, daß er sich weigert, Herrn Ulbricht in Verbindung mit West-Berlin Handlungsfreiheit zu lassen, eine Handlungsfreiheit, welche die Außenpolitik der Sowjetunion verpflichten würde. Der Regierung in Ost-Berlin selbst irgendeinen Grad außenpolitischer Souveränität zuzugestehen, könnte die Sowjetunion in eine Situation bringen, die Moskau nicht mit Sicherheit unter politischer Kontrolle halten könnte. Das ist in den meisten Kommentaren ausführlich behandelt worden. Aber man zieht selten die Parallele, daß die gefährliche Situation, die Chrustschow zu vermeiden sucht, bereits im Westen existiert. Wenn der Friedensvertrag Moskaus mit Ost-Berlin

kommt, wenn Herr Ulbricht auf eigene Faust eine Abenteuerpolitik in Berlin beginnt, werden sowohl die USA wie die Sowjetunion engagiert und verpflichtet — auf Grund einer Politik, deren sie nicht vollkommen Herr gewesen waren. Gewiß brennt Herr Ulbricht darauf, zu handeln, während Dr. Adenauers Taktik darin besteht, zu bremsen. Aber im Prinzip besteht darin kein Unterschied, denn in Berlin kann es genau so gefährlich für die Westmächte sein, nicht zu handeln, wie für Moskau, Herrn Ulbricht zu aktivieren.

Der Gedankengang soll nicht so weit geführt werden, daß die USA, als für die Sicherheit Berlins verantwortlich, sozusagen in den aufkommenden politischen Fragen dieses Zusammenhanges selbständig seien. Der Gedanke ist in einer Gemeinschaft wie der westlichen Allianz unmöglich. Es soll damit nur darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Veto-Recht, das Bonn in den Pariser Verträgen zugesprochen wurde, in einem anderen Licht erscheint, wenn das Veto in die Sicherheitspolitik unserer ganzen Allianz eingreift. Und es soll auch gezeigt werden, daß die Stellung Berlins nicht schwächer, sondern sicherer würde, wenn die eingefrorenen Positionen durch eine elastischere Politik abgelöst würden. Der Grund wurde eben aufgezeigt, der Beweis ist die Mauer.

3.

Wir haben hier zwei gefährliche Gegensätze im Zusammenhang mit West-Berlin berührt. Der eine ist die Verantwortung der Westmächte für die Verteidigung der Stadt, die mit der Schwäche des Sicherheitssystems des Atomzeitalters zusammentrifft, daß nämlich die Kernwaffen-Abschreckung eine Grenze nach unten hat — und Berlin kann nicht mit konventionellen Waffen verteidigt werden. Der andere besteht darin, daß die politischen Entscheidungen über die Sicherheit der Stadt nicht bei der Macht liegen, die diese Verantwortung hat. Beide Gegensätze scheinen sich in dem Maß zu verstärken, wie die Struktur des Atomzeitalters deutlicher wird. Und da wir in diesen Fragen ohne Erfahrung sind, ist es schwer, zu sagen, welcher der gefährlichste ist. Der letztere liegt indessen so, daß er innerhalb des Westblocks ergründet und überwunden werden kann. Es ist der, auf den wir stoßen, wenn Bonn an seiner Ostpolitik festhält, während einzelne Verbündete Deutschlands eine andere vorziehen. Wir wollen daher näher darauf eingehen und gleichzeitig einzelne Fäden wieder aufnehmen, die wir fallen ließen. Einer davon ist die Behauptung, daß Bonn eine gründliche Voraus-Analyse der Berlin-Situation verhindert und so dazu beigetragen habe, daß die Mauer eine Überraschung wurde.

Die Analyse, die man in Bonn und in der NATO vornahm, sieht stark vereinfacht so aus: Die Ostzone ist politisch und wirtschaftlich ein sehr schwaches Staatsgebilde, das schnell durch den Verlust an Arbeitskräften geschwächt wird, den der Flüchtlingsstrom nach Berlin repräsentiert. Wenn die Flucht anhält, ist es nur eine Frage der Zeit, wann das Regime Ulbrichts zusammenbricht. Dann ist die Zeit gekommen, zu verhandeln, dann können wir die Frage der deutschen Wiedervereinigung auf einer neuen Basis aufgreifen, die für uns vorteilhafter ist.

Die Analyse war richtig, aber sie war nicht vollständig. Sie schloß die Alternative aus, die Chrustschow und Ulbricht ergriffen: ‚Wenn die Flucht anhält ...' Sie stoppten die Flucht. Ehe sie bereit gewesen wären, die gewaltige Niederlage hinzunehmen, die der Zusammenbruch eines Satellitenstaates für den Ostblock bedeutet hätte, liefen sie das Risiko einer heftigen Reaktion des Westens. Sie kalkulierten richtig. Die Reaktion auf die Mauer kam nicht. Wenn man das noch undeutliche Schema des Atomzeitalters noch deutlicher machen will, kann man sagen, daß die Reaktion der USA deshalb nicht kam, weil die Amerikaner zuinnerst die Aufrechterhaltung des Regimes des Herrn Ulbricht als eine Notwen-

digkeit für Chrustschow anerkannten. Im Atomzeitalter ist es gefährlich, den Gegner in eine Situation zu bringen, die er nicht meistern kann.

Die Mauer des 13. August selbst, die Ratlosigkeit im Westen und die Nervosität im Osten zeigen, daß der Zusammenhang ungefähr so gewesen sein muß. Aber warum war es Bonn zuwider, eine derart einfache Analyse zu Ende zu führen und in die gemeinsame Berlin-Politik der Westmächte die Möglichkeit einzubeziehen, daß der Flüchtlingsstrom mit Gewalt gestoppt werden könnte?

Die Antwort ist einfach. Hätte man das getan, so hätte sich auch die Frage nach einer Gegenpolitik gemeldet. Und die einzig mögliche Gegenpolitik (es zeigte sich ja, daß Gegenaktionen nicht möglich waren), wäre gewesen, die Flucht dadurch zu stoppen, daß ihre Ursachen beseitigt wurden, mit anderen Worten, dazu beizutragen, die Ostzone für diejenigen, die aus ihr fliehen wollten, erträglich zu machen. Das hätte eine Zusammenarbeit mit dem Ulbricht-Regime bedeutet — und das wäre ein totaler Zusammenbruch der Ostpolitik gewesen, der, von Dr. Adenauer angeführt, dessen Landsleute in der Bonner Republik anhingen.

So visionär und geglückt die Politik Dr. Adenauers gegenüber dem Westen gewesen ist, so verkehrt hat es gewirkt, daß er im Osten versuchte, die Verhältnisse so wie sie waren einzufrieren, und seine Verbündeten veranlaßte, dasselbe zu tun. Dadurch, daß er keine Änderungen anerkannte, machte er denselben Fehler wie ein Schachspieler, der nur die eigenen Figuren studiert und die des Gegners vergißt. Denn im Osten geschah dennoch alles. Die Ostzone erhielt ein Regime und eine Staatsform. Das Regime wurde von allen Westdeutschen und auch von den meisten Ostdeutschen gehaßt und verachtet, aber es war dennoch ein Regime mit einer Souveränität über Staatsgebiet und Bürger, wie sie auch die übrigen Satellitenstaaten Moskaus haben. Und als die Massenflucht eine Notlage verursachte, reagierte das Regime undoktrinär, aber effektiv und mit zahlreichen menschlichen Tragödien im Gefolge.

In Deutschland werden dieser Zusammenhang und diese Feststellung in weiten Kreisen bestritten werden. Man wird betonen, daß man durch eine Anerkennung Ostdeutschlands die Teilung Deutschlands billigen würde und daß niemand die Teilung seines eigenen Vaterlandes unterschreiben könne. Aber es ist die Frage, ob nicht die Mauer die Teilung Deutschlands bestätigt, die bereits eine Tatsache war, und ob es nicht eine richtigere Problemstellung wäre, politische Verhältnisse zu schaffen, die beide Teile wieder zusammenführen würden. Es ist auch die Frage, ob nicht die Rücksicht auf 18 Millionen Ostdeutsche anfangen sollte schwerer zu wiegen als das Schlagwort vom „gesamten Deutschland", wenn die Politik, die man befolgt, so geringe Aussichten hat, die Vereinigung näher zu bringen. Außerhalb Deutschlands hat man viele Jahre darauf gewartet, daß die Deutschen diese Fragen zur Debatte stellen und sich dadurch von einer Traumwelt befreien würden. Denn niemand anders als die Deutschen selbst kann den Wirrwarr auflösen, — die Verbündeten Bonns sind, wie gezeigt wurde, durch die Pariser Verträge gebunden.

Es sind in dem Dualismus der Ostpolitik Dr. Adenauers genug Argumente zu finden. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß Bonn die Regierung in Ost-Berlin verleugnet, aber einen zunehmenden Handel mit ihr treibt — aus der merkwürdigen Vorstellung heraus, daß der Handel den Ostdeutschen und nicht ihrer Regierung helfe. Es ist keine Logik darin, die de-jure-Anerkennung abzulehnen, wenn man die de-facto-Anerkennung ständig erweitert und wenn die Politik der kalten Schulter derart tragische Resultate hat wie die Mauer durch Berlin. Und schließlich ist es eine Frage für sich, welche konsolidierende Wirkung es auf den Warschauer Pakt hatte, daß Bonn so stark auf der Forderung der Wiedervereinigung durch Assimilation Ostdeutschlands beharrte. Die Furcht

vor einem vereinten Deutschland ist im Osten lebendig und auch im Westen nicht tot.

Weiter wollen wir diese Betrachtungen nicht führen. Sie haben versucht, einen Zusammenhang zwischen der ständigen Spannung in Berlin und gewissen strukturellen Schwächen der Sicherheitspolitik unserer Zeit aufzuzeigen. Sie haben gezeigt, daß eine Verbindung besteht zwischen der Ostpolitik Dr. Adenauers und der Mauer, ohne daß damit behauptet wird, daß hier die einzige Ursache zu finden sei. Sie haben schließlich darauf hingewiesen, daß die Sicherheit Berlins und die Teilung Deutschlands in einem größeren Zusammenhang stehen als nur dem nationalen deutschen und daß die Rücksicht auf die Sicherheitspolitik der Großmächte im Begriff ist, die deutsche Zielsetzung zu verdrängen. Die Betrachtung führt zu der Folgerung, daß der Berlin-Status vielleicht in einem Abkommen gesichert werden kann, wenn die Ostzone vom Westen anerkannt wird. Aber die Folgerung wird nicht gezogen. Denn kein Kommentator kann sagen, daß ein Weg befahrbar ist, wenn er nicht ausprobiert wurde.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth

Nach der Bundestagsdebatte über die Notstandsgesetze

In der Vorlage der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes heißt es im Allgemeinen Teil der Begründung:

> „Die politische Entwicklung, besonders auch in Europa, hat in den letzten Monaten dazu geführt, daß alle das Bundesvolk repräsentierenden und unseren Staat tragenden gesellschaftlichen und politischen Schichten und Zusammenschlüsse zu der Erkenntnis gekommen sind, daß das Grundgesetz einer Ergänzung bedarf... Die geführten Sondierungsgespräche haben gezeigt, daß alle verantwortungsbewußten politischen Kräfte den dem Ernst unserer Lage angemessenen guten Willen haben, eine befriedigende Regelung für den Notstandsfall vorzusehen, und daß lediglich über Ausmaß und Umfang der zu treffenden Sonderregelungen einzelne abweichende Auffassungen bestehen."

Bekanntlich hat zunächst der Gewerkschaftstag der IG Metall — und das unzweifelhaft vor der Formulierung dieser Begründung — und dann der Bundeskongreß des DGB in Hannover — und das jedenfalls vor der Zuweisung durch das Kabinett an den Bundesrat — grundsätzlich jede „Ergänzung" des Grundgesetzes, die den bisherigen verfassungsrechtlichen Zustand ändert, abgelehnt. Dabei sind die gewerkschaftlichen Entschließungen von der Überlegung ausgegangen, daß einst der Parlamentarische Rat den Entwurf von Herrenchiemsee in bezug auf dessen Art. 111 nach längerer Debatte in den zuständigen Ausschüssen auf übereinstimmenden Vorschlag seiner Abgeordneten Zinn (SPD), Dehler (FDP) und Prof. Dr. von Mangoldt (CDU) als Verhandlungsgrundlage zurückgewiesen hatte. Damals — in einer Zeit, in der die großen Parteien noch wirklich demokratische Antriebe hatten und in der zudem die bitteren Erfahrungen mit Art. 48 WRV noch nicht verdunkelt waren — wollte der Parlamentarische Rat jede Wiederholungsmöglichkeit für jenen schleichenden Staatsstreich ausschließen, dem die erste deutsche Republik erlegen ist.

Eugen Kogon hat jüngst in Band III der auf Veranlassung des Vereins für Sozialpolitik von Helmut Arndt herausgegebenen Untersuchungen über „Die Konzentration in der Wirtschaft" daran erinnert, daß notwendig in jeder Gesellschaft, die durch die Koexistenz von kapitalistischer Konzentration der Macht in der Wirtschaft und politischer Demokratie bestimmt ist, das Bündnis aus politischen und ökonomischen herrschenden Klassen (S. 1749 f.) erneut zu schleichendem Staatsstreich drängen wird, wenn die Konformität der öffentlichen Meinung mit den politischen Zielsetzungen dieser Kombination infolge labiler ökonomischer und sozialer Lage gesprengt zu werden droht (S. 1777). Schleichender Staatsstreich — also Beseitigung der politischen Demokratie und ihrer Chancen, Alternativlösungen herbeizuführen — mit Mitteln, die die Emanzipation der Inhaber des Staatsapparates vom Volkswillen zunächst nicht klar erkennen lassen, setzt jedoch die Existenz von diktatorialen Möglichkeiten für diesen Staatsapparat in der Verfassungsordnung voraus, die das Grundgesetz einst sehr bewußt nicht gewährt hatte. Das Grundgesetz hatte allerdings durch die Kombination der Art. 9, Abs. 2, 18 und 21 Abs. 2 mit § 32 des BVerfGG ein umfassendes und jederzeit realisierbares System des Schutzes seiner Ordnung gegen Bedrohungen aufgebaut, die aus verfassungsfeindlichen Anwandlungen in der Bevölkerung entstehen könnten: Die Herrschaft über diese Schutzmittel wurde jedoch bewußt dem Staatsapparat selbst entzogen und dem Bundesverfassungsgericht anvertraut, um die Möglichkeiten des Mißbrauchs einzuschränken. Es hatte darüber hinaus durch die Kombination der Art. 37 und 91 dafür gesorgt, daß auch aus der föderalen Struktur des Bundesstaates keine wirklichen Gefahren für die demokratische Ordnung entwickelt werden können, und durch die Normen über den Gesetzgebungsnotstand (Art. 81 GG) verhütet, daß bei Versagen der Kompromißfähigkeit im Parlament die dringendste und erforderliche gesetzgeberische Arbeit lahmgelegt wird.

Nach der ersten großen Strukturveränderung des Grundgesetzes durch die Einfügung der bewaffneten Macht in den Staatsapparat der Bundesrepublik hatte es zusätzlich durch die Kombination der Art. 17 a, 59 a, 65 a und 96 a auch allen Erfordernissen militärischer Konfliktfälle, also des sogenannten „äußeren Notstandes", Rechnung getragen; damit waren in Wirklichkeit auch die Anforderungen von Art. 5 Abs. 2 des Generalvertrages erfüllt worden, so daß die Diktaturgewalt der Alliierten zum Schutze ihrer Streitkräfte, die hier vorgesehen war, durch die leider nicht erfolgte Notifikation dieser Bestimmungen gegenüber den früheren Besatzungsmächten hätte abgelöst werden können. Die gewerkschaftlichen Entschließungen zur Notstandsfrage sind von diesen Grundüberlegungen ausgegangen. Sie waren darüber hinaus durch jene bittere Wahrheit mitbestimmt, die immer erneut durch Skandalfälle bestätigt wird: Der Staatsapparat der Bundesrepublik Deutschland ist sowohl in seinen exekutiven als auch in seinen judikativen Teilen (und nicht zuletzt in seiner bewaffneten Macht) von Personengruppen durchsetzt, die große Teile ihrer beruflichen Karriere im Dritten Reich zurückgelegt haben und also unvermeidlich eine Mentalität mitbringen, die von demokratisch-rechtsstaatlichem Denken weit entfernt ist, selbst wenn sie Teile ihrer früheren nationalsozialistischen Überzeugung überwunden haben. Wäre sonst jene Verschwörung der Staatssekretäre zur Täuschung eines parlamentarisch verantwortlichen Ministers, die sich im „Spiegel"-Fall ungestraft durchspielen konnte, wäre sonst jene Intervention eines Generals in die Meinungsbildung der Soldaten im Falle Hubalek, („Stalingrad"), wäre sonst die Betrauung eines Pgs des Jahres 1928 und späteren Gestapo-Führers ausgerechnet mit dem politischen Dezernat der Sicherungsgruppe Bonn, wäre sonst ein Fall Fränkel oder die Würzburger Skandal-Affäre möglich gewesen?

Die Bundesregierung hat durch diese Begründung der Notstandsgesetzgebung zum Ausdruck gebracht, daß sie die gesellschaftlichen Kräfte, die sich von diesen Erwägungen leiten ließen, also die große Majorität des DGB, die um dieser Überlegungen willen sich gegen jede Grundgesetzergänzung (die in Wirklichkeit eine Durchbrechung des Grundgesetzes erlauben soll) gewendet haben, nicht für „staatstragend" und „verantwortungsbewußt" hält. Damit wird der Sinn, den derartige Verfassungsänderungen in der Praxis gewinnen werden und gewinnen müssen, selbst wenn zunächst noch nicht einmal ein bewußter Wille der Urheber der verfassungsändernden Gesetze in dieser Richtung vorliegen mag, bereits völlig deutlich. Für die unterbewußten Erwägungen der politischen Führungsschichten des exekutiven Staatsapparats und auch der politischen Parteien, die eine derartige grobe Beschimpfung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hinnehmen, ist diese Formulierung der Begründung des verfassungsändernden Gesetzes charakteristisch.

Es ist bezeichnend, daß dieser Tatbestand bei der ersten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag am 24. Januar 1963 keine Erörterung gefunden hat. Es wäre unzweifelhaft die Pflicht des einzigen Gewerkschaftsführers, der an der Debatte teilgenommen hat, des Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Leber, gewesen, zu dieser Frage mit größter Deutlichkeit Stellung zu nehmen, gleichgültig, ob er auf dem DGB-Kongreß in Hannover zur Mehrheit oder zur Minderheit gehörte. Er hat es nicht getan und dadurch die primitivsten Gebote der gewerkschaftlichen Solidarität verletzt, um den „Gemeinsamkeits"-Illusionen der Führung der parlamentarischen Opposition keine Schwierigkeiten zu bereiten. Objektiv zeigt jedoch gerade diese Lage, welcher Gefährdung die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung durch jede Notstandsregelung ausgesetzt bleibt, die weitere Beschränkungen der Grundrechte und ein Regime von Notgesetzen eines auf die Führungskräfte der Parlamentsfraktionen beschränkten Notstandsausschusses und „notfalls" von Notverordnungen der Bundesregierung bzw. eines vom Bundeskanzler zusammengesetzten Kabinettsausschusses (Art. 115 d) erlaubt.

Dieser Gefährdung wird auch nicht dadurch abgeholfen, daß die Entwürfe des Innenministers Höcherl im Gegensatz zu den Entwürfen des früheren Innenministers Schröder Art. 9 Abs. 3 GG, das Koalitionsrecht, nicht mehr zur Disposition des Inhabers der Notgewalt stellen. Die Kombination der Möglichkeiten, die der Entwurf des Zivildienstgesetzes bietet, und der Beschränkbarkeit der Art. 5, 8, 9 Abs. 1 und 2 und 12 in den Entwürfen des Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes erlaubt ohnedies die Lahmlegung jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit und damit die Ausschaltung der einzigen realen Macht, die erforderlichenfalls nach Verkündung des Notstandes in die Maschine eines schleichenden Staatsstreiches eingreifen könnte, um die Demokratie wie einst beim Kapp-Putsch durch ihre Aktion zu retten. Die Opposition und jene Minderheit im DGB, die in Hannover mit Zweidrittelmehrheit überstimmt wurde, hat die Illusion, hier durch eine Garantiebestimmung für den gewerkschaftlichen Streik helfen zu können. Der Bundesinnenminister Höcherl zeigt sich — von seinem Standpunkt aus mit Recht — hierbei versöhnlich: Eine derartige Garantie würde sich auf den legalen Streik beschränken. Wer aber bestimmt, was legal ist? Der Bundesinnenminister hat in der Notstandsdebatte bereits darauf hingewiesen, daß sich der Legalitätsmaßstab der heute herrschenden juristischen Lehrmeinungen und damit des Bundesarbeitsgerichts hier anbietet. Demnach ist derjenige Streik legal, der „sozial adäquat" ist. Thilo Ramm hat in seinen Rechtsgutachten zu dem Verfassungsstreit um das Schleswig-Holstein-Urteil des BAG zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, daß dieser Begriff der Sozialadäquanz kein Rechtsbegriff, sondern ein politischer Begriff ist, der willkürliche Entscheidungen er-

laubt und insofern einen Fremdkörper in jeder rechtsstaatlichen Ordnung darstellt. Eine Streikrechts-Garantie, die stillschweigend von dieser Begriffsbildung ausgeht, stellt also in Wirklichkeit das Streikrecht zur Disposition dessen, der die Entscheidungsgewalt besitzt, — hier also dessen, der über den Notstand entscheidet, noch nicht einmal mehr des Bundesarbeitsgerichtes. Jeder Versuch, durch derartige Konstruktionen das Notstandsrecht und seine destruktiven Möglichkeiten zu zähmen, ist hier in gleichem Maße illusionär, wie jede Erwägung, durch Zwischenschaltung von Pressekommissionen die Ausschaltung der Informationsfreiheit, der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit hemmen zu können, im Ernstfalle zu nichts führt. Das muß leider auch gegenüber der im übrigen ausgezeichneten Rede des Abgeordneten Sänger in der Notstandsdebatte des Bundestages gesagt werden. Der ganze Umfang der Gefahren, die von jeder Notstandsgesetzgebung her drohen, wird durch Angebote der oppositionellen Abgeordneten deutlich, über zunächst abgelehnte Bestimmungen „in den Ausschüssen zu sprechen". Als Beispiel für diese gefährliche Tendenz sei jener Teil der Stellungnahme des SPD-Abgeordneten Lünenstraß genannt, der zunächst den Zivildienst im Bereich der Wirtschaft „mit Entschiedenheit" ablehnt, um dann von der Regierung eindeutige Erklärungen im Ausschuß zu erbitten, „wie in einem solchen Fall die Dinge geregelt werden sollen".

Es ist für die gegenwärtige Lage charakteristisch, daß trotz der Entscheidung der größten deutschen sozialen Organisation, des DGB nämlich, gegen jede Grundgesetzergänzung und gegen das ganze Bündel der Notstandsgesetze, sich im Bundestag nicht ein einziger Redner fand, der den Standpunkt dieses Verbandes vertrat oder auch nur die Diffamierung der Anhänger seiner Auffassungen in der Begründung des Gesetzes zurückgewiesen hätte. Dadurch wird deutlich, wie wenig in einem derartigen politisch-sozialen Klima irgendwelche Beschränkungen, die in die Entwürfe der Bundesregierung eingebaut werden könnten, im Ernstfalle helfen können. Die Diskrepanz zwischen Wählerauftrag und Institutionen, die hier zutage tritt, müßte sich im Ernstfalle der Anwendung der Notstandsgesetze noch vergröbern.

Infolge der geistigen Kapitulation der großen Majorität der parlamentarischen Opposition vor den Intentionen der Notstandsgesetzgebung wird man gleichwohl damit rechnen müssen, daß sie in leicht gemilderter Form zustande kommt. Selbst wenn man den Erwägungen der konzessionsbereiten Parlamentarier folgen will, wären sie dann aber wenigstens verpflichtet, durch Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts einen Rest an rechtsstaatlichen Reserven zu garantieren. Die Interpretation von Notstandsvoraussetzungen, gleichgültig, ob es sich um offene Generalklauseln oder (wie bei den gegenwärtigen Entwürfen) um schein-kasuistisch verhüllte Generalklauseln handelt, ist eine verfassungsrechtliche Frage, und zwar eine verfassungsrechtliche Frage von allergrößter Bedeutung für die Existenz der rechtsstaatlichen Ordnung. Deshalb müßte — selbst wenn man in den Bahnen der Anhänger eines abgemilderten Notstandsrechtes denkt — jede Notstandsverkündung durch wen auch immer und jedes Notgesetz und jede Notverordnung an das Erfordernis der vorherigen Genehmigung durch das Plenum des Bundesverfassungsgerichts gebunden werden. Selbstverständlich wäre auch das angesichts der Erfahrungen mit dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches im Konflikt zwischen dem Herrenreiter von Papen und der preußischen Regierung nur ein schwacher Trost.

Solange aber noch nicht einmal diese Forderung von der Opposition erhoben und von der Bundesregierung akzeptiert wird, wird jeder Anhänger der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung gut tun, mit allen Kräften für die Erhaltung des Grundgesetzes und gegen jeden Ergänzungsvorschlag anzukämpfen. Nur

wenn das geschieht, kann noch Aussicht darauf bestehen, nach der Annahme der Notstandsgesetze in Bundestag und Bundesrat bei den ersten Mißbrauchsfällen so starke Gegenkräfte in der Bevölkerung wachzurufen, daß die Rechtsordnung des Grundgesetzes bewahrt bleibt und nicht den Weg der Weimarer Verfassung geht.

Dr. Ludwig Henze

Die Logik der Experimentierscheu

1.

Die gegenwärtigen Regierungsparteien der Bundesrepublik Deutschland bewerben sich bereits seit Jahren mit der Formel „Keine Experimente" um neue Mandate — die einen erklärtermaßen, die anderen dem Sinne nach. Man mag diese stupide Monotonie der ständigen Wiederholung als zwingenden Beweis ihrer Einfallsarmut werten, wobei fragenswert ist, ob man als Kritiker in dieses zweifellos zutreffende Werturteil nicht auch ein wenig die eigene Enttäuschung über die Erfolgskraft dieser Platitüde gestrickt hat. Tatsache jedenfalls ist, daß jene sprichwörtliche Platitüde einen sensationellen Erfolg gehabt hat. 1953 errangen die Regierungsparteien unter dem Verdikt wider alles Experimentieren die absolute Mehrheit, obwohl doch noch gar nicht sicher war, ob das Experiment geglückt war. Vier Jahre später gelang es mit Hilfe der bereits klassisch gewordenen Formel, diese Mehrheit noch auszubauen, und selbst bei den letzten Bundestagswahlen im September 1961 ließ der Erfolg nicht auf sich warten, wenngleich leichte Abstriche hinzunehmen waren.

Vordergründig betrachtet, mag all dies mit dem politischen Desinteresse des Wählers zusammenhängen, der in deutschen Landen in sattsam bekanntem Obrigkeitsdenken Politik als Angelegenheit derer betrachtet, die dafür zuständig sind oder Zuständigkeiten begründen können und die folglich auch freie Hand hinsichtlich der Formulierung von Platitüden haben, die dann in geschickter Weise zum Katechismus erhöht werden. Insofern hätte Voltaire recht: „... die Völker sind, was Herrscher und Minister aus ihnen machen." Diese Herrscher und Minister aber werden in einem demokratisch strukturierten Gemeinwesen gewählt, sind an den tradierten und existenten ordre publique gebunden, wenngleich nicht zu bestreiten ist, daß gewisse Steuerungsmechanismen zur Manipulation der öffentlichen Meinung, also des ordre publique, nicht nur bekannt sind, sondern auch durchaus zum Zuge kommen. Wenn nun trotz offenkundiger Manipulation die jeweilige Regierung dennoch unbestreitbar ein Produkt des Wählerwillens ist, dann kann auch das Florieren jener legendären Platitüden nur durch die offenkundige Konvergenz zweier entgegengesetzter Interessen erklärbar sein: Die Regierenden sind an der Permanenz ihres Mandates interessiert, und zwar beileibe nicht nur aus selbstlosen Gründen, sondern nicht zuletzt aus Prestigesucht und Rentendenken; jedenfalls zum großen Teil also aus Motiven, die den Regierten keinesfalls dazu bewegen, sich für die Kontinuität des herrschenden Systems stark zu machen. Bei den Regierten — praktisch ist es irreführend, von Wählern zu sprechen, weil der Zustand des Regiertseins den des Wählens bei weitem nicht nur erdrückt, sondern auch das Selbstverständnis der Staatsbürger

beherrscht (am Wahltag soll man ja eben nicht „wählen", sondern nicht experimentieren) —, bei den Regierten also steht das Sicherheitsdenken im Vordergrund. Das Volk schätzt aus mindestens ebenso vielschichtigen Gründen die Permanenz der Regierung, wofür besonders die jüngsten geschichtlichen Erfahrungen wie der Positivismus im Denken namhaft zu machen sind. Dieses konvergierende Moment kann so nachhaltig sein, daß man aus Furcht vor noch schlechteren Regierungen die als schlecht hinlänglich qualifizierte oder als Last empfundene weiterhin unterstützt, im Amt bestätigt oder aber zurückhaben will.

Das treibt derart originelle Blüten, daß man beim Tode des menschenverachtenden und feudal regierenden Alten Fritz, der trotz aufgeklärtem Absolutismus die bürgerlichen Offiziere nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges mit dem Krückstock aus dem Offizierskorps prügelte, glaubte, die Welt müsse untergehen, wofür charakteristisch der vielzitierte Spruch eines Zeitgenossen ist: „Ja, wer soll denn nun die Welt regieren?" Es versteht sich, daß jedwede Regierung diesen Mechanismus des sie stabilisierenden Sicherheitsbedürfnisses der Regierten bis hin zur Fragwürdigkeit strapaziert. Dieses fragwürdige Strapazieren besteht in dem sophistischen Kunstgriff eines positivistischen Tatsachenbeweises. Da nämlich jedes Volk naturnotwendig nur eine Regierung hat — abgesehen vom Sonderfall des Bürgerkrieges oder der Revolution —, beweist die amtierende aus ihrer Existenz das Unvermögen des politischen Rivalen. Denn, wäre dieser Rivale besser als man selbst, so hätte ja er und nicht man selbst die Macht. Folglich darf deshalb nicht experimentiert werden, weil bereits eine Regierung vorhanden ist, womit das Denken in Gottesgnadentum-Kategorien beim Studium der politischen Bildung nachhaltigst empfohlen sein dürfte.

Diese nahezu Tradition gewordene Praxis hängt fraglos mit dem Grad des demokratischen Engagements zusammen, hat sich aber allerorten nicht nur eingebürgert, sondern bedeutet seinerseits ein ganzes Bündel von Konsequenzen, das der Formel „keine Experimente" sogar die so unerläßlichen moralischen Vitamine verschafft. Denn auch andere Länder verfahren in diesem Sinne. De Gaulle setzt die napoleonische Tradition der Mandatsbestätigung mittels geschickt manipulierter, aber undemokratischer Alternativfragen in Plebisziten fort, wodurch jedwedes Plebiszit verdorben und folglich zu Recht von Theodor Heuß im Parlamentarischen Rat als „Prämie der Demagogen" bezeichnet wurde. Würden Napoleon III. und auch de Gaulle nur die Meinung des Volkes zu einer bestimmten Frage erbeten haben wollen, hätten beide auf den alternativ konstruierten Schreckzusatz verzichten müssen. Wenn es dagegen heißt: „Algerienreferendum — oder Chaos", so werden selbst diejenigen der Weisheit des zum Staatschef gewordenen Generals vertrauen, die durchaus noch andere Möglichkeiten als das apodiktisch behauptete Chaos sehen. Die Regierungspolitik wird damit ungehörigerweise zum non plus ultra verklärt und alles andere, die parlamentarische Opposition etwa, die sich auf Grund ihres stärkeren demokratischen Engagiertseins eine gewisse Gestaltlosigkeit aus Respekt gegenüber dem Mehrheitswillen leisten muß (Oppositionsgruppen müssen hierzulande wegen ihres als inkriminiert empfundenen Bemühens um Regierungssturz wesentlich demokratischer sein), als unbedeutend abgetan, und zwar ebenfalls mit Hilfe eines sophistischen Kunstgriffs. Doch das ist nur die eine Seite des verhängnisvollen Mechanismus. Die Regierungssessel gewohnte parlamentarische Mehrheit zwingt die jeweilige Opposition entweder zu einem intellektuellen oder aber moralischen Harakiri. Je stärker und profilierter sie nämlich wird, desto greifbarer die inkriminierte Gefährlichkeit des Experimentierens, zumal das Profiliertsein in aller Deutlichkeit die Andersartigkeit des politischen Rivalen veranschaulicht. Das Profil des nicht regierenden, sondern nur opponierenden Gegners benutzt die Regierung als

Tatsachenbeweis für die Notwendigkeit des Fortbestehens der gegenwärtigen Verhältnisse, zumal die Ausdeutung der möglichen Konsequenzen jener Andersartigkeit zum Quod libet der regierenden Partei verfälscht wird und bis hin zum Ungebührlichen Verwendung findet.

Wichtig daran ist, daß sich die Regierung scheinheilig den Mantel des Rechts umhängen kann, weil doch jenes naturnotwendig nur theoretisch oder nur ansatzweise vorformulierte Programm des Gegners selbstredend auch anders exekutiert werden kann und folglich diffamiert werden darf. Bei der Exekutive hingegen stimmen Plan und Wirklichkeit überein, obwohl es fragenswert ist, wieviel Wahlversprechen in diesem Plan ertrunken sind. Doch das offenkundig nicht Verwirklichte wird mit destruktiver Opposition erklärt. Diese Logik leuchtet den nach Sicherheit hungernden Regierten völlig ein, und deshalb sind sie geneigt, aus Sicherheitsdenken dem alten System die Treue zu halten, was um so gebotener scheint, je stärker sich die opponierende, aber auf Grund der parlamentarischen Spielregeln Programm bleiben müssende Andersartigkeit profiliert. Daraus folgt nun auf seiten der Opposition die Konzession an den modus vivendi, aus Respekt gegenüber dem Sicherheitsbedürfnis der Regierten, den politischen Stil des Rivalen vordergründig und teils auch aus Reformtrieb nicht nur zu kopieren, sondern sogar ein Allparteienkabinett anzubieten, womit jedoch die Regierung das beste Argument zugespielt bekommt. Denn nun kann sie den möglichen Wechsel des politischen Systems als völlig überflüssig abtun, da doch der Rivale nichts anderes als man selbst und selbstverständlich weniger gekonnt anzubieten habe. Ist die Opposition also verteufelt gut, so besteht ihr Vergehen darin, daß das Bessere nur mittels Regierungswechsel zu erreichen ist. Das aber verstößt gegen das Experimentierverdikt. Versucht sie sich dem herrschenden Stil anzupassen, um die Trumpfkarte des sophistischen Kunstgriffs zu stechen, dann erübrigt sich der Wechsel, so daß dann eine einmal gewählte Regierung mit ihrem Mandat auch ein Perpetuum mobile erlangt hat, das ihr die Regierungssessel garantiert. Die vielleicht genialste Platitüde unseres Jahrhunderts hat eine derart robuste Logik, daß sie das gesamte politische Geschehen bestimmt.

Damit aber ist die Formel „Keine Experimente" in Wahrheit ein Prüfstein für die demokratische Gesinnung desjenigen, der sich ihrer bedient. Nach unten hin bedeutet ihre Propagierung die schlagworthafte Verdeutlichung der geheimen Sehnsüchte der Angesprochenen, zur Seite hin aber bedeutet sie Beleidigung, wenn nicht gar Diffamierung des politischen Gegners, der (soweit reicht die Paradoxie dieses höchst wirkungsvollen Mechanismus) der Regierung qua Staat loyal gegenüber zu sein hat und im Maße des Befolgens dieser Auflage kritisiert, angegriffen oder aber verharmlost wird. Eine Opposition ist schlechterdings regierungsunwürdig, wenn sie den Staat nicht bejaht. Staat und Regierung aber sind hierzulande Synonyma. Folglich bejaht die loyale Opposition im Staat die Regierung, so daß dann die Regierung aus der oppositionellen Loyalität Akklamation zu ihrem Mandat folgern kann und dementsprechend die Wähler bearbeitet. „Keine Experimente" bannt also die Gefahr der profilierten Konkurrenz wie die der Sieghaftigkeit aus taktischem Anpassungsstreben.

Das beim Volk auf fruchtbaren Boden gefallene Experimentierverdikt zwingt die Opposition, das Bestehende zu akzeptieren, ja sogar programmatisch fortzusetzen. Aus ihrer Zustimmung aber dreht man ihr den Strick der Phantasielosigkeit, womit dann die Opposition in die Zwickmühle geraten ist, aus der es unter den gegebenen Umständen kein Entrinnen gibt. „Die SPD operiert mit dem Wahlspruch ‚Nicht anders, aber besser'. Dieser Slogan ist keineswegs so lächerlich, wie er sich anhört." (DIE ZEIT vom 29. 6. 1962.) Ebenfalls das „Experimentieren" mit der traditionellen Farbe des politischen Gegners. Beim Landtagswahlkampf

in Nordrhein-Westfalen bediente sich die „rote" SPD auf ihren Wahlplakaten der schwarzen Farbe, die „schwarze" CDU hingegen schlüpfte ins rote Gewand des Gegners.

2.

Nun könnte man meinen, es sei das Lebensrecht einer regierenden Partei, sich aller, zudem gewohnheitsrechtlich hinlänglich legitimierter Mittel zu bedienen, die ihr die Regierungssessel garantieren. Abgesehen davon, daß in dieser gewiß üblichen und anderswo noch extremer betriebenen Interpretation der eigenen Bestimmung ein völliges Verkennen des demokratischen Prinzips der Herrschaftsfolge liegt, führt diese Überlegung zu stark in einen benachbarten Themenkreis. In diesem Zusammenhang ist es darum zu tun, die Berechtigung oder die innere Glaubwürdigkeit der Formel „keine Experimente" zu untersuchen. Dabei stellt sich als erstes heraus, daß sie eine jahrtausendealte Geschichte hat, eine Geschichte, die vom Ideologischen und Legendären gleichermaßen durchwachsen ist. Dafür nur einige Beispiele: Eine der bewundernswürdigsten Leistungen der Menschheit ist fraglos die Kodifikation des Zivilrechts im Römischen Reich. Dieses Recht nun schützte nicht nur die Besitzverhältnisse des einzelnen, sondern verlangte zunächst einmal den unabdingbaren Respekt vor sich selbst, obwohl es gewissermaßen auch in einer Stunde Null, also mit einer Opposition entstanden war. Es ging von der Rechtmäßigkeit der bestehenden Besitzverhältnisse in jener Stunde Null aus, selbst wenn die früheren Eigentümer mehr als moralische Ansprüche anmelden konnten. Doch „... der Rechtsstaat konstitutiert sich zunächst nur pro futuro, nicht auch pro praeterito, er ist nur zur Anwendung nach vorwärts, nicht auch nach rückwärts eingerichtet." Demnach waren sämtliche sanktionierten Mängel unantastbar, obwohl sie durch eindeutige Rechtsbrüche zustande gekommen waren. Unabhängig von der moralischen Autorität und der Ordnungsfunktion des nun mal installierten Rechtes bedeutet die Inkraftsetzung ein Experiment von Riesenausmaß, das man als geglückt und bestaunenswert bewundern darf, das aber unbeschadet dessen eine unleugbare Funktion der römischen Bajonette war, die den „Nichtbürgern" ihre Rechte verwehrten. Die Autorität des Bestehenden vertrug und duldete nicht einmal berechtigte Kritik, womit der feudale Charakter jedweder Kodifikation und Verfassung bewiesen sein dürfte, denn jedwedes Recht lebt von der Autorität seiner moralischen Legitimation und besteht darauf, auch wenn sein Zustandekommen höchst umstritten sein mag. Sobald etwas selbst mit Geburtsfehlern Behaftetes seine Existenz nachweisen kann, ist es ein Vergehen, auch nur die Gebrechen zu kurieren, geschweige denn etwas Besseres an seine Stelle zu setzen, eine Logik, die zum 14. Juli 1789 führen mußte. Dieses Denken findet am kristallensten seinen literarischen Ausdruck in dem erdachten Gespräch des Dostojewskischen Großinquisitors mit dem während der Reformationswirren zur Erde zurückgekehrten Jesus Christus. Man droht diesem an, öffentlich verbrannt zu werden, sofern er das bei seinem überlieferten Tode den Aposteln delegierte Experiment zur weltumspannenden Kirche lediglich verbessern wollen sollte:

> „Der Greis hat IHM erklärt, daß ER nicht das Recht habe, dem was ER früher gesagt hat, etwas hinzuzufügen. Wenn du willst, so liegt hierin der Grundzug des römischen Katholizismus ... ‚Alles hast Du dem Papst übergeben, infolgedessen steht jetzt alles bei ihm. Was kommst Du vor der Zeit, um uns zu stören'?"

An diesem Beispiel nun, das fraglos schriftstellerisch pointiert ist, wird die Brüchigkeit des scheinbaren Stabilisierungsfaktors „Keine Experimente" deutlich. Die Sicherheit verheißende Formel ist in Wahrheit das Todesurteil wider die Lebendigkeit. Die Mensch gewordene Gottheit, die wahrscheinlich ihre Religionsstiftung am besten verstehen dürfte, soll verbrannt werden, auch

wenn das herrschende Kirchensystem aus der Neuerung Nutzen ziehen könnte. Diese Groteske ist in ihrer Folgerichtigkeit charakteristisch für alle, die Experimentierverdikte erlassen. Vor allem bei denen, die sich auf keinerlei Metaphysik berufen könnten, sondern sich den Regeln des demokratisch ermittelten Herrschaftswechsels zu unterwerfen hätten. Indes, das Experimentierverdikt bezieht sich nicht nur auf den politischen Rivalen.

3.

Der deutsche Bundeskanzler, der gemäß Regierungs- und Parteiprogramm die Wiedervereinigung als oberstes Ziel seiner Politik bezeichnet, stand, wie alle Welt, am 13. August 1961 vor einer völlig neuen Situation. Es erübrigt sich, daß diese neue Situation die Möglichkeit einer Wiedervereinigung alles andere als begünstigte. Vielmehr darf man sagen, daß durch jenen einseitigen Akt des Ulbrichtstaates die Wiedervereinigung für lange Sicht so gut wie unmöglich gemacht wurde. Das Bezeichnende der westdeutschen Reaktion bestand nun weniger in der umstrittenen Qualität des amtlichen Protestes, sondern vielmehr im Einbau dieser neuen Situation in den Katalog des Experimentierverdiktes. Als Anfang Mai 1962 von Amerika Sondierungsgespräche mit den Russen über „die baldige Lösung der Berlinkrise" geführt wurden, wartete Adenauer in bemerkenswerter Übereinstimmung zu seiner Experimentierscheu mit der Meinung auf: „Ich halte es für viel besser, es bleibt so, wie es ist", und zwar deshalb, weil er nicht an einen baldigen Erfolg der „eintönigen" amerikanisch-russischen Sondierungsgespräche glaube.

Etwas Ähnliches vollzieht sich mit dem von allen Seiten angefeindeten Erhard-Appell zum Maßhalten. Obwohl man in den Reihen der verantwortlichen Politikmacher davon überzeugt war, daß Erhard nicht nur besser geschwiegen hätte, sondern vor allen Dingen ungeschickt taktiert habe, war man bereit, seinen „Mißgriff" auf die altbekannte Formel zu beziehen und folglich gutzuheißen, weil er nicht mehr rückgängig zu machen war. Sobald sich also ein neues Gebrechen zur Existenz gemogelt hat, ist es schutzwürdig und muß erhalten bleiben. Demnach ist zwar alles Beginnen prinzipiell vom Übel und verdammenswert, doch hat es durch irgendwelche Begünstigungen begonnen, ist sogar das Üble verteidigungswert, denn es ist ja da und gehört zu dem durch nicht zu verhindernde Mutationen erweiterten Bestand. Der einflußreiche Pferdmenges prägte denn auch sehr folgerichtig nach Erhards mißglücktem Maßhalteappell den bezeichnenden Satz: „So (wie Erhard) kann man es zwar beim besten Willen nicht machen, aber nun muß man doch Erhards Gesicht wahren." Das heißt also, um des Prinzips willen werden die dynamischen Konsequenzen eines ministeriellen Fehlgriffs als schutzwürdig erklärt, anstatt daß man sich davon distanziert oder aber ihn auszubügeln trachtet.

Auf dem gleichen Gebiet liegt das politische Wirken des ehemaligen Außenminister v. Brentano, dessen Kompetenz bereits 1957 nicht nur von seinen politischen Gegnern sehr unmißverständlich angezweifelt wurde. Die englische Zeitung „Daily Telegraph" meinte kurz und bündig: „Dr. v. Brentano ist kaum mehr als eine Null". Wortreichere Stimmen aus dem Inland zementierten jene Lapidarität. Es galt als schick, abfällige Äußerungen über den deutschen Außenminister zu erfinden oder zu erweitern. Dennoch blieb er bis zu seinem freiwilligen Rücktritt im Amt, weil, so Adenauer: „Er kann doch nicht wieder einfacher Abgeordneter oder Botschafter werden". Unfähigkeit im Amt bedeutet mitnichten einen Entlassungsgrund, wie denn auch die suspekt gewordene politische, menschliche oder moralische Integrität, wie etwa im Fall Oberländer, Globke und Strauß, äußerst belanglos ist und vom Regierungschef amtlich überhaupt nicht quittiert wird. Das

heißt also, daß sich die deutschen Regierungsparteien als Mechanismus begreifen, der notwendige Verbesserungen nicht überlebt, denn jede Veränderung zum Besseren hin gilt als Niederlage, die dem Volk als „nationales Unglück" erfolgreich kolportiert wird.

Freilich wird diese terrible simplification der Demokratie vom Volk in weitem Maß begünstigt, so daß den Nutznießern mildernde Umstände zuzubilligen sind, doch macht man es sich zu einfach, wenn man sich nur in den schnöden Zynismus Voltaires flüchten wollte. Daß Deutschland keine demokratische Tradition hat und folglich Demokratie schwer nur als plebiscite de tous les jours begreifen kann, ist eine Binsenwahrheit. Wenn nun eine sich demokratisch gebende Partei systematisch alles unternimmt, um die demokratischen Keime als undemokratisch zu brandmarken, ist es nicht länger statthaft, die ganze Geschichte nur als eine Sache des politischen Erfolges zu betrachten. Demokratie ist jedoch auch im Zeichen des Repräsentativ-Systems ein ständiges Experiment, das sich bei Ausschaltung aller plebiszitären Anklänge zum Experiment am Wahltag stilisiert hat. Dieser Wahltag aber wird dem Wähler nicht etwa mit der Auflage verdeutlicht, sich politisch nach seinem Gewissen zu entscheiden, sondern ganz im Gegenteil. Der Wahltag gewinnt für ihn mit Hilfe eindeutiger Beeinflussung die Bedeutung und Pflicht, zu akklamieren. Das ist höchst folgenreich, denn auf diese Weise kann das Experiment der Demokratie — sie ist nicht auf unserem Boden gewachsen, aber von allen Parteien bejaht und als Richtmaß ihrer Politik proklamiert — erneut verunglücken. Insofern könnte das höchst platitüdenhafte Schlagwort vom Verdikt wider alles Experimentieren zu einer verfassungsrechtlichen Frage werden oder gar schon geworden sein. Denn eine sich als demokratisch ausgebende Partei verstößt ganz unbestreitbar wider das demokratische Grundprinzip, wenn sie ihren Mandanten wider besseres Wissen einzureden versucht, der Inbegriff demokratischen Handelns bestehe in der Zustimmung zur Regierungspolitik.

Es mag kurios klingen, daß nämlich der Wähler vor der politischen Werbung, besser Abwerbung, in Schutz genommen werden soll. Doch in unserem Fall handelt es sich ja nicht darum, daß sich die Demokratie von unten nach oben zur verbindlichen Herrschaftsform entwickelt hat. Vielmehr ist sie von oben dem Volk vorgestellt worden. Das aber bedeutet die Verpflichtung, sie so zu popularisieren, wie sie diejenigen Völker verstanden und verstehen, die sie entwickelt haben, oder aber man riskiert den berechtigten Vorwurf, daß man das Experiment mit der Demokratie fürchtet.

Es handelt sich jedoch nicht nur um die mögliche Furcht derer, die die demokratischen Spielregeln zur Geltung bringen sollten, sondern darum, ob diese Spielregeln bei denen richtig erkannt werden, die sie am Wahltag handhaben sollen. Infolgedessen ist es notwendig, die Logik des von der Regierung erlassenen Experimentierverdikts jedermann deutlich zu machen. Denn auch die Opposition kann in den Sog dieser Logik gerissen werden, so daß dann unser gesamtes politisches Leben der Versteinerung ausgeliefert wäre. Welcher Experimente es aber bedarf, jene Versteinerung zu überwinden, ist weder bekannt noch leichten Herzens zu erwarten. Daß man jedoch auch in den Reihen der Regierungsparteien um jene Gefährlichkeit weiß, zeigt die klare Absage des neuen geschäftsführenden Parteivorsitzenden Dufhues an die Wahlparole „Keine Experimente". Es gilt nun, klarzumachen, daß die Herrschaft dieser Parole das größte Experiment hinsichtlich der Gesundung des demokratischen Denkens gewesen ist.

Enrico Marussig, Rom

Italien bewältigt seine Vergangenheit

Nicht zu Unrecht wird heute behauptet, daß dem italienischen Film eine Sonderstellung in der Welt zukommt, weil er einen einzigartigen Grad von Unabhängigkeit und Vorurteilslosigkeit in der Behandlung kultureller und sozialer Problematik erreicht hat. Der Publikumserfolg in der Welt wird zum Teil der Ernsthaftigkeit zugeschrieben, mit der der italienische Film diese Probleme behandelt. Eben diese Bewertung führt dann aber dazu, daß, wie es kürzlich in Deutschland geschehen ist, Journalisten, Politiker und Männer des öffentlichen Lebens dem italienischen Film vorwerfen, in der Behandlung der Thematik der jüngsten Vergangenheit und in der Gesellschaftskritik Italiens und des Westens im allgemeinen zu übertreiben. Und von dieser Feststellung aus ist es dann nur ein kleiner Schritt zu der Behauptung, daß die italienische Filmwelt, Regisseure, Drehbuchautoren und Produzenten, unter kommunistischem Einfluß stehen. Von deutscher Seite wird besonders bemängelt, daß der italienische Film sich besonders intensiv mit den Vorgängen des Zweiten Weltkrieges beschäftigt und dabei mit einer Beharrlichkeit, die besten Falles als schlechter Geschmack dargestellt wird, die Schuld der Deutschen, die Untaten der Wehrmacht und des nazistischen Apparates herausstellt.

Es dürfte sich lohnen, sowohl die positiven wie die kritischen Urteile einmal etwas eingehender zu untersuchen. Zunächst der erste Punkt: die Qualität des italienischen Films.

Der neue italienische Filmstil entstand 1944, im Klima des Realismus. Dies ist ein erster wichtiger Anhaltspunkt einer Analyse. In einem Moment, in dem Rom noch von den Deutschen besetzt war; in einem Moment, in dem die Vergeltungsmaßnahmen für den sogenannten „Verrat" (wenn die Kapitulation eines erschöpften Landes, von seiner legitimen Regierung, die ihrerseits von Deutschland als solche anerkannt wurde, von einem König, der alle verfassungsmäßigen Prärogativen in seiner Hand vereinte, ausgeführt, als Verrat bezeichnet werden kann) sich in grausamer Weise gegen die Zivilbevölkerung, gegen die Soldaten und Offiziere, die sich ergaben oder flüchteten, zu richten begannen. In einem Moment, in dem die ersten Mitglieder der italienischen Widerstandsbewegung, als Antwort auf die Verletzung des Völkerrechtes, zu jener Form des Kampfes übergingen, die die einzig mögliche war einem Gegner gegenüber, der weder das Kriegsrecht noch die internationalen Konventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung respektierte, nämlich zum Partisanenkrieg, im vollen Bewußtsein der grauenhaften Konsequenzen, die dies mit sich bringen mußte. Während all dies geschah, trafen sich täglich, und oft nächtlich, um das Ausgehverbot zu umgehen, in einer römischen Wohnung ein Regisseur und drei Drehbuchautoren: Seite um Seite eines Drehbuches entstand, für einen Film, der „nach der Befreiung Roms" gedreht werden würde. Die Arbeit hatte im Februar 1944 begonnen, wenige Wochen bevor der Massenmord an den Geiseln in den „Fosse Ardeatine" in Rom stattfand. Der Regisseur war Roberto Rossellini, seine Mitarbeiter waren Sergio Amidei, Marcello Pagliero und ein junger vierundzwanzigjähriger Mann namens Federico Fellini. So entstand „Roma, città aperta" („Rom, offene Stadt").

Rosselini und seine Mitarbeiter brauchten nicht viel Phantasie, um ihr Drehbuch zu schreiben. Es genügte, was sie täglich miterlebten. Die Morgenzeitung brachte die Erschießung des Priesters Don Minzoni. Es genügte, in der Schlange vor dem Bäckerladen die leise Unterhaltung der Frauen mitanzuhören, um das Echo der täglichen Tragödien aufzufangen: vom beschlagnahmten Handkarren,

einziges Transportmittel einer Familie, bis zur zweijährigen Gefängnisstrafe für ein Pfund Speck, mühsam im Schwarzhandel erstanden; von der Deportation eines Verwandten in ein deutsches Konzentrationslager bis zur Erschießung einiger Geiseln. Und dann die Telephonanrufe von seiten eines bestochenen Gefängniswärters: ein Freund war festgenommen worden, man wußte nicht warum, und flehte „helft mir". Als die alliierten Truppen am 4. Juni in Rom einzogen, da war das Drehbuch fast fertig. Rossellini hatte sogar, hinter den Fensterläden verborgen, schon einige Szenen gedreht: die ersten Szenen des Films, in denen man sieht, wie die Deutschen, in der Nähe des Colosseo, die Lastwagen beladen, auf denen sie dann die italienische Hauptstadt verließen. Diese Szenen sind realistisch, denn sie wurden „an der Wirklichkeit selbst" gedreht.

Später kamen dann die Zeugnisse aus dem übrigen befreiten Italien, die ersten Andeutungen über eine gewisse Unfähigkeit der Alliierten, die italienischen Probleme zu erfassen, und es entstand Rossellinis zweiter Film „Paisà". Zur gleichen Zeit machten sich andere Regisseure ans Werk: Vergano, De Sica, Lattuada. Auch für sie zählt nur die Gegenwart, aber die Thematik ist schon eine andere: vom Kampf gegen die Deutschen, von dem Widerstand gegen die Faschisten geht man über zur offenen Kritik an den Amerikanern, den italienischen Reaktionären, dem Schwarzmarkt mit seinen skrupellosen Parvenus, der gewissenlosen Unfähigkeit einiger der neuen italienischen Politiker. Der Realismus war weniger eine stilistische, denn eine moralische Haltung, die dem dringenden Ausdrucksbedürfnis des Augenblicks entsprach.

Woher kam in einem Volk, das bekanntlich einen Hang zum Irrealen hat, der Drang zum Realismus? Der Zusammenbruch des Faschismus hatte plötzlich die Grenzen geöffnet, und die Ideen konnten frei zirkulieren: die traditionellen Themen der westlichen Ideologie wurden wieder lebendig und knüpften einerseits an die Ideale der französischen Revolution an, andererseits an Hegels Philosophie und an die deutsche Romantik. Die italienische „Intelligentsia" stand unter dem Einfluß des Philosophen Benedetto Croce, Schüler der französischen und deutschen Geisteswelt.

Es steht jedoch außer Zweifel, daß die Entdeckung des Realismus zum Teil auf das Erscheinen der Kommunistischen Partei auf der politischen Bühne Italiens zurückzuführen ist. Als einzige der vor-faschistischen Parteien, die über einen geheimen Apparat verfügte, hat diese Partei einen großen Einfluß auf die Widerstandskämpfer ausgeübt und ihre antikonformistische Haltung in der Nachkriegszeit hat besonders die Intellektuellen oft angezogen. Die Art und Auswirkung dieses Einflusses wird jedoch im Ausland oft falsch bewertet, denn man übersieht dort ein wesentliches Element: auf kulturellem Gebiet sind die italienischen Kommunisten bemerkenswert vorurteilslos und offen gegenüber anderen kulturellen Einflüssen. Und umgekehrt gehören von den Intellektuellen, die der kommunistischen Dialektik offen gegenüberstehen, die wenigsten zur Kommunistischen Partei. Die italienische „Intelligentsia" steht generell „links", das heißt, sie lehnt jeden Kontakt mit den Faschisten natürlicherweise ab und kämpft gegen jedes konfessionelle Übergewicht einer militanten katholischen Bewegung wie auch gegen den Konservativismus der Bourgeoisie. Aber die bedeutendsten Exponenten der italienischen Kultur, wie Alberto Moravia, Giorgio Bassani, Pier Pasolini, und ihre Gefolgschaft im italienischen Filmwesen, wie Michelangelo Antonioni, Federico Fellini, Vittorio De Sica, Cesare Zavattini, haben eine völlig selbständige, kritische Haltung gegenüber dem kommunistischen Dogma, auch wenn sie eine wechselseitige Fühlungnahme, Dialektik und Kritik ausüben. Es ist im Gegenteil zu bemerken, daß die relative Selbständigkeit der kommunistischen Intellektuellen auf eben diese Kontakte zurückzuführen ist.

Aber zurück zum italienischen Film. Wir haben gesehen, daß der Neo-Realismus eine direkte Folge der starken Wirklichkeit war, die Italien im Krieg und in der Widerstandsbewegung erlebt hatte. Diese Welle dauerte bis zum Jahre 1948, bis zum überwältigenden Wahlsieg der christlich-demokratischen Partei, die eine Periode des Rückschlages, des konfessionellen Obskurantismus einleitete, die bis 1954 andauerte.

Aber auch in der Zeit zwischen 1948 und 1954 bewegt sich der italienische Film, trotz aller Schwierigkeiten, auf einer Ebene der Besinnung, die neue Horizonte andeutet. In diesen Jahren entstehen „Ladri di biciclette" von Vittorio De Sica, „La terra trema" von Luchino Visconti, „Francesco giullare di Dio" von Roberto Rossellini, „Achtung, banditi!" von Carlo Lizzani, „Umberto D." von Vittorio De Sica, „Due soldi di speranza" von Renato Castellani, „Cronache di poveri amanti" von Carlo Lizzani, „Senso" von Luchino Visconti. Um jene Zeit treten zwei Regisseure in Erscheinung, die entscheidenden Einfluß ausüben werden auf die dritte Phase, die Periode der Reife des italienischen Films: Michelangelo Antonioni und Federico Fellini.

An diesem Punkt ist eine allgemeine Feststellung angebracht. Die italienische Kultur im allgemeinen und der Film im besonderen haben in der Nachkriegszeit eine bedeutsame Operation durchgeführt: es ist ihnen gelungen, die Vergangenheit zu bewältigen. Dabei konnten die Marxisten auf den dialektischen Materialismus zurückgreifen, das Bürgertum konnte sich auf Croce berufen, die Katholiken fanden in den eigenen Reihen eine katholische Avantgarde; die gesamte intellektuelle Welt Italiens jedoch konnte diese Operation relativ leicht durchführen, weil sie die Resistenza erlebt und deren Werte in sich aufgenommen hatte. Ein nicht-italienischer Leser mag hier fragen, welches diese Werte sind. Kurz gefaßt, kann man antworten, daß es um das Bewußtwerden der individuellen Tat und der kollektiven Verantwortung geht. Der Widerstand war auch für diejenigen, die nicht direkt an der Bewegung teilnahmen, mehr als eine Waffentat ein Seelenzustand. Der Italiener jener Jahre (wohlgemerkt, auch der konservative Italiener) begann sich dagegen aufzulehnen, daß sein Leben, seine Zukunft, seine Arbeit, seine Familie von denen abhingen, die von oben her und ohne je an die individuelle Verantwortung zu appellieren, über ihn bestimmten. Dieser programmatische Individualismus führte merkwürdigerweise, und ohne daß der Italiener sich dessen bewußt wurde, zu der Entwicklung eines starken und überzeugten Kollektivbewußtseins.

Dies also waren die Voraussetzungen: die Entdeckung des Realismus, die Neubewertung der geschichtlichen Kritik, der geschärfte Sinn für die soziologische Entwicklung im Zeitgeschehen, die Hellhörigkeit gegenüber den Fehlern der Vergangenheit, die enge Verbindung zwischen Politik und Kultur, die Überzeugung, daß der verantwortliche Bürger im täglichen Leben zugleich Politiker und Historiker ist. Derartige Voraussetzungen konnten ihre Wirkung auf das Niveau des Filmschaffens nicht verfehlen. Der Filmschaffende, eben insofern als er kein reiner Intellektueller, kein reiner Philosoph, kein reiner Schriftsteller ist, sondern etwas von allem und zudem dem einfachen Leben eng verbunden, ist besonders empfänglich für die Botschaft, die ihm die zeitgenössische Gesellschaft übermittelt. Seiner Intuition bleiben die treibenden Kräfte der Gesellschaft nicht verborgen, und in dem Maße, in dem er sie verarbeitet und seinem Publikum einen Spiegel der lebendigen Tendenzen und Ideen vorhält, wird der Film zu einem wirksamen Instrument der Verdeutlichung, der erlebten Wirklichkeit, kurz eines kulturellen Prozesses. Dies ist weitgehend in Italien der Fall und erklärt den künstlerischen und soziologischen Erfolg der Filmproduktion.

In den letzten zehn Jahren hat der italienische Film neue Wege gesucht in

einem erneuten Interesse an dem Nicht-Aussprechbaren, am Experiment. Aber gleichzeitig haben die Filmschaffenden der noch immer gefühlsmäßig lebendigen Vergangenheit ihr Interesse gewidmet, in dem richtigen Empfinden, daß hier eine Kontinuität zu wahren ist. Dies ist der Fall bei dem Film von Nanni Loy „Le quattro giornate di Napoli", der in der öffentlichen Meinung Deutschlands einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat. Gerade dieser Film ist typisch für die Verschiedenheit der Art, wie man in Italien und in Deutschland der Vergangenheit gegenübertritt. Die Italiener haben schon 1944—45 die eigene Vergangenheit „bewältigt", die Schuld am Krieg und an seinen Schrecknissen. Aber nicht, wie gemeinhin behauptet wird, durch eine Verneinung dieser Vergangenheit schlechthin oder der Verneinung der eigenen Verantwortlichkeit. Wohl aber, und hierin liegt die befreiende Bedeutung der Widerstandsbewegung, in der freiwilligen und bewußten Entscheidung, daß der Faschismus kein Erbe hinterlassen hat, daß man daher keine Bindung mehr hat und haben will zu dieser Vergangenheit.

„Le Quattro Giornate di Napoli" ist das Werk eines jungen Regisseurs, der 1943 achtzehn Jahre alt war. Mit 14, mit 16 Jahren gehörte er wahrscheinlich zur faschistischen Jugend. Mit 18 Jahren war er nicht mehr Faschist und hatte unwiderruflich mit dem Faschismus gebrochen, nicht aus Kalkulation, sondern aus dem Bewußtsein des historischen und kulturellen Vakuums, in dem sich der Faschismus bewegte. Heute hat ein Nanni Loy das Bedürfnis, Zeugnis abzulegen für die eigene Entwicklung, für die Überwindung der eigenen, wenn auch jugendlichen Vergangenheit, und er tut es im Rahmen der Realität, die er erlebte, die heute noch in allen Schichten des italienischen Volkes lebendig ist: in der Berufung auf das Geschehen, das Erlebnis jener volkstümlichen Bewegung, auf der das heutige Italien in seinem Gewissen und in seiner kulturellen und sozialen Formierung fußt: der Resistenza.

Dem deutschen Film gegenüber hat man in Italien oft den Eindruck, daß die Vergangenheit nicht bewältigt worden ist. Und daher mag es kommen, daß man einem Film wie dem von Nanni Loy vorwirft, er trage zur Wiederbelebung des Deutschenhasses bei, statt sich objektiv um die Überwindung der völkertrennenden Haßgefühle zu bemühen. Dem muß entgegengestellt werden, daß der italienische Film den Mut hat, die eigene Vergangenheit kritisch zu durchleuchten: in einem Jahr sind vier oder fünf italienische Filme über den Faschismus herausgekommen, deren Kritik unbarmherzig ist, auch da, wo sie zur Farce greifen. Das Erlebnis der Wehrmacht als Besatzungsmacht gehört zur italienischen Vergangenheit und kann nicht ausgeklammert werden bei einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus. „Die unbewältigte Vergangenheit" ist das, was uns in deutschen Nachkriegsfilmen oft entgegentritt. Anders liegen die Dinge, wenn es sich um deutsche Filme handelt, denen ein Text zugrunde liegt aus der Feder von Schriftstellern, die etwas zur eigenen Vergangenheit zu sagen haben, wie die Gesellschaftskritik in „Das Mädchen Rosemarie" nach dem Buch von Erich Kuby oder Käutners Film „Die Rote" nach Alfred Andersch. Hier liegt ein ernsthafter Versuch zur Bewältigung der Vergangenheit vor, denn hier wird der Film zum Ausdrucksinstrument einer kulturellen Haltung, wie dies in Italien der Fall ist. Die Wirklichkeit, die Realität der Vorgänge im nazistischen Deutschland und im faschistischen Italien ist nicht wegzuleugnen. Heute kommt es darauf an, den Mut zu haben, die eigene Vergangenheit zu bewältigen. Wo die geistige Freiheit dazu aufgebracht wird, da verbeugt sich die denkende Welt in aller Ehrfurcht, denn da wird an den Sinn der Freiheit, an das Verantwortungsgefühl des Individuums appelliert und demgegenüber wird die Wiederbeschwörung vergangener Greuel zur Episode. Aus dem Italienischen von Dr. Lily E. Marx

Anton Zischka

„Playing it cool"

Das Problem der „Un-interessierten"

„Playing it cool" steht nicht im Wörterbuch, obwohl es heute zu den am häufigsten gebrauchten Redewendungen Amerikas gehört. „Play it cool, pardner", ist ein immer wieder gehörter Rat. Und dieses „Spiele es kühl" — sinngemäß „Kümmere dich nicht darum!" oder „Reg' dich nicht auf!" wird mehr und mehr zum Allgemein-Verhalten der Massen. Die beginnen überall zu merken, daß unsere großangekündigten Ideale nicht allzu wörtlich zu nehmen sind. Sie argwöhnen, daß es sich bei den meisten politischen Manifesten um Werbe-Kampagnen handelt wie beim Verkauf neuer Seifen-Marken oder Abführmittel: Wenn nicht um glatte Lügen, so um Halbwahrheiten. Die Massen geben das nie offen zu, lassen sich weiter (wie amtlich in der Schweiz) „der Souverän" nennen. Aber sie fühlen, daß sie trotz aller Wahlen keine wirkliche Entscheidungsgewalt mehr haben — und daß es so keinen Sinn hat, sich aufzuregen, sich für irgendetwas zu begeistern oder auch nur zu interessieren.

Keine geringe Schuld an diesem gefährlichen Zustand haben unsere Massenzeitungen und Illustrierten, die Art unseres Rundfunks und Fernsehens, die Haupt-Ursache ist aber doch wohl unsere wachsende Fremd-Abhängigkeit:

Immer mehr Menschen werden zu „Un-Selbständigen". In manchen hochindustrialisierten Volkswirtschaften machen sie bereits sechs bis acht Zehntel aller Erwerbstätigen aus; ihr Tagesablauf wird nicht länger von ihnen selber bestimmt. Sie sind nicht nur Lohn-, sondern auch Befehls-Empfänger. Zwar gefällt es manchen Leuten, selber keinerlei Entscheidung mehr treffen zu brauchen. Aber die Zahl der Berufs-Neurosen ist bei den Unselbständign ungleich höher als bei den Selbstverantwortlichen und beweist so, daß Fehl-Eingliederungen und mangelnde Arbeits- und Werk-Befriedigung erschreckend zunehmen. Heute gibt es gut 30 000 verschiedene Berufe (oder zumindest Arbeits-Abarten). Das Erbringen winziger Teil-Leistungen im Rahmen einer vom einzelnen nicht mehr überblickbaren Organisation ist nun die Regel, eine allgemeine Verengung des Horizonts die Folge. Zugleich aber auch ein Gefühl des Verlorenseins und der Ohnmacht. Denn zur Abhängigkeit von Staat und Arbeitgeber kommen ja die weltweiten Fremd-Abhängigkeiten, das Verstricktsein in Ereignisse, auf die wir weder durch Streiks noch durch Wahlen (und schon gar nicht durch Überredung oder Gewalt) irgendeinen Einfluß auszuüben vermögen. Diese Abhängigkeit von Dingen, die Moskau oder Peking oder Washington bestimmen, die sich in Tibet, Laos oder Australien abspielen, macht uns Angst und verwirrt uns. Und um so mehr, als wir ja ihre wahren Ursachen nicht kennen, die zu begreifen immer schwieriger wird, weil wir ja längst von Informationen aus zweiter Hand leben. Private wie staatliche „Aufklärung" beschäftigen sich prinzipiell nicht mit „Großwetterlagen", sondern lenken von diesen systematisch durch Detailberichte ab. Die Welt, wie sie der Durchschnitts-Bürger heute durch seine Zeitung, durch Rundfunk, Fernsehen oder Kino-Wochenschau kennenlernt, ist, wenn nicht ein Trug-Bild, so ein Bild ohne Relief. Er erfährt im Westen wie im Osten nur von einer Hälfte dieser Welt Positives; er nimmt es bei uns nun schon als selbstverständlich hin, daß alle „Welt"-Statistiken so gut wie immer den kleinen Beisatz „Ohne Sowjetunion, Rotchina und die Satellitenstaaten" tragen. Daß sie also ein Drittel der Erde, mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion und mindestens eine Milliarde Menschen unterschlagen. Aber „wir kennen die Welt". Und im Osten ist es nicht anders.

So viele Details werden uns täglich aufgetischt, daß kaum jemand noch das wirklich Wichtige vom künstlich Aufgebauschten zu unterscheiden vermag. Da die von uns selber überschaubaren Verhältnisse durch unsere Spezialisierung zusammenschrumpfen, leben wir wie der Fisch, der zwar seine allernächste Umgebung kennt, aber nichts von der Fabrik oben am Flußlauf weiß, die ihn eines Tages samt all seinen Artgenossen vergiftet. Wir hängen Ideologien an, weil die angeblich einleuchtend erklären, was immer weniger Menschen verstehen. Wir treffen durch Wahlen Entscheidungen, die den Erfahrungskreis des einzelnen weit übersteigen — und überliefern so einigen wenigen Drahtziehern die wahre Herrschaft. Die lassen uns statt Hervorragenden Berühmtheiten bewundern, die außer berühmt nichts sind. Die lassen uns nicht Idealen nachleben, sondern schrumpfen diese Ideale so kunstvoll, bis jeder in sie hineinpaßt. Überall wirkt sich eine raffinierte Werbetechnik aus und die steigert

die allgemeine Unsicherheit

noch mehr. Denn wie Wirtschaft und Weltgeschehen nicht mehr zu überblicken sind, so wenig ist es das lawinenartig anwachsende Waren-Angebot: Vor 20 Jahren führte Sears Roebuck in seinen Katalogen 30 Arten Kinderschuhe. Heute über 200. Gab es früher in Gemischtwarenläden 100 verschiedene Nahrungsmittel, so boten die amerikanischen Supermarkets 1940 im Durchschnitt 1500 an und heute 6000. Die moderne industrielle Produktion ist nun so vielseitig, daß niemand mehr einen Überblick über all das Gebotene hat, ständig in Angst lebt, „Unmodernes" zu kaufen oder etwas Billiges übersehen zu haben. Sich ein eigenes, gültiges Urteil über Qualität und Preiswürdigkeit zu bilden, ist praktisch unmöglich geworden, und so die Behauptung, der „Preis" regle unsre Soziale Marktwirtschaft, weitgehend unrichtig.

Der angebots-bedrängte Mensch verläßt sich auf die Markenartikel, von denen es heißt, „der Name bürgt für die Qualität". Aber dann gibt es Ereignisse wie die Erkrankung Hunderttausender in Holland und Deutschland durch eine Marken-Margarine, die der bedeutendste Welt-Konzern der Branche auf den Markt bringt. Wie also soll man wissen, was gesund ist, was gut und was billig? Wen soll man im Selbstbedienungsladen fragen? Alles im Leben wird schließlich wie im Fußball-Toto: Man hat Glück oder man hat keines. Sich aufregen, lohnt auf keinen Fall. „Der Mann von der Straße" gibt es im kleinen wie im großen auf. Er flüchtet ins Sport-Stadion oder in seinen Schrebergarten, wenn nicht in die Kneipe. Zum Teufel mit dem Rest! Interesse an der Welt und den Mitmenschen? Die Welt schaukeln andre. Und der liebe Nachbar? Der läßt in „Gottes eignen Staaten" seinen Luftschutzbunker von Unternehmern bauen, die ihre Dienste mit dem Hinweis anbieten, ihre Lieferautos trügen keine Aufschriften, und ihre Leute seien als Fernseh-Mechaniker getarnt. Denn soll man etwa das Leben von Leuten retten, die selber keinen Bunker haben?

Übertrieben, mag man sagen. Und natürlich gibt es Ausnahmen, gibt es in England die vielen Tausende, die sich ihre Anti-Nuklearkriegsdemonstrationen 18 Monate Gefängnis kosten lassen. Aber während des Korea-Krieges testete z. B. die größte Zeitung von Vancouver, die „Sun",

das Massen-Interesse,

indem sie während des Höhepunktes der Kämpfe drei Tage hintereinander in Fettdruck und auf der ersten Seite die gleiche Agenturmeldung unter dem gleichen Titel „Rote von lebenswichtiger Höhe vertrieben" druckte: Kein einziger Leser merkte es, und von den 51 Redakteuren nur einer.

Resigniert schrieb der Chefredakteur Earl Smith damals: „Lassen wir einen

Comic Strip oder das Resultat des unwichtigsten aller Fußballspiele weg, so können wir uns vor Telefon-Anrufen und Protest-Briefen nicht retten. Der Korea-Krieg, scheint's, interessiert niemanden."

Obwohl dieser Krieg allein die USA bare 18 Milliarden $ kostete und den ganzen Westen ein Vielfaches an den phantastisch steigenden Rohstoff-Preisen und Frachten; obwohl dieser Krieg vier Millionen Koreanern das Leben kostete und ihr „befreites" Land in einen Schutthaufen verwandelte; obwohl dieser Krieg, weder von den Russen, noch von den Amerikanern gewonnen, eindeutig bewies, daß auch „kleine" Kriege heute völlig sinn- und zwecklos sind, und damit das „interessanteste" Ereignis unserer Ära war und obwohl er auch die Gefahr des „play it cool" für jeden einzelnen deutlich machte: Amtlichen, von der „New York Times" am 17. Mai 1951 veröffentlichten Mitteilungen zufolge waren damals drei Viertel aller amerikanischen Soldaten „Nicht-Schießer". Sie machten von ihren Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten keinen Gebrauch, suchten, sobald es zum Kampf kam, volle Deckung und überließen es dem einen Viertel „Dummen" unter ihren Kameraden, Krieg zu führen. Präsident Truman zufolge gab es im Korea-Krieg dazu nicht weniger als 46 000 amerikanische Deserteure. Und wenn man da sagen kann: Um so besser, wenn alle das tun, gibt es keine Kriege mehr —, so enthüllte der Korea-Krieg leider doch auch noch ganz andere menschliche Eigenschaften: 34% aller von den Chinesen gefangenen Amerikaner arbeiteten mit den Kommunisten zusammen. Mehr als jeder Dritte also. 38% dieser Gefangenen starben. Und zwar nicht durch die Schuld ihrer Feinde, sondern durch die ihrer Kameraden. Das Pentagon hatte eine „Psychiatric Task Force" eingesetzt, die alle aus koreanischen und chinesischen Gefangenenlagern Zurückgekehrten in „Auffang-Stationen" beobachtete und verhörte, denn man wollte mit Recht wissen, wieso schon vier Tage nach Ausbruch des Korea-Krieges US-Soldaten an feindlichen Radio-Sendungen mitwirkten. Und die Ergebnisse, die Eugene Kinkead 1960 in seinem Buch „In Every War But One" zusammenfaßte, sind erschreckend für die ganze Welt: Jeder dritte Amerikaner arbeitete mit den Chinesen zusammen, nicht weil er gefoltert oder sonst irgendwie unmenschlich behandelt wurde, sondern weil ihm das Vorteile brachte. Die 38% starben, weil ihre Kameraden, wenn sie Ruhr hatten, sie nicht versorgten, ihnen keine Nahrung brachten, sie vereinzelt sogar aus den Hütten schmissen und erfrieren ließen. Böswilligkeit und Gleichgültigkeit kosteten Unzähligen das Leben. Und bei der Befragung hieß es immer wieder: „We played it cool . . ." „Wir kümmerten uns um nichts, das war am vorteilhaftesten . . ." Dieses „Play it cool" durchdrang alles wie ein schleichendes Gift . . . Es zeigt, wie einsam der einzelne in der Masse wurde, wie sehr das moderne Leben uns isoliert. Und zugleich, wie weit bereits

die Atomisierung der Verantwortung

gediehen ist, wie sehr alle Arbeit zum Selbstzweck wurde und „unkonditionale" Intelligenz sie beherrscht. Die „Drahtzieher" werden täglich mächtiger, weil „vorverpackte" Meinungen und Überzeugungen die Mehrheit der Menschen nicht nach den Folgen ihrer Handlungen fragen lassen. Sie führen Aufträge aus, solange sie entsprechend bezahlt werden, und damit basta. Raketen-Basen bauen ist ein „Job" wie jeder andere. Ob man eine U-2 über die Sowjetunion fliegt oder eine B-52 nach Hiroshima, man ist Pilot, und so hat man das eben zu tun. Und wie die U-Bootsbesatzungen oder die Kap-Canaveral-Leute gehen zahllose geniale Gelehrte und Konstrukteure heute so völlig in ihrer Arbeit auf, daß n i c h t s außer dieser Spezialtätigkeit sie interessiert. Moralische Werte? Das Wort „sollte" gibt

es in der Wissenschaft nicht. Und so protestieren wohl Tausende von Forschern gegen den Rüstungs-Wahnsinn, aber Zehntausende stehen den Drahtziehern zur Verfügung, denn die haben für „Politik" keine Zeit. Es ging den deutschen Raketen-Forschern in den USA nicht anders als den deutschen Flugzeug-Konstrukteuren in der Sowjetunion. In einem Bericht über deren Schicksal heißt es:

> „Professor Benz und Günther waren alles andere als glücklich darüber, ‚Gäste der SU' zu sein. Auch in ihrer Brust bohrten das Mißtrauen und die Angst vor dem Unbekannten, das sie in diesem geheimnisvollen, riesigen Land erwarten mochte. Aber als sie Podberesje erreicht hatten, viele gute Freunde vorfanden, ihre, freilich etwas dürftige, Holzvilla beziehen durften und es nun wieder ans Konstruieren ging; als man ihnen beim Projektieren ebenso freie Hand ließen wie dem Konstrukteur Dr. Baade von Junkers und dem Ingenieur Heinson von Siebel oder dem Geräteingenieur Thomas, da atmeten sie sichtlich auf. Bald dachten sie nicht mehr daran, welchem Land sie nun dienten und wozu die Kampf- und Jagdflugzeuge, die sie entwickelten, einmal verwendet werden könnten. Es genügte ihnen, daß sie wieder den Rechenschieber und den Zeichenblock in die Hand nehmen durften . . ."

Wie den Atomforschern oder Raketen-Spezialisten, kam es diesen Konstrukteuren auf ihre A r b e i t — s o n s t n i c h t s an. Ihre ganze Erziehung war darauf angelegt, „tüchtige Fachleute" zu sein. Sie waren immer und überall von dem Drang besessen, immer Besseres, Rationelleres, technisch Vollkommeneres zu entwickeln. Was mit den Früchten ihrer Arbeit geschah, das ging sie nichts an, damit konnten sie sich nicht beschäftigen, das war Sache anderer Spezialisten. Hier wird festgestellt, nicht etwa verurteilt. Millionen und Abermillionen besitzen heute außer der Arbeit nichts, was ihr Leben ausfüllen könnte. Und diese Arbeit lenkt „der Apparat". Anonyme Mächte in irgendwelchen fernen Ministerien oder Hauptverwaltungen. Robert Jungk schildert die Angst des General Groves, der in Oak Ridge die 150 000 Menschen kommandierte, die die erste Atombombe schufen, der Zweite Weltkrieg könne zu Ende gehen, ehe „seine" Bombe fertig sei. Und er schildert die „Atomisierung der Verantwortung", das Zerlegen der Oak-Ridge-Arbeit in tausenderlei Einzel-Probleme,und stellt fest:

> „Und die Summe von tausenden Einzelhandlungen von höchster Gewissenhaftigkeit führte schließlich zu einem Akt kollektiver Gewissenlosigkeit von schauerlicher Größe."

Manche der Forscher in den USA kannten — mehr oder weniger — den Endzweck ihrer Arbeit. Wie aber soll der Mann, der einen Schrauben-Automaten bedient, wissen, ob, was er herstellen hilft, zum Bau eines Autos oder eines Tanks dienen wird? Ob seine Transistoren für eine Rechenanlage bestimmt sind oder ein Zielgerät, dieses oder jenes Präzisionsgerät für einen das Nachrichtenwesen revolutionierenden Satelliten oder eine Weitstrecken-Rakete mit Nuklearsprengkopf? Als Dome gebaut wurden, wußte der jüngste Steinmetz-Lehrling, was er tat. Heute wissen es selbst unzählige Generaldirektoren nicht.

Und so hat sich seit dem 22. Juni 1941 nichts geändert. Das war ein strahlend schöner Sommertag. Und so strömten mehr als hunderttausend Menschen ins Berliner Olympia-Stadion. Zu einer Massen-Kundgebung im Zusammenhang mit dem Rußland-Feldzug, der an diesem Morgen begonnen hatte? Natürlich nicht. Sondern zum Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft . . .

Natürlich ist der Algerien-Krieg nicht mit dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen. Aber er brachte Frankreich an den Rand des Bankerotts, kostete Hunderttausenden „Rebellen" und Soldaten das Leben, löste Attentate aus, denen 38 000 Zivilisten zum Opfer fielen. Der Algerien-Krieg löste Dutzende Regierungskrisen aus und brachte de Gaulle an die Macht. Er hätte normalerweise j e d e n Fran-

zosen brennend interessieren müssen. Aber auf seinem Höhepunkt, Anfang 1958, mußte die Postverwaltung die Pariser Telefonnummer SUF 84 20 sperren. Wenn man die drehte, konnte man eine Auswahl neuester Chansons hören. Dieser „Dienst" begann mit neun Linien. Aber die Nummer blieb ständig besetzt, auch nachdem man sie auf 40 Linien erweitert hatte, und so wurde das Experiment abgebrochen. INV 1 aber kam nach wie vor mit drei Linien aus: Das ist der telefonische Nachrichtendienst . . .

Der „normal konditionierte" Mensch braucht heute seine Ur-Instinkte nicht mehr mühsam niederzukämpfen, er kommt gar nicht mehr auf die Idee, seinen Nachbarn totzuschlagen. Aber wie die Mordlust wurde ihm auch die Neugier ausgetrieben und sein Gefühl dafür, was „interessant" ist. John Robert Seeley definierte 1883 „interessant" mit „im eigentlichen Sinne das, was unsere Lebensinteressen nahe angeht und für uns von grundlegender Wichtigkeit ist . . ." Aber wir bekommen in Millionenauflage das Liebesleben verblichener oder gegenwärtiger Prominenter vorgesetzt, können im Dreck wühlen und das Gefühl genießen, viel besser als alle „Großen" zu sein. Welt-Probleme? Wahrheit? Wat koof ik mir dafür? Interesse kommt von „inter-esse" — „darin-sein", mit-dabeisein. Wobei? Beim Länderspiel natürlich, wie z. B. Herr Bundespostminister Richard Stücklen, der im März 1958 (als durch Nahost-Krisen ein Dritter Weltkrieg drohte) eine Kabinetts-Sitzung schwänzte, um dem Länderspiel Deutschland-Spanien zuzusehen.

Wie gesagt: Hier wird nur festgestellt.

Aber ob wir noch lange Zeit zur Umkehr haben? Ob wir es überleben, wenn die Kluft zwischen Können und Kennen weiterwächst und niemand mehr sich seinem Gewissen verpflichtet fühlt?

Aus der Wirtschaft

UN-Konferenz über Entwicklungs-Planung

In Genf tagte vom 4. bis 20. Februar die von den UN im Rahmen des „Jahrzehnts der Entwicklung" einberufene „Konferenz über die Anwendung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse zum Nutzen der Entwicklungsgebiete". Über 1500 Wissenschaftler, technische Experten und Regierungsvertreter aus 87 Ländern nahmen an der Konferenz teil. Es fanden 95 Voll- und Kommissionssitzungen statt, auf denen 1836 Untersuchungen und Vorschläge diskutiert wurden. Etwa 15 bis 20 % der Teilnehmer kamen aus den Entwicklungsländern selbst, von denen jedoch 44 % der Diskussionsbeiträge stammten. Die Konferenz war die größte bisher im Rahmen der UN abgehaltene. „Es wurden praktisch alle Fachgebiete berührt, die mit der Entwicklung in der menschlichen Gesellschaft direkt in Verbindung stehen und selbst viele Vertreter der hochentwickelten Länder gaben unumwunden zu, daß auch sie während dieser Konferenz über die Anwendung von Wissenschaft und Technik zum Wohle der Entwicklungsländer — so lautete der offizielle Titel — viel gelernt hätten" (FAZ v. 26. 2. 63). — Die Konferenz (die Volksrepublik China, Nordkorea, Nord-Vietnam und die DDR waren nicht eingeladen worden) richtete einen Appell an die gleichzeitig in Genf tagende Abrüstungskonferenz, in dem der Abschluß eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche und Vereinbarungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung gefordert werden. In dem Appell wird darauf hingewiesen, daß die durch eine Abrüstung freiwerdenden Beträge in Höhe von rund 150 Milliarden Dollar jährlich für die Hilfe für die Entwicklungsländer benötigt werden. — „In den Debatten wurde von mehreren Rednern die Dringlichkeit einer noch intensivierten weiteren Entwicklungshilfe mit dem Hinweis hervorgehoben, daß die jährlichen Einkommen pro Kopf der Bevölkerung in den Industriestaaten zwischen 900 Dollar (in Europa) und 2500 Dollar (in Nordamerika), in den meisten asiatischen und afrikanischen Ländern hingegen nur zwischen 50 und 100 Dollar liegen. Auch betrage die mittlere Lebenszeit eines Menschen in den Industriestaaten heute zwischen 68 und 71 Jahren, in den Entwicklungsländern hingegen nur zwischen 29 und 39 Jahren. Es wurde außerdem festgestellt, daß die Industrialisierung in den Industriestaaten weiterhin große Fortschritte mache, während sie in den Entwicklungsländern infolge von Krankheiten und Unterernährung sowie infolge des Mangels an technischen Fähigkeiten, geeigneten Transportmöglichkeiten und an Energie (namentlich elektrischer Energie) vielfach stagniere, obschon manche dieser Länder über große, noch nicht ausgebeutete natürliche Reichtümer verfügten. Auch wurde auf die dornenreichen Ernährungsprobleme hingewiesen, die damit zusammenhängen, daß sich die Weltbevölkerung bis ins Jahr 2000 auf etwa 6,2 Milliarden verdoppelt haben dürfte" (Neue Zürcher Zeitung v. 2. 3. 1963). —

Besonders eingehend wurde über das Problem der Planung beim Aufbau der Entwicklungsländer diskutiert. „Man einigte sich erstaunlich rasch darauf, daß Entwicklung ohne Planung ein Unding sei, wobei es natürlich Meinungsdifferenzen über das Ausmaß erwünschter oder notwendiger staatlicher Eingriffe gab." (FAZ v. 25. 2. 63.) „Auch hat überrascht, daß nicht nur von kommunistischer Seite, sondern auch von den Amerikanern hervorgehoben worden ist, daß für den Aufbau der Entwicklungsländer nicht mehr daran gedacht werden könne, eine Wirtschaftsordnung des freien Unternehmertums zu schaffen" (Neue Zürcher Zeitung v. 2. 3. 63). — Ein weiteres Hauptthema der Konferenz war das Problem der Priorität des Aufbaues der Industrie oder der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Es ist vorgesehen, dem Generalsekretär der UN einen umfassenden Konferenzbericht zur Verfügung zu stellen, den dieser dann an den Wirtschafts- und Sozialrat der UN weiterleiten kann. — Die Bundesrepublik war, nicht nur personell, äußerst schwach vertreten. Nur 1,3 % der wissenschaftlichen Berichte, die der Konferenz vorlagen, stammte aus deutscher Feder. „Die Beteiligung der Bundesrepublik an dieser Konferenz kann man

nur als beschämend bezeichnen. Sie hat der Ungeschicklichkeit und Ideenlosigkeit mit der von deutscher Seite die Hilfe für die unterentwickelten Gebiete der Erde gehandhabt wird, die Krone aufgesetzt ... Eine große Chance wurde achtlos vertan, und wieder einmal ist demonstriert worden, daß der Rückfall der Bundesrepublik in allen Bereichen der Forschung und Technik gar nicht einmal so sehr seine Ursache in den fehlenden finanziellen Mitteln, sondern einfach in einer grotesken Verkennung ihrer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes hat" (FAZ v. 26. 2. 63). — (Nach: NZZ v. 22. 2. u. 2. 3., FAZ v. 25. 2. u. 26. 2., Deutsche Zeitung v. 23./24. 2., Handelsblatt v. 1./2. 3. 63.)

Tagung der UN-Wirtschaftskommission für Afrika in Leopoldville

Vom 19. Februar bis 2. März tagte in Leopoldville die fünfte Tagung der Wirtschaftskommission der UN für Afrika. An ihr namen 800 Delegierte von 32 unabhängigen afrikanischen Staaten, sowie Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Portugals und Spaniens, ferner Beobachter aus anderen Staaten teil. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Gründung eines Instituts für wirtschaftliche Entwicklung und Planung in Dakar (Senegal). — In ihrem neuesten Bulletin hat die UN-Wirtschaftskommission für Afrika eine Beschleunigung und Ausdehnung der Industrialisierung des afrikanischen Kontinents empfohlen. Außerdem wird eine Kooperation der afrikanischen Staaten auf diesem Gebiet vorgeschlagen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der afrikanischen Entwicklungsländer beruhen nicht zuletzt auf dem Sinken der Rohstoffpreise. „Die Erlöse der afrikanischen Rohstoffexporte reichen nicht aus, um die für die notwendige wirtschaftliche Entwicklung erforderlichen Importe an Maschinen und Investitionsgütern zu finanzieren. Obwohl das Volumen der afrikanischen Exporte in den Jahren 1961/62 beträchtlich erweitert werden konnte, haben fallende Rohstoffpreise die Gewinne aufgezehrt und nur eine 2%ige Zuwachsrate gegenüber 1960 erlaubt. Dazu kommt, daß die nur unwesentliche Erhöhung der Exporterlöse im wesentlichen nur auf die Südafrikanische Union und die Sahara-Länder beschränkt blieb ... Mit einem Anteil von 78% an dem Gesamtexport Afrikas gegenüber 75% im Vorjahre erwiesen sich die Industrieländer Europas und Nordamerika 1961 als große Abnehmer afrikanischer Erzeugnisse ... Auf der anderen Seite verringerten die Ostblockländer ihre Einkäufe in Afrika um 1% auf 5%" (Oberfränkische Volkszeitung v. 2. 3. 63).

Kritik der UN-Kommission für Asien und den Fernen Osten an der EWG

Die UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten hat in ihrem Lagebericht vor Beginn ihrer Jahreskonferenz in Manila die Handelspolitik der EWG kritisiert. Ihre Landwirtschaftspolitik und die besonderen Vereinbarungen mit den überseeischen Assoziierten hätten zu einem Rückgang der für die asiatischen Länder lebensnotwendigen Rohstoffausfuhren geführt. Die Kommission fordert eine weit umfassendere finanzielle Hilfe für die asiatischen Staaten, deren Handelsdefizit besorgniserregend geworden sei. Während der Anteil Asiens am Welthandel 1948 noch 8,2% betrug, ist er in den Jahren 1959/60 auf 6% zurückgegangen.

(Nach: Die Welt v. 5. 3. 63.)

Neue Krise in Brüssel

Unter Hinweis auf die bevorstehenden Parlamentswahlen (28. April) hat die italienische Regierung eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit den 18 afrikanischen Staaten (vgl. Heft 1/63) abgelehnt. Auch die niederländische Regierung forderte eine Vertagung, so daß der EWG-Ministerrat am 26./27. Februar ohne Unterzeichnung des Abkommens auseinandergegangen ist.

EFTA

Der Ministerrat der EFTA-Länder trat am 18./19. Februar in Genf zu seiner ersten Sitzung nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über den EWG-Beitritt Großbritanniens zusammen. Die nächste Sitzung ist für den 9. Mai in Lissabon vorgesehen. Man rechnet in EFTA-Kreisen für die nächste Zeit nicht mehr mit einem gesamteuropäischen Markt. „Da es sich erstmals auf einen Dauerzustand der Außenseiterstellung zur EWG einzurichten gilt, in der die EFTA nicht mehr nur ein Provisorium zu dem in Reichweite erscheinenden Übergang zum großen europäischen Markt darstellt, erhält die EFTA für ihre Mitgliedstaaten auch erstmals längerfristige Perspektiven und entsprechend auch wesentlich größere Bedeutung ... Die Hauptkonsequenz, die die sieben Länder aus die-

ser Lage gezogen haben, besteht darin, daß sie an der soeben zu Ende gegangenen Genfer Tagung den grundsätzlichen Beschluß gefaßt haben, die EFTA baldmöglichst aus dem Zwischenstadium einer temporären Präferenzzone herauszuführen und zu einer Freihandelszone zu machen, in der die Zölle unter den Sieben vollständig beseitigt sind. Die prinzipielle Entscheidung, die noch verbleibenden 50 % der Industriezölle bis im Laufe des Jahres 1966, das heißt innerhalb rund dreier Jahre, vollständig abzubauen und damit das Endziel mit einem mindestens dreijährigen Vorsprung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan zu erreichen, stellt einen bewußten Bruch mit der bisherigen Politik dar, die Beschleunigung des Zollabbaus innerhalb der EFTA von Fall zu Fall in kleineren Stufen durchzuführen." (NZZ v. 21. 2. 63.)

Wirtschaftsbericht

Ende Februar hat die Bundesregierung dem Bundestag dem in der Regierungserklärung vom 9. Oktober angekündigten „Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1962 und die Aussichten von 1963" zur Verfügung gestellt. Der Bericht weist auf den weiteren Anstieg der Preise und Produktionskosten im Jahre 1962 hin. Die Zunahme des Sozialprodukts hat sich spürbar verlangsamt, die gesamtwirtschaftliche Produktivität nur noch um knapp 3 % zugenommen, gegenüber 4 % 1961 und 6½ % 1960. — Für 1963 muß mit einer weiteren leichten Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums gerechnet werden. Es wird eine Zunahme des realen Sozialprodukts von kaum mehr als 3½ % erwartet. Ferner wird mit einer Steigerung der Importe um 5 % und einer verminderten Erhöhung der Exporte um nur noch rund 2 %, d. h. mit einer weiteren Reduzierung des Exportüberschusses gerechnet. (Nach: NZZ v. 3. 3. 1963.)

Entlassungen

Die Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie, Homberg/Niederrhein, will in den nächsten Monaten etappenweise rund tausend Übertage-Bergarbeiter und Angestellte entlassen. Diese Entlassungen werden mit der aus der Konzentration der Kohlenförderung von vier auf zwei Schachtanlagen resultierenden Rationalisierung in den Übertagebetrieben begründet (Stuttgarter Zeitung v. 27. 2. 63). — Die Hüttenwerke Rheinhausen haben beim Arbeitsamt die Genehmigung für die Entlassung von 300 Arbeitern beantragt. Das Werk ist am 4. Februar wegen der ungünstigen Auftragslage auf dem Stahlmarkt zur Kurzarbeit übergegangen (Die Welt v. 2. 3. 63). — Die Howaldts-Werke AG, Kiel, haben am 28. Februar beschlossen, wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der Werftindustrie 350 Arbeitskräfte zu entlassen.

Arbeitslosigkeit leicht angestiegen

Nach dem Bericht der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die im Februar v. Js. um rund 12 600 gesunken war, diesmal um rund 6800 auf 416 900 angestiegen. Das sind 143 100 mehr als im Februar 1962. Die Arbeitslosenquote ist im Februar auf 1,9 % gestiegen (Nach: Bulletin v. 6. 3. 63).

Großbritannien

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien hat in den ersten Wochen des neuen Jahres weiter zugenommen. Sie betrug Mitte Februar 932 939, d. h. 71 892 mehr als im Januar, womit die Arbeitslosenquote auf 3,9 % angestiegen ist. (In Nordirland bereits 11,2 %). Der Rückgang in der Ausnutzung der industriellen Kapazitäten hält weiter an. Der neue Oppositionsführer Harald Wilson erklärte, eine Labour-Regierung werde die Stahlindustrie wieder verstaatlichen und die Mietkontrolle wieder einführen. — Die Sowjetunion hat Großbritannien Schiffsbau-Aufträge in der Höhe von 20 bis 25 Millionen Pfund Sterling angeboten, sofern Großbritannien bereit sei, ein bis zwei Millionen Tonnen Rohöl zum Preise von 4 Pfund pro Tonne zu kaufen. Regierung, Wirtschaftskreise und Gewerkschaften diskutieren dies Angebot lebhaft. Von amerikanischer Seite wurde bereits dringend vor einem solchen Geschäft gewarnt. Großbritannien ist der zweitstärkste Ölverbraucher der Welt hinter den USA. Im Jahre 1962 betrug der Verbrauch 21,5 Millionen Tonnen des von der Sowjetunion angebotenen Öles, 12 % mehr als 1961. Mit einem weiteren erheblichen Ansteigen des Ölverbrauchs wird gerechnet. —

Laut Basler Nachrichten vom 28. 2. haben vier führende britische Industrielle in einem Brief an die Times gefordert, die Regierung solle mit der Sowjetunion, Rotchina und anderen Planwirtschaftsländern Verhandlungen über die Aufstellung eines fünfjährigen Handelsprogramms auf Ge-

genseitigkeit mit einer Steigerung des Handelsvolumens von jährlich mindestens 20 % aufnehmen. — Zwischen Großbritannien und der DDR (dem Gesamtverband der britischen Industrie und der Kammer für Außenhandel) ist Ende Februar ein neues Handelsabkommen abgeschlossen worden. Es sieht britische Exporte in die DDR in der Höhe von 94 Millionen DM und Exporte der DDR nach Großbritannien im Werte von 104 Millionen DM vor.

(Nach: Basler Nachrichten v. 9. 2., 27. 2., 1. 3., NZZ v. 7. 2. und 28. 2., Deutsche Zeitung v. 23./24. 2. und 28. 2.)

Abgeschlossen am 5. März.

A. v. B.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Warum ich Ostern auf die Straße gehe

Im Fasching verließ ich, wie alljährlich, unser Land. Mir ist es eine Qual, als Individualist den künstlich organisierten Massenkrampf mitzuerleben.

Ich war in den Vogesen. Ich bin ein begeisterter Wanderer. Das Marschieren habe ich hassen gelernt. Ich marschiere ungern, und wo man vom Marschieren spricht, gehe ich ... rückwärts. So ein Mensch also wie dieser fühlt sich befugt, etwas über den Ostermarsch zu sagen? Nun, nicht nur „über", sondern sogar „für"! Ich bin gegen den Ostermarsch. Es ist ein häßliches Wort. „Ostern" und „Marschieren" passen nicht zusammen. Mir tut es weh diese Worte zu koppeln.

Wir wollen ehrlich sein: „Ostern" ist eine Aneinanderkettung arbeitsfreier Tage im Frühjahr, und die Sache mit dem „Marsch" hängt dann mit dem Wortmangel unserer vielfältigen Sprache zusammen. Das Wort vom „Marsch" sollte man vielleicht lieber geistig im Gegensatz zum „Spaziergang" sehen und keinesfalls mit „Gleichschritt" übersetzen.

Ich nehme eigentlich ungern am Ostermarsch teil.

Es ist kein angenehmes Gefühl, der Hanswurst verfahrener Politik zu sein. Ich muß jedoch am Ostermarsch teilnehmen:

1. weil ich es nicht muß, 2. weil es mir von denen, die ich ablehne, ausgeredet werden soll, 3. weil ich in den Angriffen jener Angst wittere und 4. aus zahllosen ideellen Gründen, die ich hintenan setze, da in unserem Lande Idealismus noch stärker im Kurs gesunken ist als der der Aktien.

Während der beiden Ostermärsche, an denen ich bisher teilnahm, wurde ich immer wieder gefragt: „Hat das, was wir tun, einen realen Sinn?" Ich weiß nicht! Ich weiß nur, daß es einen erschreckend realen Sinn hat, wenn wir nichts tun, wie etwa dieses. Opposition im einsamen Dachkämmerlein mag ehrlich sein, doch wenn ein Wagen dem Abgrund zusaust, ist es weniger angebracht, mit sorgenvoller Stirn nach Hause zu eilen und zu errechnen, mit welcher Kraft man den Wagen aufhalten könnte oder mit welcher Resolution. Hier muß man an Ort und Stelle die Ärmel hochkrempeln und einen Knüppel zwischen die Speichen werfen.

Die SPD hat in ihrer letzten Verleumdung der Ostermarschteilnehmer u. a. behauptet, der Ostermarsch sei kein geeignetes Mittel, atomare Rüstungen einzuschränken. Wenn die SPD mir ein besser wirkendes Mittel demonstriert, werde ich sogleich vom Ostermarschierer zum Ostereiersucher.

A propos „Ei".

Daß der Ostermarsch das „Abrüstungs"-Ei des Columbus ist, glaube ich natürlich nicht! Doch der Ostermarsch der Atomwaffengegner, der sich bescheiden so nennt, denn er müßte eigentlich als Ostermarsch d e r Atomwaffengegner benannt werden, die bereit sind, für ihre Anschauung auf

die Straße zu gehen, gibt uns die Möglichkeit, effektvoll zu zeigen, daß unsere Regierung bei der Sucht nach äußerer Stärke nicht autorisiert ist, die Einmütigkeit unseres Volkes in dieser Frage vorauszusetzen.

In unserem Lande, das trotz hochprozentiger Einäscherung nach dem letzten Kriege noch von einem Volke bewohnt wird, welches nicht über den eigenen Schatten springen kann, muß man für jeden Menschen, der für seine Anschauung auf die Straße geht, hundert Menschen rechnen, deren geringes Maß an Zivilcourage sie zur Opposition hinter geschlossener Wohnungstür zwingt.

Nach der Verdoppelung der Teilnehmer vom vorletzten zum letzten Jahre ist, dies kann man klar erkennen, das Anwachsen der Ostermarschbewegung schon ein Politikum. Es soll nicht verheimlicht werden, daß ein erhebliches Absinken der Teilnehmerzahlen als das Ende unserer Bemühungen betrachtet werden müßte. Da es sich bei der „Ostermarschorganisation" letztlich um keine „Organisation" handelt, sondern um eine ideelle Verbindung Tausender von Individualisten, wird man in jedes Jahr mit neuen Anstrengungen ohne Teilnehmerzahl-Garantien hineingehen müssen. Ein weithin erkennbares Ansteigen der Teilnehmer-Zahlen wird, das ist fraglos, von unseren „Stärke-Politikern", die weniger stark sind, als sie es sein wollen, mit großer Sorge befürchtet.

Fragen Sie mich da noch, ob es einen Sinn hat?

Es hätte keinen Sinn, wenn wir, die wir unsere Schuhsohlen auf bundesrepublikanischen Straßen ablaufen, zu einem Verein oder einer Sekte vereinsamen.

Es hätte aber einen schrecklichen Sinn, wenn wir die „Halbstarken", die unserer Meinung sind, zu Ostern auf die Straße gehen lassen und uns, die wir uns möglicherweise für intelligenter halten, ausschließen.

Nicht jeder Mensch, der am Ostermarsch teilnimmt, ist mir sympathisch. Meine Hochachtung aber in jedem Falle, daß sie für eine Idee auf die Straße gehen, im Gegensatz zu den Intellektuellen, welche die Gefahren eines Atombombenkrieges oder Atombombenfriedens sogar klarer sehen und sehen müssen, doch aus persönlicher Vorsicht oder Dünkelhaftigkeit diese wichtige Bewegung nur par distance betrachten.

Sie werden feststellen, wieviele der jungen Menschen, die aus gutem Instinkt daran teilnehmen, durch sie ihre geistige Basis für die Demonstration bekommen!

Diese Ostermarschbewegung muß, wie in England, weniger eine Bewegung derer werden, die „gut bei Fuß", sondern derer, die „gut bei Kopf" sind!

Ich hatte mir geschworen, nach dem Hitlerjugend-Abzeichen in meinem Leben nie wieder einen Weltanschauungs-Bonbon am Rockaufschlag zu tragen.

Widerwillig habe ich dieses Versprechen gebrochen, doch mit der Einsicht: Es gibt Dinge, die wichtiger sein können als gutwillige Versprechungen. Ich hasse Weltanschauung am Rockaufschlag. Es gibt etwas, das wichtiger ist als die Aversion des gebrannten Kindes.

Für mich ist dieses Ostermarschabzeichen nichts als eine blecherne Provokation. Der satanischen Provokation, den menschenvernichtenden Atombomben, setze ich diese kleine persönliche blecherne Provokation entgegen, die, hoffentlich, nicht aus „Blech" ist.

Unser Land litt immer nur unter denen, die zu laut „Bravo!" riefen. Zu Ostern haben sich Zehntausende von Individualisten geeinigt, ihr „Pfui!" gegen Mord und Morddrohung durch gleiche Terminwahl zu verstärken.

Ich kann nicht anders: ich werde mir ein Pappschild vor den Bauch hängen, bildlich die Bedeutung des Bauches herabsetzend, und mir etwas reines Gewissen dafür einhandeln, wenn auf dem Pappschild zum Beispiel geschrieben steht: Unruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Ein witziger Satz! Ein todernster Satz! Ein Hilferuf!

Rudolf Rolfs

Zur Bedeutung des Westberliner Studentenentscheids gegen die Korporationen

Der scheinbar esoterische Bereich des Universitäts- und Hochschullebens hat sich in den letzten anderthalb Jahrhunderten deutscher Geschichte sehr oft als gutes oder böses Omen der allgemeinen sozialen und politischen Entwicklung erwiesen. Grad und Intensität der Wissenschaftspflege sowie Qualität und Geistesart des akademischen Nachwuchses wurden insbesondere nach 1848 und 1871 ausschlaggebende Faktoren unseres politischen Schicksals. Vervielfältigung des Arbeitsertrags

durch Verwissenschaftlichung und Arbeitsgrundlagen und -techniken, Emanzipation aller Menschen durch Demokratisierung der verschiedenen sozialen Körper und Körperschaften — das waren und sind die einander fordernden und ergänzenden Postulate oder Prinzipien des immer weiter wachsenden industriellen Zeitalters. Deutschland wurde das Musterexempel dafür, daß auf die Dauer nicht das eine, das Leistungs-Postulat, ohne Respektierung des anderen, des demokratischen (oder politischen) Postulats, erfolgreich zu verwirklichen ist. Man kann in formelhafter Kürze geradezu sagen, daß die großen Leistungen der deutschen Wissenschaft möglich waren, solange und soweit die emanzipatorischen Impulse des bürgerlich-demokratischen Zeitalters wirken konnten. Neue Wissenschaftszweige entstanden im Zuge dieses vielarmigen Emanzipationsstromes (die Germanistik z. B. im Zuge der nationalen Emanzipation, die naturwissenschaftliche Medizin im Zuge der Emanzipation von spekulativen Naturphilosophien, etc.), aber mit seiner Stagnation und Reduktion verfielen auch sie: deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft etwa zu einer Art Blut- und Bodenmystik, die die zeitgenössische deutsche Weltliteratur als „entartet" zu klassifizieren hatte; Medizin zu einer Mordpraxis der Masseneuthanasie.

Der politische Zuschnitt der Studentenschaft bildete jeweils unverkennbar den Auftakt neuer Entwicklungen. So war das Schicksal der Weimarer Republik praktisch schon besiegelt, als die demokratische Hochschulpolitik des preußischen Kultusministers Becker dem Veto der nationalistischen und antisemitischen Zweidrittelmehrheit der Studentenschaft zum Opfer fiel. Die Restauration des anti-emanzipatorischen Stände-Prinzips in den exklusiven schlagenden Studentenverbindungen (Korporationen), die das Bild der Studentenschaft bald nach 1871, aber auch nach 1919 beherrschten, verurteilte letztlich alle Modernisierungs- und Reformversuche in Hochschule und Gesellschaft zum Scheitern.

Die Chance des Neubeginns nach 1945 wurde in den politisch getrennten und sozial verschieden weiterentwickelten Bereichen Deutschlands sehr unterschiedlich wahrgenommen. Im Osten versuchte man ohne Rücksicht auf personelle und psychologische Voraussetzungen ein sozialistisches Hochschulsystem zu installieren, noch ehe eine echte Demokratisierung hatte Platz greifen können, der die Nachkriegsstudentenschaft in ganz Deutschland weitgehend uneingeschränkt zustimmte. Im Westen waren die ersten fünf Jahre nach dem Zusammenbruch dem Versuch einer Hochschulreform gewidmet, die jedoch über einige Ansätze nicht hinausgelangte, bis schließlich die fast ausnahmslose Belassung oder Restaurierung der traditionellen Verhältnisse wieder das Feld beherrschte.

Eine Ausnahme gegenüber beiden Entwicklungen bildete schon vor 1948 West-Berlin, wo 1946 die Technische Hochschule als Technische Universität mit einer allgemeinbildenden Humanistischen Fakultät für alle Studenten neu eröffnet worden war. Die Tendenz dieser Neuerung bestand darin, unter Anknüpfung an das Vorhandene eine Reform der Studiengänge im Sinne der Ausschaltung fachlicher und persönlicher Einseitigkeiten einzuleiten. Die besondere Situation West-Berlins zeigte sich auch auf dem hochschulpolitischen Sektor erst im Jahre 1948 augenfällig. Die Sezession eines Teiles der Studenten und Professoren der im Osten Berlins gelegenen alten Berliner Universität führte nicht zu einer Übersiedlung nach Westdeutschland, sondern zu einer neuen und eigenen Hochschulgründung in West-Berlin. Die so enstandene Freie Universität hatte von vornherein ihre beiden charakteristischen Abgrenzungen: nach Osten gegen einseitige und überstürzte Reformmaßnahmen, nach Westen gegen Restauration und unfruchtbaren Traditionalismus. Die ebenfalls 1948 einsetzende administrative Trennung der beiden Teile Berlins machte die erste Abgrenzung zu einer generellen und definitiven; die zweite dagegen bedurfte wegen der zahlreichen engen Verbindungen Westdeutschlands mit West-Berlin gelegentlicher Erneuerungen und Bekräftigungen. Oft resignierten ehemalige Studenten der FU, die ihre alma mater noch aus der Gründerzeit kannten, und meinten fatalistisch, der Einzug der Korporationen in die FU werde sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen. Zwei Rückschläge hatte sie hinzunehmen: 1955 weigerte sich der CDU-Senator Tiburtius, die Universitätsordnung der FU in Kraft treten zu lassen, die die Zugehörigkeit zu schlagenden Verbindungen für unvereinbar mit den Prinzipien der Universität erklärte; 1958 verlor die FU in letzter Instanz den jahrelangen Prozeß, den ein zum Studium an ihr nicht zugelassener Korporierter im Auftrage seiner „Alten Her-

ren" beim Bundesverwaltungsgericht angestrengt hatte. Dies alles und die steigende Zahl westdeutscher Studenten in Berlin ließ die Befürchtung sich verdichten, daß nun nicht nur die individuelle Studienzulassung der korporierten Studenten, die in der Bundesrepublik schon wieder 40 % der männlichen Studentenschaft ausmachen, unvermeidlich war, sondern daß auch ihre schlagenden Verbindungen nun bald als „förderungswürdig" anerkannt und zugelassen werden müßten.

Die besondere Infra-Struktur der Freien Universität, in der die Studentenschaft als selbständiges Organ der Universität neben Rektor, Akademischem Senat und Fakultät mit dem Recht der Selbstverwaltung des eigenen Bereichs und der repräsentativen Mitverwaltung in Senat, Fakultäten und Ausschüssen verankert ist, würde durch einen solchen Vorgang ernstlich in Frage gestellt. Tatsächlich haben Studentenvertretungen und Senat bisher die Zulassung schlagender Verbindungen strikt abgelehnt. Am 30. Januar 1963 aber glückte den Korporationen der große Handstreich auf die FU: einer ihrer „Aktiven" wurde vom eben neukonstituierten Studentenparlament zum obersten Vertreter der Universitäts-Studentenschaft gewählt. Dieses tabu-brechende Novum löste zunächst fatalistisches Achselzucken aus: „Jetzt also ist es soweit." Aber nur wenig später lief es wie ein Entrüstungs- und Besinnungsbeben durch große Teile der Studentenschaft und der Öffentlichkeit; die Stunde der Bewährung war gekommen. Und jetzt erwies es sich als günstig, daß die Satzung (die Verfassung) der Studentenschaft genügend viele und gute demokratische Instrumente enthält. Der Ältestenrat konnte so die Studentenschaft zu einer Urabstimmung aufrufen, bei der der Beschluß des Studentenparlaments rückgängig gemacht werden konnte. Und so geschah es auch. Nach einem lebhaften Wahlkampf, dessen Echo in der westberliner Öffentlichkeit und Presse sogar den „gro-"en" Wahlkampf zwischen Brandt und Amrehn gelegentlich vergessen ließ, beteiligten sich 72 % aller FU-Studenten an dem Plebiszit, das die Wahl des Korporierten zum Studentenchef annulierte und das für sie verantwortliche Studentenparlament auflöste; beide Entscheidungen waren fast mit Zweidrittelmehrheit gefällt. Bezeichnend für die taktischen und politischen Positionen ist es, daß der der CDU nahestehende RCDS den Korporierten unterstützte. Die Überraschung über den Erfolg der FU-Studenten ist allerseits groß. Bei näherer Betrachtung ergibt sich folgende Erklärung: Viele Studenten, die aus Westdeutschland nach Berlin kommen, tun dies aus dem einfachen Grund, daß hier die Restauration des Korporations- und Altherrenwesens noch nicht so weit vorangekommen ist. Nur etwa 10 % der männlichen westberliner Studenten gehören schlagenden Verbindungen an. Insofern also ist die FU auch eine Art Zuflucht für bundesdeutsche Studenten geworden. Viele fühlen sich von den größeren demokratischen Rechten der Studenten im Hochschulbereich angezogen; tatsächlich stellen sie mehr als die Hälfte aller FU-Studentenvertreter. Die hochschulpolitischen Impulse, die von West-Berlin auf die Bundesrepublik ausgehen, sind entsprechend nachhaltig. Das Gutachten des offiziellen Studentenverbandes „Studenten und die neue Universität" wurde im vergangenen Jahr von einer Kommission erarbeitet, die zu mehr als einem Drittel aus West-Berliner Studentenvertretern zusammengesetzt war. Ihre Vorschläge, die eine demokratische Hochschulreform zum Ziele haben, sind seit der versandeten Reformdiskussion der Nachkriegsjahre die ersten konkreten und detaillierten, selbst von unserer offiziösen Presse ernstgenommenen Beiträge zur Überwindung der Krise des Hochschulwesens. Dabei geht es auch um das in den letzten drei Jahren vielumstrittene politische Mandat der Studenten, das die Vertreter der aristokratisch-exklusiven Hochschulverfassung alten Stils entweder direkt oder mit dem Hinweis ablehnen, daß die Hochschule selbst nicht demokratisch strukturiert sei und auch nicht zu sein hätte wie etwa der Staat. Bemerkenswert ist hier, daß von juristischer Seite aus die FU-Urabstimmung „aus rechtlichen Gründen" für unzulässig erklärt und verboten werden sollte. Der Akademische Senat aber stellte den Geist der Satzung über alle Spitzfindigkeiten. Die Studenten nahmen ihr politisches Mandat wahr und erbrachten ein unmißverständliches demokratisches Votum.

Natürlich darf dieser Erfolg der antirestaurativen Mehrheit der FU-Studentenschaft nicht überbewertet werden. Aber er hat der vorschnellen Resignation der Hochschulreformer ein Ende bereitet. Bedenklich ist noch, daß während des Wahlkampfes aus taktischen Gründen darauf verzichtet wurde, das Bündnis des CDU-nahen RCDS

mit den Korporationen in die Argumentation einzubeziehen. Offensichtlich fürchteten die Reformdemokraten, die Unterstützung der unpolitischen Studenten, die zum großen Teil Korporationsgegner sind, bei der Urabstimmung zu verlieren.

Es kann heute noch nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, welche Konsequenzen sich aus dieser erneut gelungenen Abgrenzung von den Hochschulverhältnissen der Bundesrepublik ergeben. So wichtig es für die studentische Generation ist, aus der lähmenden Verfilzung mit dem politisch und geistig stagnierenden Altherrentum herauszukommen, so unerläßlich bleibt es, eigene positive und konkrete Alternativen zu entwickeln und wirksam werden zu lassen. Aber die bereits vorhandenen Ansätze dazu berechtigen zu guter Hoffnung. Zwei Beispiele seien dafür genannt: Einige Passagen der Erklärung des Berliner Landesverbandes des VDS zur Berlinfrage und eine aus studentischen Kreisen West-Berlins hervorgegangene Publikation zur Korporationsfrage. In der VDS-Erklärung vom 12. 12. 62 heißt es u. a.: „Die Ursachen der Spaltung Deutschlands und Berlins liegen begründet in der expansiven Machtpolitik des Dritten Reiches und seiner Niederlage von 1945 ... Eine Beseitigung der Absperrung zwischen beiden Teilen Berlins (muß) angestrebt, nicht aber zur Voraussetzung allen politischen Handelns gemacht werden ... Deutschland wird (im Falle einer Lösung der deutschen Frage) dabei möglicherweise eine gewisse Einschränkung seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit in Kauf nehmen müssen ..." Solche Nüchternheit aus offizieller Verlautbarung der Studentenvertretung ist im Meer der öffentlich begünstigten Emotionen geradezu verheißungsvoll. — Ebenso nüchtern und kritisch, dabei sehr engagiert, wirkt die Kurzdarstellung von Geschichte und Soziologie der Korporationen in den letzten hundert Jahren, die vor kurzem auf dem Büchermarkt erschien. Sie ist wahrhaft eine geistige „Bewältigung der Vergangenheit" auf studentenpolitischem Gebiet (Lutz E. Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite, Hamburg 1963 [Rütten u. Loening]). Es ist gewiß ein gutes Omen, daß alle diese günstigen Anzeichen künftiger Entwicklung etwa gleichzeitig sichtbar werden. So können sie sich gegenseitig verstärken und dazu beitragen, das politische Mandat jedes Studenten und jedes Bürgers in Hochschule und Gesellschaft, in Gemeinde und Staat als effektives Votum für die Demokratie zu aktivieren.

k. e.

Am deutschen Wesen
soll die Welt genesen ...

„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen", so hoffen zuversichtlich noch immer die Herren, die den Sammelband „Was bleibt, Wesen, Wege und Werke der Deutschen" (Leopold Stocker Verlag, Graz und Stuttgart) zustande brachten. Hans Magnus Enzensberger nennt ihn mit Recht „die bislang umfassendste Bestandsaufnahme dessen, was vom Faschismus geblieben ist" („Spiegel" v. 3. Okt.). Der Kritiker der „Süddeutschen Zeitung", Herbert Singer, schätzt ihn nicht viel anders ein („Der letzte Volkssturm des 19. Jahrhunderts", SZ v. 13. 11.). Doch scheinen mir beide Kritiker die Gefahr zu unterschätzen. Sie sind über Österreich nicht gut genug informiert, um die Fäden zu sehen, die sich von dort aus spinnen. Abgesehen von einigen mehr oder minder achtbaren Mitarbeitern, die man zum Zwecke des Alibis herangezogen hat, machen sich in diesem Band ein paar Unentwegte breit, die auf dem besten Wege sind, bei uns — und auch in der Bundesrepublik — wieder Fuß zu fassen.

Graz, als „Stadt der Volkserhebung" von Hitler gepriesen, ist nicht zufällig Erscheinungsort. Man war dort seit eh und je auch verlegerisch auf völkische Art höchst rührig. Auch ist der Verlag keineswegs so unbekannt, wie man in der Bundesrepublik annimmt. Hitlers Trommler, Bruno Brehm, veröffentlichte dort; jetzt ist er bei dem klerikalen Styria Verlag, Sitz ebenfalls Graz. Ein literarisch in bestimmten Kreisen sehr bekannter Grazer (der nicht in diesem Band erscheint) ist Theodor Soucek, Verfasser einer trotz häufigen Protestes noch immer nicht aus dem Buchhandel gezogenen Schrift „Wir rufen Europa!". Darin wird Hitler als der größte Staatsmann des Jahrhunderts bezeichnet und die sechs Millionen vergaster Juden als „Erfindung". Der Autor war nach dem Kriege wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zum Tode verurteilt und wurde begnadigt.

Einer der Beiträge der Stocker-Publikation stammt von dem Germanisten Herbert Cysarz. Er hat als Hochschulprofessor in Wien, Prag und München seit den zwan-

ziger Jahren seine Begabung als Rattenfänger der Jugend unter Beweis gestellt und war ein Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Tschechoslowakei. Er verfügt noch heute über eine begeisterte und nicht unbeträchtliche Gefolgschaft, die längst wieder in Positionen sitzt. Diese bunte völkische Schar unterimmt alles, um dem verehrten Meister wieder in den Sattel zu helfen. In den diesjährigen „Wiener Junifestwochen" sollte Cysarz sogar die Gedenkrede für den Juden Schnitzler halten. Im letzten Augenblick konnte dieser makabre Scherz unter Hinweis auf die Vergangenheit dieses Mannes verhindert werden. Nicht verhindert werden konnte, daß er kurz danach als Redner bei den „Wiener Internationalen Hochschulwochen" auftrat. Er tummelt sich aber auch bei allerhand Veranstaltungen in der Bundesrepublik. So hat er erst im vergangenen Frühjahr auf der Hauptversammlung der „Gesellschaft für freie (!) Publizistik" einen Vorstoß unternommen. Das Thema seiner Rede war „Die Boykottbestrebungen im heutigen Geistesleben und ihre Abwehr". Einer seiner Jünger ist ein „Turnexperte" Jahn, der zu dem Sammelband einen Beitrag über „Die Leibesübungen bei den Deutschen" beisteuerte. Dieser Turnlehrer Jahn („Turnen" und „Deutsch" waren seit jeher eine beliebte Koppelung von Mittelschulfächern bei allen Völkischen) ist aber keineswegs nur Autor von Turnmanifesten. Er bestätigte sich auch als Herausgeber, beispielsweise als Herausgeber einer Festschrift für seinen Meister: „Grenzfall der Wissenschaft, Herbert Cysarz", Heimreiter Verlag, Frankfurt am Main, 1957. Dieser Verlag aber erscheint auf der Liste eindeutiger Verlage, wie sie Manfred Jenke in seinem Buch „Verschwörung von rechts?", Colloqium Verlag, Berlin, aufgestellt hat. So greift eins ins andere.

„Greisenfeldzug" meint der Kritiker der „Süddeutschen" und „die Jugend wird sich nicht zu dem Plunderladen drängen". Aber man sehe sich doch nur die Biographien der sehr jungen Sprengstofftattentäter an, die im abgelaufenen Jahr in Österreich unliebsam von sich reden machten. Viele von ihnen waren Mitglieder von Burschenschaften. Und der „Ring freiheitlicher Studenten (RFS) erlangte bei den Wiener Hochschulwahlen immerhin 28 Prozent der Stimmen. Im Schwurgerichtssaal trumpfe einer auf, „er werde alles tun, was in seinen Kräften stünde, um das österreichische Staatsgefüge zu vernichten". Das Echo einer Publikation nach der alten Melodie „am deutschen Wesen soll die Welt genesen" ist keineswegs so gering, wie sich das ein mit durchschnittlicher Vernunft Begabter nach zwei Weltkriegen vorstellt.

Ein Kritiker hob ganz richtig hervor, daß das Buch dort ansetzt, wo auch Hitler ansetzte, nämlich beim Antisemitismus österreichischer Prägung. Das Reservoir dieser Ressentiments, die schon Schönerer und Lueger in der alten Monarchie so gut auszunutzen verstanden, scheint unerschöpflich zu sein. Ob Österreich als „Bollwerk gegen Osten" benützt werden kann oder seine für die Welt so entscheidend wichtige Ausgleichs- und Brückenfunktion wird ausüben können, hängt unter anderem auch davon ab, ob wir dem Machtanspruch solcher Publikationen wirksam entgegentreten. Sie mit Stillschweigen zu übergehen, hat sich als wenig probates Mittel erwiesen. Aber auch der Hohn verführt oft nur dazu, den Gegner zu unterschätzen.

Elisabeth Freundlich, Wien

Der politische Humanist Jean Paul
(Zu seinem 200. Todestag)

Am 21. März 1963 jährt sich zum zweihundertsten Male der Geburtstag Jean Pauls, als Johann Paul Friedrich Richter am 21. März 1763 in Wunsiedel geboren. Seine Romane und Erzählungen, seine ästhetischen und pädagogischen Schriften werden, wenn auch nur noch selten gelesen, so doch immer wieder genannt. Der politische Schriftsteller Jean Paul aber, der demokratische Patriot und leidenschaftliche Weltbürger, ist in Deutschland nahezu unbekannt. Über ihn schrieb der bedeutende Literaturhistoriker Hermann Hettner (1821 bis 1882) in seiner „Geschichte der deutschen Literatur im achtzehnten Jahrhundert" (2. Band): „Noch tiefer als Goethe und Schiller erkannte Jean Paul als das Grundübel unserer Bildung, als die Schwäche unserer Dichtung, als die Wurzel der eigenen inneren Unfertigkeit und Zerrissenheit das schwere Mißverhältnis zwischen der Tiefe und Hochherzigkeit unserer Ideale und der Dumpfheit und Jämmerlichkeit unseres staatlichen und gesellschaftlichen Daseins." Der Humanismus war für Jean Paul unteilbar. Daran heute zu erinnern, durch einige Zitate aus seinen politischen Schriften, erscheint uns nicht unzeit-

gemäß: ist doch der Kampf um die innere Freiheit Deutschlands sowenig wie der um die Versöhnung der Völker — und um sie beide ging es Jean Paul vor allem — abgeschlossen. Zudem hatte Jean Paul politische Gesinnungen und Einsichten, die, in Deutschland am Anfange des 19. Jahrhunderts keineswegs selbstverständlich, von seiner eigenen Zeit ausgehend über diese hinausweisen, auf die weltgeschichtliche Epoche, in der wir selbst leben.

A. v. B.

Der wahre Mut

Es gibt eine höhere Tapferkeit, welche einmal, obwohl nicht lang, Sparta, Athen und Rom besaßen, die Tapferkeit des Friedens und der Freiheit, der Mut zu Hause. Wenn manches andere Volk, im Vaterland ein feig-duldender Knecht, außer demselben ein kühnfassender Held, dem Falken gleicht (nur weniger durch Schlaflosigkeit, wie er, als durch Einschläfern zahm geworden), welcher vom Falkenmeister so lange verkappt auf der Faust getragen wird, bis er, augenblicklicher Freier des Äthers in alle Wildheit losgelassen, kühn und klug einen neuen Vogel überwältigt und mit ihm auf die Sklaven-Erde niederstürzt: so führt das recht- und freimutige Volk zu Hause seinen Freiheits-Krieg, folglich den längsten und kühnsten, gegen jede Hand, die den Flug und Blick einschränkt; der einzige Krieg, der keinen Waffenstillstand haben soll.

Jeder Krieg ein Bürgerkrieg

So wenig geht bisher der Mensch noch den Menschen an; geheftet auf die Scholle, wie das Kerbtier auf das Blatt, sieht er — wie Büchernachdruck so Mord zwischen Völkern sittlich verzeihend — noch nicht, daß jeder Erdenkrieg ein Bürgerkrieg ist; und ein finsteres Meer gibt, wie physisch, so geistig, durch sein Bedecken dem um die Erde laufenden Gürtel-Gebirge den Schein zufälliger, auseinandergeworfener Inseln.

Das ungeheure All-Weh

Man löse doch in der Geschichte und Zeitung die so kurz und leicht hinschwindenden Laute: „Schlachtfeld, Belagerungs-Not, hundert Wagen Verwundete", welche durch ihr ewiges historisches Wiederkommen aus Gebilden zu Gemälden und dann zu Getöne geworden, einmal recht in ihre entsetzlichen Bestandteile auf, in die Schmerzen, die ein Wagen trägt und tiefer reißet, in einen Jammertag eines Verschmachtenden! Nicht nur die Geschichte, in welcher ganze Zeiten und Länder verbluten, sogar die gemeine Zeitung und Sprechart und die wissenschaftliche Ansicht der Kriegs- und Wundarznei-Anleitungen verwandeln Wunden in Worte, das ungeheure All-Weh in einen Buchstaben.

Die Selbstaufhebung des Krieges

Wir erbärmliche Menschen! Unsere Laster organisieren einander notwendiger (wie hier Mord den Mord) als unsere Tugenden einander! Hinter einer Brust- und Kopf-Wehr, wie die eines Kants ist, der den ewigen Frieden verfocht, den er jetzt selber genießt, darf man schon behaupten, daß die Menschheit bei dem letztern, wenn nicht der Gott der Liebe zugleich der Gott des Mordes sein soll, einmal ankommen muß. Der Krieg kommt endlich selber am Kriege um; seine Vervollkommnung wird seine Vernichtung, weil er sich seine Verstärkung abkürzt ... Es muß zuletzt nicht wie jetzt statt siebenjähriger siebentägige, sondern statt dreißigjährige dreißigstündige Kriege geben ... Und wer bürgt unter den unermeßlichen Entwicklungen der Chemie und Physik, daß nicht endlich eine Mordmaschine erfunden werde, welche wie eine Mine mit einem Schusse eine Schlacht liefert und schließt, so daß der Feind nur den zweiten tut und so gegen Abend der Feldzug abgetan ist? ... Das Gift zerfrißt sein Gefäß wie der Magensaft den speiseleeren Magen. Das Gute braucht zum Entstehen Zeit — das Böse braucht sie zum Vergehen. Eine ewige, nicht an der Zeit sich heilende Unmoralität wäre eine Organisation der Menschheit zur Unmenschheit ... Die stehenden Heere treiben einander zu gegenseitigen Vergrößerungen so weit hinaus, bis die Staatskörper unter der Strafe Gewehrtragens erliegen und gemeinschaftlich ihre schwere Rüstung ausziehen; statt der jetzigen bewaffneten Neutralität, d. h. des Friedens, tritt eine höhere im Sinne Heinrichs des Vierten ein.

Die Schicksals-Einheit der Welt

Die Zeit ist groß, wenn auch nicht ihre Menschen; unsere gleicht nicht den Zeiten, welche sonst an den Ländern bewegten, schufen und stürzten, sondern sie ist eine nie dagewesene, weil nicht Länder, sondern

drei Weltteile im Aufruhre der Umbildung und Gleichbildung arbeiten und der Ölbaum des Friedens seine Wurzeln in keinem Garten, sondern nur im ganzen Erdball schlagen kann. Die Kompaßnadel und die Feder, die Schiffe und die Druckerpressen haben die Einsamkeit der Völker aufgehoben, und alle stehen nun verknüpft auf einer Sturmleiter und einer Himmelsleiter.

Alle Entscheidungen werden jetzo schwieriger, eben weil sie ausgedehnter und wichtiger sind; denn nun, da die ganze Erde verbunden ist, wird über die ganze entschieden.

Indonesien und der Sozialismus

Mit der Unabhängigkeit junger Staaten in Asien und Afrika haben sich nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Strukturveränderungen in diesen Ländern vollzogen. Wie überall, so entwikkelt sich auch in Indonesien eine neue Wirtschafts- und Sozialform, die der neuen politischen Struktur des Landes angepaßt werden soll. Dem Wandel von der liberalen Demokratie zur sogenannten „gelenkten Demokratie", die 1958 vom indonesischen Staatspräsidenten Sukarno ins Leben gerufen wurde, folgte zwangsweise die Ablösung der liberalen Wirtschaft zur gelenkten Wirtschaft, einer Planwirtschaft, die auch unter der Bezeichnung „Sozialismus Indonesia" bekannt wurde. Es wäre aber falsch, wollte man hier Vergleiche mit den bekannten sozialistischen Ländern des Ostblocks ziehen, wenn es auch einige Parallelen dazu gibt. Vielmehr geht es hier um die Wiederentdeckung einer alten überlieferten Wirtschaftsweise, die im indonesischen Gemeinschaftsdenken ihren Ursprung hat. Andererseits ist der indonesische Sozialismus eine Folge der kolonialen Wirtschaft und des Mangels an Kapital.

Nicht zu Unrecht wird von indonesischen Wirtschaftsexperten immer wieder darauf verwiesen, daß die der Vergangenheit angehörende koloniale Wirtschaftsreform ihrer eingeborenen und überlieferten Wirtschaft stark widersprochen habe und eine Umstrukturierung der Wirtschaft deshalb notwendig sei. Mit kolonialer Wirtschaft ist nicht nur die übliche wirtschaftliche Ausbeutung von Land und Leuten gemeint, sondern auch die ihnen aufgezwungene Wirtschaftsform, die in Großbritannien bestand und eine Industrialisierung mißachtete. So blieb Indonesien, was es seit Jahrhunderten war: ein Agrarland mit einer völlig statischen Wirtschaft. Der Streit um West-Irian, der jahrelang das politische Leben des Landes bestimmte, hatte die wirtschaftliche Neugliederung, den Wiederaufbau des Landes und die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern gehemmt oder gar gelähmt. Dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes will der junge Staat jetzt seine Energien zuwenden. Daß er dabei eine Unzahl von Schwierigkeiten zu überwinden hat, ist nicht verwunderlich.

Wie sich die gelenkte Demokratie aus politischer Notwendigkeit und traditionellem nationalen Denken und Handeln in Indonesien entwickelt hat, so hat sich auch der Wandel von der liberalen zur gelenkten Wirtschaft als wirtschaftliches Erfordernis des Landes erwiesen. Als Indonesien ein unabhängiger Staat wurde, stand das Land mit seinen wenigen Wirtschaftsexperten finanziell vor einem Nichts. Das wirtschaftliche Leben wurde von einigen kleinen, aber mächtigen, meist ausländischen Gruppen beherrscht, die wenig oder gar nicht an das Gesamtwohl der verelendeten Bevölkerung und einen planmäßigen Aufbau des durch die Befreiungskriege ausgebluteten Landes dachten. Eine Aufgabe der liberalen Wirtschaft erwies sich daher bald als dringende Notwendigkeit, wollte man anarchistischen, chaotischen oder extremistischen Auswüchsen aus dem Wege gehen und das Land vor Elend und Zerfall retten. Ohne Zwischenstufe folgte der liberalen Wirtschaft die gelenkte Wirtschaft oder der „Sozialismus Indonesia".

Es ist auch hier eine Interpretationsfrage, was man unter Sozialismus versteht und wie die Praxis aussieht. Der Sozialismus in Indonesien hat sich aus dem im Lande stark ausgeprägten Gemeinschaftssinn, wie er in den Dörfern seit Generationen gepflegt wurde, entwickelt — im Gegensatz zu individuellem Streben und dem Wunsch nach persönlichem Erfolg. Sozialismus bedeutet in Indonesien auch nicht unbedingt Verstaatlichung, wenn auch die wichtigsten Produktionsstätten, die Energiequellen und die Versorgung in staatlichen Händen liegen oder unter staatlicher Kontrolle stehen. Andererseits will der Sozialismus in Indonesien keine Aufhebung des freien Spiels wirtschaftlicher Kräfte, da er die Privatinitiative durchaus nicht entbehren kann

und auf die Initiative des einzelnen sogar angewiesen ist. Die freie Wirtschaft ist nur durch Regierungsbestimmungen begrenzt, um Auswüchse zu vermeiden. Ein späterer Übergang zur liberalen Wirtschaft ist durchaus möglich, allerdings wird das nicht nur von der wirtschaftlichen, sondern mehr noch von der politischen und sozialen Entwicklung des Landes abhängig sein.

Ein weiterer Grund, warum Indonesien den Wandel von der liberalen zur Planwirtschaft vollzog, war der Mangel an Kapital. Wenn jemand in einem kapitalarmen Land Kapital beschaffen kann, dann nur der Staat, sei es durch Anleihen, Kredite oder Wirtschaftshilfe aus dem Ausland. Daß der Staat die Gelder dann auch unter Kontrolle behält und sie planmäßig einsetzt, versteht sich von selbst.

Schon lange bevor Indonesien die gelenkte Wirtschaft als Grundlage der nationalen Wirtschaft einführte, war das Genossenschaftswesen eine der Säulen, auf die das Land sich nach der Unabhängigkeit stützen konnte. Das Genossenschaftswesen wieder ins Leben gerufen und der Moderne angepaßt zu haben, ist das große Verdienst des früheren Vizepräsidenten Dr. Hatta, der sich noch heute tatkräftig für diese traditionsgebundene Wirtschaftsform einsetzt.

Nicht nur eine eigene jahrhundertealte Kultur, sondern auch eigene Wirtschafts- und Gesellschaftsformen entwickelt zu haben, ist der Stolz eines jeden Indonesiers. Wenn Gesellschafts- und Wirtschaftsformen auch von Insel zu Insel variieren, so haben sie doch viel Gemeinsames und sind in dieser spezifischen Form in keinem anderen Land zu finden. So ist die gegenseitige Hilfe ein Ideal indonesischen Lebens schlechthin und wird auch heute nicht nur in den Dörfern praktiziert. Das Genossenschaftswesen kommt dieser traditionellen Denk- und Handelsweise am nächsten, es hat seinen Ursprung in dem dörflichen Gemeinschaftsleben, das auf demokratischer Grundlage und auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe (Gotong rojong) aufgebaut ist.

Die Genossenschaften sind keine staatlichen, sondern freiwillige und kontinuierliche Organisationen mit dem Ziel, durch gemeinsame Arbeit bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Die Bildung der Genossenschaften geht auf die Kolonialzeit zurück. Nach der Unabhängigkeit wurden sie erweitert, verbessert und revidiert. Neben einheimischen Vorbildern standen auch die skandinavischen Länder Pate. Die Anpassung an bessere und moderne Wirtschaftsmethoden ist ohne das Genossenschaftswesen in Indonesien kaum denkbar, da gerade auf den Dörfern der einzelne Bauer finanziell viel zu schwach ist, um Verbesserungen einführen und sich technischer Hilfsmittel bedienen zu können.

Keines der Entwicklungsländer, zu denen auch Indonesien als ehemaliges Kolonialland zählt, kann und will auf eine eigene Industrie verzichten. Die Lebensbedürfnisse und auch Ansprüche, die der einzelne an das Leben zu stellen beginnt, sind bis in die Urwalddörfer hinein gestiegen, und der Wunsch, am technischen Fortschritt teilzunehmen, ist auch in die traditionsgebundensten Häuser gedrungen. Aber nicht allein damit erklärt sich die Notwendigkeit zur Industrialisierung. Ein reines Agrarland, wie es Indonesien bis heute ist, wird immer in starker Abhängigkeit von den Industrieländern bleiben, und das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit ist nach der politischen Unabhängigkeit ein nur zu leicht begreifbarer Wunsch der Indonesier. Die Angst, daß aus wirtschaftlicher Abhängigkeit die politische Freiheit bedroht wird, ist überall immens und glaubhaft. Die Erreichung und Erhaltung wirtschaftlicher Unabhänigkeit ist aber mit nicht weniger Opfern und Kraftanstrengungen verbunden als die politische Unabhängigkeit. An Konzepten und Plänen hat es auch nie gefehlt. Ein wirtschaftlich schwaches Land auf eigene Füße zu stellen, stößt aber auch dann auf große Schwierigkeiten, wenn es um ein von Natur so reiches Land geht wie Indonesien mit seinen vielen Bodenschätzen und seinem fruchtbaren Boden, der bis zu drei Ernten im Jahr hergibt.

Eine Industrialisierung hat natürlich auch gesellschaftliche Veränderungen zur Folge und bringt neue Lebensgewohnheiten mit sich. Die Voraussetzungen zur Industrialisierung sind in Indonesien insofern günstig, als das Land, wie gesagt, über reiche Bodenschätze verfügt und andererseits ein ausgeprägtes technisches Interesse und Verständnis besitzt. So beharrlich man auch am Alten festhält, so stark ist andererseits die Faszination für das moderne Leben mit seinen zivilisatorischen Errungenschaften.

Die Pläne zur Industrialisierung sind in dem 1961 bekanntgegebenen und zum Teil bereits in Angriff genommenen Achtjahresplan für den Wiederaufbau enthalten. Die Planungsexperten sind dabei von der Über-

legung ausgegangen, daß man sich zunächst auf die Herstellung von Bedarfsartikeln, die aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden, beschränken soll; also in erster Linie Zucker, Tee, Chinin und auf den Bau von Seifen- und Zigarettenfabriken. Auch die im Lande so reiche Kautschukproduktion soll in Gummifabriken für wichtige Bedarfsgüter Verwendung finden und den Grundstock für eine eigene Fahrradindustrie bilden. Ferner hat man daran gedacht, die vielen Heilkräuter in neu zu gründenden pharmazeutischen Fabriken zu verarbeiten.

Das sind natürlich nur einige Zweige einer Kleinindustrie. Die Ziele der Regierung gehen weiter; neben der einheimischen Industrie, die noch weitgehend auf handwerklicher Tradition beruht, sollen größere Industrien entwickelt werden. So will man auch die im Lande reichlich vorhandenen Erze, wie Eisen, Zinn, Bauxit, Kobalt, Gold, Silber und andere Metalle, im Lande selbst veredeln und später auch verarbeiten.

Der Aufbau einer eigenen Industrie ist aber an Unsummen von Kapital gebunden. Darum wird insbesondere die geplante Großindustrie nur von staatlichen Organen ausgeführt werden können. Dagegen werden sich in Kleinindustrien durchaus auch Privatunternehmen kräftig beteiligen. Eine weitere Grundvoraussetzung für die Industrialisierung eines Landes sind Fachkräfte wie Techniker, Ingenieure, Facharbeiter usw. Außerdem bewirkt eine Industrialisierung Strukturveränderungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die nicht von heute auf morgen vor sich gehen können. Der Gefahr, einfach Wirtschaftsformen, die sich in Generationen und unter harten sozialen Kämpfen in westlichen Ländern entwickelt haben, zu kopieren, wollen die Indonesier weitgehend entgehen. Der Faktor Zeit, der sonst in asiatischen Ländern keine so dominierende Rolle wie in westlichen Ländern zu spielen scheint, ist hier von entscheidender Bedeutung. Regierung und Volk wollen nicht länger abseits stehen, dafür verläuft die moderne Entwicklung zu rasch, die Lücken könnten sich eines Tages als unüberwindbar erweisen. Deshalb verweisen indonesische Wirtschaftsexperten, wenn es um die Entwicklungshilfe geht, immer wieder darauf, daß der Aufbau des Landes und die Industrialisierung sich rasch zu vollziehen haben, damit der Unterschied zwischen den „reichen" und den „armen" Ländern nicht immer größer wird —, und die Diskrepanz ist heute schon unvorstellbar groß.

Eine Schwierigkeit, mit der westliche Industrieländer zum Teil zu kämpfen haben, ist hier unbekannt und wird es vorläufig auch bleiben: die Frage des Arbeitsmarktes. Es gibt ausreichend Arbeitskräfte, und um möglichst vielen Menschen Arbeit und Brot zu geben, sind manche Rationalisierungsmethoden nicht nur überflüssig, sondern würden sich auch verhängnisvoll auswirken. Der Arbeitsmarkt ist für Indonesien nur insofern ein Problem, als dem überbevölkerten Java wenig oder gar unterbewohnte Gebiete gegenüberstehen.

Ingelore Winter

Bemerkungen:

Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth ist ordentlicher Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg/Lahn. 1906 in Wuppertal-Elberfeld geboren, Studium in Frankfurt/Main, Tübingen, Münster und Bern. Bis zur Entlassung 1933 Gerichtsreferendar, 1937 wegen Hochverrats zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Verbüßung Strafbataillon 999, 1946 Regierungsrat im Brandenburgischen Justizministerium, 1947 Oberjustizrat bei der Deutschen Justizverwaltung für die sowjetische Besatzungszone, Dozent an der Universität Halle, Professuren an den Universitäten Halle, Leipzig und Jena. 1949 Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft, Wilhelmshaven. Bis zu seinem Ausschluß 1961 Mitglied der SPD. Buchveröffentlichungen: Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate, 1936 (beschlagnahmt); Die Deutschen Gewerkschaften, 1954; Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, 1955.

Enrico Marussig, 1922 in Kairo geboren, hat in Alexandrien, Mailand und Neapel studiert. Er ist seit 1948 Redakteur der großen italienischen Wochenzeitung L'Espresso, für die er seit 1961 neben Alberto Moravia als zweiter Filmkritiker arbeitet.

Tomas Torsvik ist außenpolitischer Redakteur der norwegischen Zeitung Bergens Tidende und gleichzeitig Kommentator des norwegischen Rundfunks.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Eine amerikanische Studie zum Atombunker-Problem

Die Pläne der Bundesregierung für den Bau von Schutzräumen in der Bundesrepublik (vgl. Heft 2/63, Seite 168), machen eine öffentliche Diskussion des Fragenkomplexes „Luftschutz im Atomzeitalter" in der Bundesrepublik notwendiger denn je. In den USA werden diese Probleme schon seit längerer Zeit sehr freimütig diskutiert. So hat ein Team von neun namhaften Fachgelehrten, unter ihnen sieben Professoren der Columbia University, New York, im Februar 1962 eine Studie über die verschiedenen Aspekte eines amerikanischen Atombunker-Programms vorgelegt, aus der wir nachstehend einige besonders aufschlußreiche Abschnitte in deutscher Übersetzung veröffentlichen. (Ein nationales Atombunker-Programm. Seine Durchführbarkeit und seine Kosten. Ein Bericht einer Gruppe unabhängiger Spezialisten. New York City Februar 1962.) Wenn dieser Forschungsbericht auch bereits vor Jahresfrist erschienen ist, so haben die in ihm niedergelegten Untersuchungsergebnisse heute eine unverminderte Aktualität. Wir hoffen, daß unsere Übersetzung wichtiger Teil dieser Studie dazu beitragen kann, eine sachkundige, verantwortungsbewußte Erörterung des Problems auch in der Bundesrepublik zu fördern. — Es sei an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. Emil J. Gumbel von der Columbia University gedankt, der uns den Originaltext der Expertise zur Verfügung gestellt hat.

D. Red.

Um dem deutschen Leser einen Eindruck von der Vielseitigkeit und Detailliertheit des Berichtes zu geben, nennen wir zunächst die Titel sämtlicher Beiträge:

1. Kosten luftdrucksicherer Bauten; 2. Eine neue Betrachtung der Wärme-Bedingungen in Luftschutzbunkern; 3. Luftzufuhr für Bunker; 4. Kosten eines nationalen Bunker-Programms — in Dollars; 5. Wasserversorgung in der Nachangriffsperiode; 6. Somatische Auswirkungen der Strahlung; 7. Schäden, die die menschliche Gattung schwächen; 8. Unser industrielles System unter einem Nuklear-Angriff; 9. Die Gefahren der Bunker-Psychologie.

Ein Abdruck des gesamten Textes würde den Rahmen der „BLÄTTER" erheblich sprengen, so daß wir uns auf Auszüge aus den für den deutschen Leser interessantesten Beiträgen beschränken müssen.

John E. Ullman, Professor and Chairman, Department of Management, Marketing, and Business Statistics, Hofstra College, Hempstead, New York:

Kosten eines nationalen Bunker-Programms in Dollars

... Die Gesamtbeträge und ihre Konsequenzen:

Es wird geschätzt, daß die Bunker ungefähr 50 500 Dollar für 20 Personen und 1 063 400 Dollar für 500 Personen kosten würden, oder von 2125 Dollar bis 2525 pro Person. Wendet man diese Zahlen auf die voraussichtlich für den Luftschutz in Frage kommende Bevölkerung von 120 Millionen an, so würden wir Kosten haben in Höhe von 254 bis 302 Milliarden Dollar. Das entspräche etwa unserer augenblicklichen Staatsschuld und einem Drittel des Gesamtwertes aller heute in den USA bestehenden Baulichkeiten. Es würde etwa das 5- bis 6fache des jährlichen Gesamtvolumens unseres Bauwesens ausmachen. Es ist das 5- bis 6fache der jährlichen Gesamtsumme der privaten Einkommensteuern und steht etwa im gleichen Verhältnis zu unseren laufenden Verteidigungsausgaben. Es kommt etwa unserem gesamten privaten Jahreseinkommen gleich.

Unsere Staatsschuld wuchs zwischen 1940 und 1947 um 243 Milliarden Dollar. In dieser Zeit ging der Wert des Dollars um die Hälfte zurück. Ein Bunker-Programm wie dieses müßte, um militärischen Wert zu haben, in etwa 2 Jahren durchgeführt werden. Eine

solche Belastung, verbunden mit den Beschränkungen unserer industriellen Kapazität in verschiedenen potentiellen Zufuhr-Industrien, würde von uns verlangen, uns Kontrollen über unser Eigentum, unsere Arbeitskraft und unser tägliches Leben in einem bisher in keiner einzigen menschlichen Gesellschaft üblichen, am wenigsten in den Vereinigten Staaten denkbar gewesenen Maße zu unterwerfen. Es würde das Ende jeder anderen Bautätigkeit bedeuten — der Errichtung von Schulen, Krankenhäusern, Wohnhäusern, Fabriken, Maschinen und Rüstungsgütern! ... Eine entsprechende Anstrengung zur Sicherung industrieller Reserven, Verbindungs- und Nachrichtenmittel etc. würde diese Beträge mindestens verdoppeln. Gleichzeitig würde der internationale Wert des Dollars jäh sinken und dadurch die finanzielle Stabilität des gesamten Westens beeinträchtigt. Jeder, der die Freiheiten, die wir haben, schätzt, der in unseren vielfältigen und vielseitigen industriellen Einrichtungen eine Hauptquelle unserer Stärke sieht und der sich der guten Dinge, die unser Land zu bieten hat, erfreut, kann über diese Möglichkeit nur erschreckt sein.

Henry T. Yorst jr., Associate Professor of Biology, Amherst College

Somatische Auswirkungen der Strahlung

... Zu glauben, wir könnten einigen Auswirkungen der Strahlung entgehen, ist eine große Täuschung. Wir sind in einer Lage ähnlich der von Verkehrsplanern, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung festlegen. Eine Grenze von 60 km/Stunde bedeutet nicht, daß niemand bei dieser Geschwindigkeit tödlich oder schwer verletzt wird. Es bedeutet, daß wir bereit sind, ein gewisses Maß von Schäden hinzunehmen, von denen wir wissen, daß sie eintreten werden, wenn diese Grenze nicht überschritten wird.

Die Strahlengrenzwerte, die wir für menschliche Wesen ermittelt haben, sind eine solche „Geschwindigkeitsgrenze". Wir sind uns einig darüber, daß kein Mensch, solange er fortpflanzungsfähig ist (ungefähr 40 Jahre), mehr als 10 r erhalten soll. Wir sagen, daß diese Dosis „ungefährlich" ist, weil wir keinen leichten Weg im Augenblick sehen können, sie zu vermindern, und weil wir wissen, daß in der Vergangenheit Bevölkerungsgruppen bereit gewesen sind, ihren Preis für eine solche Strahlungsmenge zu zahlen. Es ist eine tragbare Dosis; eine Dosis, welche zu den gesundheitlichen Schwächen des heutigen Menschen und den erblichen Mißbildungen der Zukunft beiträgt.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit auf die Aussichten eines Atomkrieges, so lassen wir die Grenzen „ungefährlicher" Dosen völlig hinter uns. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Durchschnittsdosis, der die in Atombunkern überlebenden Bewohner der Ostküste der USA ausgesetzt wären, unter 200 r liegen würde. Das Gutachten der Rand Corporation über Strahlungsschutz spricht sogar von 200 r als der für die ganze Nation zu erwartenden durchschnittlichen Strahlenmenge. Für den Fall eines 10 000-Megatonnen-Angriffs erscheint diese Schätzung konservativ. Es liegt auf der Hand, daß es Fälle geben wird, wo die Strahlungsmengen sehr viel niedriger sein werden. Es ist ebenfalls klar, daß noch wirksamere Bunker gebaut werden könnten, wenn die Mittel dazu zur Verfügung ständen und der Feind entgegenkommend genug sein würde, seinen Angriff auf ein im voraus abschätzbares Maß zu beschränken. Aber die 200-r-Grenze wird so häufig zitiert und ist so in Übereinstimmung mit den heute verfügbaren Schätzungen über Strahlungsdosen nach einem atomaren Angriff, daß es realistisch ist, bei unserer Diskussion der Auswirkungen der Strahlung von diesem Wert auszugehen.

Die unmittelbaren Auswirkungen der Strahlung werden in einem hohen Maße abhängen von der Zeit, innerhalb der die Dosen aufgenommen werden. Wenn die Überlebenden im Laufe des ersten Monats nach dem Angriff einer Strahlungsmenge von 200 r ausgesetzt wären, würden die Auswirkungen ganz ähnlich denen sein, die eintreten würden, wenn sie der gesamten Strahlungsmenge auf einmal ausgesetzt wären. Übelkeit und Haarausfall wären weit verbreitet. Überhaupt ist das Ausfallen des Haares eines der deutlichsten Anzeichen für Strahlungs-Einfluß. Wenn das Haar nachwächst, so wird sich in der Regel ein der Strahlung ausgesetzt gewesener Mensch von den meisten der unmittelbaren Auswirkungen erholen. Wächst das Haar nicht nach, so ist das ein Anzeichen ernster Schäden.

Eine Dosis von 10 r, aufgenommen in einer relativ kurzen Periode (einige Wochen), würde ihren Ausdruck finden in einem Rückgang der Zahl der weißen Blutkörperchen und in einem leichten Nachlassen der Produktion von Antikörpern (den Molekülen, die

zur Abwehr von Infektionen erzeugt werden), bei einer Dosis von 100 r wäre die Strahllungsübelkeit bereits stark ausgeprägt, obwohl in 90—95 % aller Fälle eine Heilung erwartet werden könnte. Bei einer Strahlungsmenge von 200 r würden etwa 15 % der Bevölkerung infolge einer Veränderung der blutbildenden Elemente und allgemeiner Strahlungs-Übelkeit sterben.

Eine weitere Auswirkung, die man nicht übersehen darf, und die sich im 100—200-r-Bereich einstellen würde, läge in einer verminderten Widerstandskraft gegen Infektionen ... Die Folge davon wäre ein häufigeres Auftreten von ansteckenden Krankheiten unter der überlebenden Bevölkerung ... So wären also Sekundärkrankheiten ein Problem für die Bewohner der Bunker, sowohl im Bunker selbst wie auch nach dem Verlassen desselben.

Die langfristigen Auswirkungen der Strahlungs-Ausgesetztheit sind sogar noch ernster. Durch einen noch nicht völlig aufgeklärten Mechanismus werden die Wirkungen der Strahlung im Körper in einem Maße aufgespeichert, welches zu einer Verkürzung der Lebenszeit des Individuums führt. Diese Lebenszeitverkürzung kann in der Regel so geschätzt werden, daß 1 r die Lebenserwartung um 5—10 Tage verkürzt. Eine Strahlungsmenge von 200 r würde also die Lebensspanne durchschnittlich um 1000 bis 2000 Tage verkürzen.

Außerdem wäre zu erwarten, daß Krebsleiden aller Art zunehmen würden. Die ersten Berichte des Forschungsausschusses für Tumor-Statistiken aus Hiroshima deuten darauf hin, daß die Dosis, die notwendig ist, um die Zahl der Krebsfälle zu verdoppeln, bei 400 r liegt. Wir müssen deshalb damit rechnen, daß bei den Überlebenden in den Luftschutzbunkern die Zahl der Krebsfälle aller Art um 25 bis 50 % zunimmt.

... Während es unzweifelhaft eine Schwelle für das Zunehmen der meisten Arten von Krebs gibt, weist alles darauf hin, daß es in bezug auf die Leukämie eine solche nicht gibt, d. h. jede Strahlungsdosis wird die Zahl dieser Krankheitsfälle erhöhen. Darüber hinaus scheint die Dosis, die zu einer Verdoppelung der Leukämiefälle führt, niedriger zu sein als für alle Arten von Krebs zusammen. Wir müssen deshalb damit rechnen, daß das Auftreten von Leukämie unter den Überlebenden sehr stark zunehmen wird.

Sterilität ist eine weitere wichtige Auswirkung der Strahlung. Frauen sind in dieser Hinsicht anfälliger als Männer. Eine Dosis von 200 r wird bei Männern zu vorübergehender Sterilität führen, die langsamer heilbar wäre. (Doch ist diese Gesundung häufig nicht vollständig und wir müssen eine Minderung der Fruchtbarkeit erwarten.) Andererseits weisen neuere Untersuchungen darauf hin, daß bei Frauen die Sterilität nicht behebbar ist ... Bei einer Dosis von 200 r ist nach konservativen Schätzungen mit einer Unfruchtbarkeit von 25 bis 50 % der überlebenden Frauen zu rechnen.

... Bei schwangeren Frauen besteht eine verhältnismäßig hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß ihre Kinder tot oder entstellt geboren werden ... Die Dosis, bei der die gesamte Bevölkerung umkommen würde, ist 1000 r (etwa die Hälfte der Bevölkerung würde sterben bei 450 r). Mit dieser Dosis ist für die Bevölkerung in den Bunkern kaum zu rechnen. Die Menschen außerhalb des Bunkers, Tiere und Pflanzen würden jedoch einer noch weit größeren Strahlung ausgesetzt sein. So können wir darauf verzichten, in ihrem Falle auf weitere körperliche Auswirkungen der Strahlung einzugehen. Sie würden tot sein. Die Konsequenzen daraus für die Überlebenden liegen auf der Hand. Kiefern gehen bei einer Dosis von 5000 r zugrunde; alle Säugetiere und Vögel sterben bei 1000 r ...

So ernst diese Auswirkungen sind, es ist klar, daß die körperlichen Auswirkungen der Strahlung unter allen Konsequenzen eines atomaren Krieges immer noch die sind, mit denen man am ehesten fertig werden könnte. Das ist nicht überraschend, da ja die Atombunker gerade im Hinblick auf dieses Problem geplant sind. Unglücklicherweise ist dieser Aspekt gerade die am wenigsten wichtige Auswirkung atomarer Kriegführung. Die Wirkungen von Luftdruck und Brand sowie die genetischen Wirkungen sind weit wichtiger. Was der Bunker günstigenfalls tun kann, das ist: einem gewissen Prozentsatz der Bevölkerung außerhalb des Luftdruck- und Brandbereichs das Leben retten. Er kann nicht die verwüsteten Gebiete wieder aufbauen, die Lebewesen und Pflanzen für die Nahrungsmittelproduktion wieder lebendig machen oder die Erde von der Radioaktivität befreien. Es ist wichtig, einzusehen, daß die Beschäftigung mit den somatischen Auswirkungen der Strahlung die meisten Menschen davon abgehalten hat, sich mit den wirklich entscheidenden Problemen zu beschäftigen.

Es ist Zeit, den kostspieligen und im großen und ganzen fruchtlosen Versuch aufzugeben, eines der am wenigsten dringlichen Probleme eines atomaren Angriffs zu lösen.

Theodosius Dobzhansky, Professor of Zoology, Columbia University

Schäden, die die menschliche Gattung schwächen

... Schadhaftes Erbgut entsteht durch Veränderungen — Mutationen — in den Stoffen, die in den Geschlechtszellen von Generation zu Generation weitergegeben werden, von Eltern an ihre Kinder. Natürlich hat es Mutationen wie bei allen anderen lebenden Arten immer gegeben.

Aber Strahlungsschäden können das stark vermehren, was als normales Maß an Mutationen angesehen werden kann, und so die Bürde krankhaften Erbgutes vergrößern. Solche in unserer Zeit entstehenden Schäden werden sich viele Generationen lang für unsere Nachkommen schädlich auswirken.

Was genetische Strahlungsschäden angeht, so gibt es keine ungefährlichen oder zulässigen Strahlungsmengen. Wie klein auch immer die Strahlungsdosis sein mag, immer kann sie ein entsprechendes Maß an Mutationen hervorrufen.

Wenn viele Menschen auf der Welt einer genetisch schädlichen Strahlung ausgesetzt werden, so besteht auch für diejenigen, die nicht der Strahlung ausgesetzt waren, wenig Hoffnung auf eine von Erbschäden unbelastete Nachkommenschaft. Der Grund dafür ist, daß schädliche Varianten bei denjenigen unter ihren Nachkommen auftreten können, deren Vorfahren aus einer anderen Linie der Strahlung ausgesetzt gewesen sind.

Das sollte uns klar machen, daß genetische Strahlungsschäden nicht eine Privatangelegenheit dieser oder jener Person oder Familie sind.

Sie sind eine Sorge der ganzen Menschheit.

Warum sind genetische Strahlungsschäden eine so ernste Angelegenheit? Schließlich hat es doch krankhaftes Erbgut immer gegeben. Es entsteht durch Mutation und bisher ist noch nicht bekannt, daß bei solchen Mutationen Strahlungseinwirkungen eine Rolle gespielt haben. Strahlungsschäden erhöhen die Zahl der bereits vorhandenen Erbschäden. Wenn die Schäden gering sind, so wird auch die Zunahme gering sein.

Aber wird sie nebensächlich sein? Das hängt ab von unseren ethischen Maßstäben. Kann man ein Menschenleben, das durch eine Erbkrankheit zerstört oder unglücklich gemacht wird, als „nebensächlich" betrachten? Wieviele Menschenleben sollten geopfert werden? Ist es richtig, noch mehr Menschen leiden zu lassen, weil einige Menschen ohnehin leiden werden?

Die biologische Wissenschaft und vor allem die Erblehre hat noch viel zu lernen über genetische Strahlungsschäden. Wie fast überall auf den sich schnell weiterentwickelnden Gebieten der Naturwissenschaft gibt es auch in der Genetik noch vieles, was Gegenstand von Diskussionen ist, und es gibt sogar Meinungsverschiedenheiten zwischen den Genetikern über einige Dinge. Aber in einem Punkt herrscht praktisch völlige Einhelligkeit unter den Zuständigen: Daß durch intensive Strahlung Erbschäden entstehen.

Diese Schäden, ob groß oder klein, sind nicht wünschbar.

Seymour Melman, Associate Professor of Industrial and Management Engineering, Columbia University:

Unser industrielles System unter einem Nuklear-Angriff

Ein Nuklear-Angriff von mäßigem Ausmaß könnte, allein durch den Feuereffekt, mehr als zwei Drittel der industriellen Anlagen der Vereinigten Staaten zerstören ...

Indem wir uns die weitreichende Interdependenz unseres Wirtschaftssystems fest vor Augen halten, wollen wir nun überlegen, was bei einem hypothetischen Kernwaffenangriff geschehen würde.

Für den Zweck dieser Analyse nehmen wir einen Angriff auf 65 größere Großstadt-Industriezentren durch je einen 20-Megatonnen-Sprengkopf an. Es sei erwähnt, daß drei Sprengköpfe von je einer Megatonne einen noch größeren Hitze-Effekt haben würden als ein einzelner 20-Megatonnen-Sprengkopf. Ferner sei bemerkt, daß die bei diesem hypothetischen Angriff zum Einsatz gelangende Megatonnen-Menge (1300) etwas unter dem

Wert liegt, von dem beim Zusammentreten des „Joint Committee on Atomic Energy" im Juni 1959 gesagt wurde, daß er „durchaus im Rahmen der Möglichkeiten eines potentiellen Aggressors" liege.

Die vorliegende Analyse ist bewußt konservativ gehalten und berücksichtigt nur die Brandwirkung eines solchen Angriffs, läßt die Auswirkungen von Luftdruck, Strahlung und radioaktivem Niederschlag außer Betracht.

Jeder 20-Megatonnen-Sprengkopf hat eine Brandwirkung von etwa 40 Kilometer (25 Meilen) um das Aufschlagzentrum. Diese Entfernung liegt innerhalb der äußeren Grenze des Gebietes für Verbrennungen dritten Grades bei Menschen nach 20-Megatonnen-Explosionen, wie sie von der Atomenergie-Kommission ermittelt wurde. Da bei einer Verbrennung dritten Grades die Haut in ihrer ganzen Dicke verkohlt, kann man annehmen, daß die Hitze ausreichen würde, viele entzündliche Stoffe innerhalb des angenommenen 40-km-Umkreises in Brand zu setzen. Folglich würde es sehr bald nach einem solchen Angriff zu einer großen Zahl von Bränden kommen.

Ausgedehnte Brände, die sich innerhalb eines großen Gebietes konzentrieren, rufen einen Feuersturm hervor. Ein „Feuersturm" ist ein hochintensives Feuer, bei dem ein schneller Sauerstoffverzehr und dichte Säulen aufsteigender Gase entstehen. Da an der Oberfläche teilweise keine Luft mehr vorhanden ist, entstehen Winde, die mit großer Gewalt aus dem angrenzenden Gebiet kommen und dadurch den Feuersturm intensivieren, bis alle brennbaren Stoffe verzehrt sind. Bei den Brandbombenangriffen auf Hamburg und Tokio kam es ebenfalls zu solchen Feuerstürmen.

Bei diesen Feuerstürmen wurden die Luftschutzkeller in diesen Städten zu Behältern, in welchen die Menschen erstickten oder verkohlten. Die Zahl der Todesopfer während der Feuersturm-Bombenangriffe auf größere deutsche und japanische Städte war genau so hoch oder sogar noch höher als die Zahl der Menschen, die bei den Atombombenangriffen auf Hiroshima und Nagasaki ums Leben kamen. Luftaufnahmen solcher Feuerstürme zeigen, wie ganze Städte in Flammen aufgehen.

Fünfundsechzig Sprengköpfe von je 20 Megatonnen (oder dreimal so viele Sprengköpfe von je einer Megatonne) könnten auf verschiedenerlei Weise gegen amerikanische Großstadt-Industriezentren zum Einsatz gebracht werden, u. a. auf Wegen, die nicht nur denkbar primitiv sind, sondern auch wenig Zeit zur Warnung bieten.

Sowjetische Unterseeboote könnten vor der amerikanischen Küste auftauchen und primitive Raketenbomben ähnlich den deutschen V-1-Waffen im zweiten Weltkrieg abschießen. Diese Raketen, aus einer Entfernung von etwa 80 km vor der Küste abgeschossen, könnten in niedriger Höhe fliegen, um dem Radar auszuweichen. Die Unterseeboote könnten wahrscheinlich mehrere solcher Waffen abschießen, bevor ein Eingreifen durch Abwehrflugzeuge und -schiffe möglich wäre.

Raketenbomben dieser Art könnten auch von Frachtschiffen oder sogar noch kleineren Schiffen aus abgeschossen werden. Andererseits könnten Frachtschiffe oder Kriegsschiffe vor der Küste auch Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 1500 bis 2500 km auf Ziele innerhalb der Vereinigten Staaten abschießen. Angesichts von Raketen mit einer solchen kurzen Flugzeit bliebe nicht viel Zeit zur Warnung, selbst wenn sie unverzüglich entdeckt würden.

Sprengköpfe könnten auch durch Flugzeuge befördert werden, die aus dem Zielgebiet nicht zurückkehren. Diese könnten die amerikanische Küste von den Ozeanen oder von der Südseite her in geringer Höhe anfliegen.

Diese Aufzählung, die alles andere als erschöpfend ist, schließt noch nicht die interkontinentalen Raketen der größten Klasse mit ein. Bei dieser Analyse gehe ich von der Annahme aus, daß ein entschlossener Aggressor jedes Zielgebiet auf mehrfache Weise angreifen könnte, wobei er mit großer Wahrscheinlichkeit alle bekannten Verteidigungssysteme durchbrechen würde ...

Diese fünfundsechzig Großstadtzonen entsprechen den „Standard Metropolitan Statistical Areas", eine offizielle Bezeichnung, die vom Bevölkerungszensus und vom amerikanischen Industriezensus verwendet wird. Aus dem „Statistical Abstract of the United States" für 1960 (Seite 790) geht hervor, daß in diesen 65 Großstadtgebieten zwei Drittel der Gesamtindustrie und ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes konzentriert sind

Die unmittelbaren Auswirkungen einer weitläufigen Zerstörung dieser Industriezentren allein schon durch den Feuersturm würden die Zerstörung des Landes als industrielles System bedeuten. Eine solche Zerstörung zerreißt auch das ganz Netz der innerhalb der Industrie bestehenden Querverbindungen. Deshalb wird die Produktionskapazität noch sehr viel mehr beeinträchtigt, als die direkten Auswirkungen erkennen lassen.

Wenn in einzelnen Gebieten die Energie-, Nachrichten- und Transport-Zentren zerstört werden, so wird das ganze Gefüge der industriellen Arbeitsteilung der Gesellschaft auseinandergerissen.

Nach einem solchen Kernwaffenangriff müßten die in den Gebieten zwischen den Großstadtzentren am Leben gebliebenen Menschen sofort mit primitiven Mitteln für ihre Nahrung, Kleidung und Unterkunft sorgen, wobei sie sich fast ausschließlich mit manuellen Arbeitsmethoden behelfen müßten.

Menschen, die nicht auf diese Weise ihre elementaren Lebensbedürfnisse zu befriedigen imstande wären, könnten nicht überleben.

Die für den normalen Betrieb industrieller Einrichtungen notwendigen Brennstoffe, Transportmittel, Nachrichten- und Verkehrsverbindungen wären nicht mehr vorhanden. Landwirtschaftliche Traktoren werden unter solchen Umständen durch das Nichtvorhandensein von Treibstoff zu nutzlosen Metallmonumenten. Fabriken und Werkstätten könnten nur insoweit produzieren, als unabhängige Kraftwerke sowie Brennstoff und Rohstoffe vorhanden sind.

Der Wiederaufbau der Industrie, auch nach Katastrophen wie dem Zweiten Weltkrieg, vollzog sich unter Bedingungen, die eine Hilfe von außen möglich machten. In einem Weltkrieg zwischen Osten und Westen würden alle bedeutenden Industriezentren der Welt zerstört.

Hilfe müßte, wenn überhaupt, aus Gebieten außerhalb des nordamerikanischen und europäischen Kontinents kommen. Der heutige Stand der industriellen Entwicklung auf der südlichen Halbkugel deutet kaum darauf hin, daß von hier aus nennenswerte Überschüsse an Brennstoffen, energiebetriebenen Maschinen, Medikamenten und Verbrauchsgütern zur Rettung der Überlebenden auf der nördlichen Halbkugel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Würden die Sowjets versuchen, die amerikanische Industrie zu zerstören?

Es gibt die These, daß ein „rational handelnder" Aggressor versuchen würde, lediglich direkte militärische Ziele zu zerstören, d. h. die Raketen- und Flugzeugstützpunkte.

Dies setzt voraus, daß ein Angreifer bereit wäre, ein industrielles System unversehrt zu lassen, daß nach einiger Zeit von der empörten Bevölkerung benutzt werden könnte, um verzweifelte Vergeltungsmaßnahmen gegen einen Gegner zu ergreifen, der die erste Runde dadurch für sich buchen konnte, daß er lediglich Waffen einsatzunfähig machte.

Die moderne Industrie ist die notwendige Grundlage für eine atomare Kriegführung mit komplizierten Einsatzsystemen und einem Nachschub-, Transport- und Verpflegungswesen für Massenarmeen.

Auf Grund dieser Analyse halte ich es für unvernünftig anzunehmen, daß sich eine industrielle „Erholung", wie es genannt wird, innerhalb eines Zeitraumes vollziehen könnte, der eine sinnvolle Wiederherstellung des industriellen Lebens zuläßt.

Die Annahme einer nutzbaren „Wiederaufbausituation" ist jedoch eine der Grundvoraussetzungen der Luftschutzprogramme.

Solange die amerikanische Industrie auf der Grundlage einer bis ins Kleinste gehenden Arbeitsteilung funktioniert, würde allein die Brennwirkung eines kleineren Kernwaffenangriffs ausreichen, um unsere Gesellschaft als ein bedeutendes Produktionszentrum der Welt lebensunfähig zu machen.

Otto Klineberg, Chairman, Department of Sozial Psychology, Columbia University

Gefahren der Bunker-Psychologie

Für den einzelnen sind Atom-Bunker gefährlich, weil sie unsere höchsten Werte einzuschränken drohen. Für die Nation sind Atombunker gefährlich, weil sie unseren Willen

mindern, eine friedliche Lösung der internationalen Probleme zu finden und weil sie unsere Gegner glauben machen könnten, wir erwarteten — und bereiteten deshalb auch vor — den Krieg.

Sich wochenlang und noch länger unter der Erde zu verkriechen, bedeutet für menschliche Wesen eine Leugnung all der Werte, die in dem Prozeß der Schaffung einer demokratischen Gesellschaftsordnung langsam und mühevoll errungen worden sind. An Stelle von Gemeinschaft gibt es eine Aufsplitterung in isolierte Individuen oder winzige Gruppen, anstelle von Kooperation gibt es heftigen Kampf um den zur Verfügung stehenden Raum. Anstelle von gegenseitiger Hilfe gibt es einen selbstsüchtigen Kampf für das persönliche Überleben.

Psychiater sprechen von Regression, wenn Erwachsene sich auf eine Kindern angemessene Weise verhalten. Wir können von gesellschaftlicher Regression sprechen, wenn eine ganze Gemeinschaft sich auf eine für primitive, archaische, gar tierische Existenzformen charakteristische Weise verhält, fast bis zu dem Punkt, an dem der Hobbes'sche „Kampf aller gegen alle" wieder auflebt.

Wenn es uns in dem gegenwärtigen Kampf der Ideologien darum geht, eine Lebensform zu bewahren, so sollten wir uns selbst fragen, wieviel von unserer Lebensform sich unter den Daseinsbedingungen in einem Atombunker aufrechterhalten ließe. Unsere demokratischen Werte würden untergehen in einem rücksichtslosen und grausamen Kampf für das Überleben, um so bitterer, als es vielleicht ein vergeblicher Kampf. Es wird Unmut und Verbitterung entstehen durch das erzwungene und unaufhörliche Zusammensein mit anderen für eine ausgedehnte Zeit, ohne die Entspannung gelegentlichen Alleinseins; es wird die Angst um die geben, von denen man getrennt worden ist; es kann sogar zu einem Zusammenbruch der seelischen Widerstandskraft durch die Sorge um die ungewisse Zukunft kommen. Eine langanhaltende Einkerkerung unter solchen Bedingungen kann eine zerstörerische Erfahrung sein.

Vom Standpunkt der Gesellschaft noch bedeutender sind die weiteren Folgen eines Atombunker-Programms für die internationalen Beziehungen.

Psychologen und Soziologen haben beide die Bedeutung unserer inneren Einstellung für unser äußeres Verhalten hervorgehoben. Wenn wir daran glauben, daß etwas geschehen wird, so handeln wir entsprechend, und als eine Konsequenz kann unser Glauben sich in Wirklichkeit verwandeln.

Der Soziologe Merton von der Columbia University z. B. spricht von der „sich selbst erfüllenden Prophezeiung". Angenommen z. B., daß in einer kleinen Gemeinde das Gerücht aufkommt, die Lokalbank sei in Schwierigkeiten und im Begriff, ihre Tore zu schließen (wir müssen weiter annehmen, daß in diesem besonderen Falle die Kontoinhaber nicht den Schutz durch eine Bankversicherung genießen). Die Bank kann ganz im Gegenteil völlig gesund sein und durchaus imstande, alle Entnahmen, die sich bei normalem Geschäftsgang erwarten ließen, zu verkraften. Doch das Gerücht greift um sich und es kommt zu einem Sturm auf die Bank, die die übermäßige Nachfrage nach Barmitteln nicht befriedigen kann, die nun entstanden ist, und die Bank muß ihre Pforten schließen. Die Voraussage ist wahr geworden, weil die Leute ihr gemäß gehandelt haben.

Am unmittelbarsten auf die internationalen Beziehungen und besonders auf den Krieg hat dieses Konzept der Harvard-Psychologe Allport angewandt, der vom „Erwartungsprinzip" spricht. Im Kern bedeutet das, daß, wenn wir ein gewisses Ereignis erwarten und dementsprechend handeln, die Wahrscheinlichkeit größer ist, daß es eintritt. Die Erwartung des Krieges erhöht darnach die Wahrscheinlichkeit des Krieges ...

Was den Krieg betrifft, so würde die Erwartung, daß er bestimmt kommt, uns abhalten davon, alle möglichen Maßnahmen zu seiner Verhinderung zu treffen, und das würde den Krieg viel wahrscheinlicher machen. Das Umgekehrte ist nicht unbedingt wahr. Ein Krieg kann kommen, wenn wir ihn am wenigsten erwarten. Das einzige, was wir sagen können, ist, daß, wenn wir ihn erwarten, die Chancen seines Ausbruchs sich erhöhen.

Diese Analyse hat bedeutende praktische Konsequenzen im Zusammenhang mit den Bunkern. Es besteht eine wirkliche Gefahr, daß der Bau von Bunkern die Menschen in ein falsches Gefühl der Sicherheit einlullen wird. Es ist, als wenn sie sich bewußt oder unbewußt sagten: „Wir haben Bunker, wir sind sicher, laßt den Krieg nur kommen."

Das beeinträchtigt unsere Anstrengungen, den Krieg zu verhüten, und bringt uns in diesem Maße dem Krieg ein wenig näher.

Das Bunker-Programm könnte auch durch seine potentiellen Wirkungen auf die Sowjetunion den Krieg näher bringen. Wie der Politologe J. D. Singer (Bulletin of the Atomic Scientists, Oktober 1961) es ausgedrückt hat: „Zuguterletzt würde es daraufhindeuten, daß wir wesentlich stärker als früher mit der Wahrscheinlichkeit eines strategischen Atomkriegs rechnen und deshalb hoffen, seine Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren." (Seite 313.) Als eine Konsequenz könnten unsere potentiellen Gegner annehmen, „daß wir ernsthaft erwägen, den Eröffnungsschlag selbst zu führen" oder „daß wir mit einem Überraschungsangriff rechnen und uns dagegen rüsten. In jedem Falle könnte unser potentieller Gegner daraus eine Berechtigung ableiten, stärker als bisher einen eigenen Eröffnungsschlag in Erwägung zu ziehen." Diese Analyse ist psychologisch einwandfrei und spiegelt die gefährlichen potentiellen Auswirkungen des Bunker-Programm nicht nur auf unsere eigene Einstellung, sondern auch auf die unseres Gegners wieder. Die Neigung, Bunker als „Versicherung" gegen einen Angriff anzusehen, beruht auf einem Mißverständnis.

Eine Lebensversicherung veranlaßt uns nicht, größere Risiken einzugehen als wir normal eingehen würden; und wir haben im Falle einer Lebensversicherung, im Gegensatz zum Bunker, keine Gegner, die uns mit größerer Wahrscheinlichkeit angreifen werden, gerade weil wir versichert sind.

Dt. Übersetzung „Blätter f. dt. u. int. Politik"

Professor Tamms warnt vor Luftschutz-Illusionen

Die Deutsche Zeitung berichtete am 4. März über einen Vortrag des Düsseldorfer Baudezernenten, des bekannten Städteplaners Prof. Tamms vor Architekten und Bauexperten aus dem Ruhrgebiet in Düsseldorf:

Der Städteplaner und Düsseldorfer Baudezernent, Professor Tamms, hält die Schutzbaupläne der Bundesregierung zur Sicherheit der Bevölkerung im Falle eines nuklearen Krieges für weitgehend illusorisch. Nach seiner Ansicht gibt es gegen den Einsatz von Wasserstoffbomben, nukleare Waffen im Megatonnenbereich und gegen eine chemische und bakteriologische Kriegführung überhaupt keinen wirksamen Schutz, während man sich gegen den Einsatz taktischer Atomwaffen nur unter konkreten Bedingungen schützen könne. Wer die Gefahren des Atomkrieges „mit Gefühlswerten oder mit politischer Taktik" zu bewältigen suche, erklärte Tamms, leiste nichts zur Aufklärung der Bevölkerung ... U-Bahnnetze, Tunnel und unterirdische Garagen sind nach Ansicht von Tamms völlig ungeeignet, da sie in der Regel im Grundwasserbereich liegen und bei atomaren Druckwellen gegen Wassereinbrüche nicht zu sichern seien. Schon unter den Bedingungen des konventionellen Krieges habe sich das Berliner U-Bahnnetz als Mausefalle erwiesen. Abgesehen davon seien die Baumaßnahmen, die sowohl unterirdischen Verkehr wie Luftschutz garantieren sollten, so konträr, daß die dafür notwendigen Milliardenbeträge gar nicht aufgebraucht werden könnten. Auch Atombunker hält Tamms in dem Augenblick für illusorisch, in dem die Menschen gezwungen würden, mehrere Wochen lang auf einem Raum von 0,5 qm pro Person auszuharren. Die Verschlüsse bildeten hier die Hauptschwierigkeit. Öffentliche Versorgungsanlagen seien ebenfalls nicht zu schützen, da allein eine Großstadt wie Düsseldorf ein Kanalnetz von 800 und ein Kabelnetz von 3000 Kilometern besitze. Eine 100-Megatonnen-Bombe reiße jedoch einen Krater von fünf Kilometern Durchmesser, eine 15-Megatonnen-Bombe habe noch in 100 Kilometer Entfernung vom Explosionsherd die Strahlungsintensität von 100 Röntgen ...

Aufruf zum Ostermarsch 1963

Ein Schritt genügt heute,

um den atomaren Weltkrieg auszulösen — das hat die Krise um Kuba gezeigt. Noch aber geht gegen jede Vernunft das atomare Wettrüsten in Ost und West weiter. Neue Atommächte kündigen sich an. Der Tag scheint nicht mehr fern, an dem jeder verantwortungslose Politiker in der Lage sein wird, seine Fehden mit einem atomaren Massenmord auszutragen. Die Gewöhnung an den Gedanken eines atomaren Krieges und die

Vortäuschung von Schutzmöglichkeiten für jedermann erhöhen die Gefahr des Ausbruchs eines solchen Krieges. Der sogenannten Landesverteidigung, die im Ernstfall nichts als Landesvernichtung wäre, wird mehr und mehr das gesamte gesellschaftliche Leben, werden Politik, Wirtschaft und Erziehung untergeordnet, wird der demokratische Stil des Landes geopfert. Um des Krieges von morgen willen wird die Demokratie schon heute zerstört.

Die sinn- und maßlose Rüstungspolitik in West und Ost verhindert die zur Sicherung des Lebens der anwachsenden Menschheit notwendige friedliche Zusammenarbeit der Völker. Die Rüstungsausgaben der beiden Militärblöcke sind heute genau so hoch wie das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer. Während Milliarden für Waffen aufgewendet werden, die die Welt in die Luft zu sprengen drohen, hungern in anderen Teilen der Welt mehr Menschen als je zuvor. Das darf nicht so bleiben!

Überall in der Welt

melden sich Stimmen der Vernunft. Sie sagen: seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge. Nur Abrüstung bringt uns Sicherheit. Nur weltweite Zusammenarbeit kann unsere Zukunft sichern. Jedes Risiko, das einer Politik der Abrüstung innewohnt, verblaßt gegenüber den Gefahren, die in einem weiteren Rüstungswettlauf liegen.

Der Druck der öffentlichen Meinung in vielen Ländern, die Stellungnahmen der unabhängigen Atomwaffengegner, der Weltkirchen und der blockfreien Staaten veranlassen schon heute die Großmächte, nicht von Verhandlungen abzulassen.

Diesen Druck gelt es zu verstärken. Wir müssen die Staatsmänner zwingen:

die Kernwaffenversuche einzustellen
die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten zu verhindern
Verträge über atomwaffenfreie Zonen zu schließen
auf die weitere Produktion von Kernwaffen zu verzichten
und eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen.

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiative zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu. Wir vom Ostermarsch sagen:

keine Atomwaffen auf deutschem Boden!
keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion!
Verhandlungen über eine atomwaffenfreie militärisch verdünnte Entspannungszone in Mitteleuropa!

Für Europa und die UNO

Die Forderung nach einer Entspannungszone in Mitteleuropa werden die unabhängigen Atomwaffengegner in aller Welt im Jahre 1963 in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Der Ostermarsch 1963 steht unter dem Motto:

Mitteleuropa — atomwaffenfrei
Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone
Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West

Die Menschen aller mitteleuropäischen Staaten werden aufgerufen, eine Kampagne für diese Ziele in ihrem Land aufzunehmen, damit das gemeinsame Interesse aller Völker Mitteleuropas, ihr Gebiet nicht zum Schauplatz eines dritten Weltkrieges werden zu lassen, deutlich wird. Von Polen bis Frankreich müssen die Bürger die verantwortlichen Politiker davon überzeugen, daß die Probleme Mitteleuropas nur ohne Gewalt und ohne Gewaltandrohung, in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Entspannung gelöst werden können.

Die Menschen der ganzen Welt fordern wir auf, die Bemühungen der UNO um Entspannung und Abrüstung stärker zu unterstützen, damit aus ihr ein wirksames Instrument weltweiter Zusammenarbeit der Völker wird.

Unsere Kampagne für Abrüstung

hat international und in der Bundesrepublik ständig an Unterstützung und Anerkennung gewonnen. Wir nehmen das gute Recht freier Bürger für uns in Anspruch: uns selbst zu vertreten, wo unsere gewählten Vertreter uns nicht vertreten. Wir tun dies in aller Offenheit, unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung, fern jeder einseitigen Stellungnahme im Kalten Krieg. Wir treten gegen jede Gewaltpolitik auf, von wem auch immer sie betrieben wird.

Wir bitten alle Mitbürger

sich unserer Kampagne für Abrüstung und Entspannung anzuschließen

unsere Arbeit geistig und materiell zu unterstützen

in den Ortsausschüssen bei der Vorbereitung des Ostermarsches 1963 mitzuwirken.

Wer den Frieden will, muß den Frieden mit vorbereiten. Wir arbeiten zu diesem Zweck mit Menschen der ganzen Welt. Arbeiten auch Sie mit uns.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Zentraler Ausschuß — Geschäftsführung Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5, Fernruf 1 83 61, Postscheck Hannover 239 848, Dr. Andreas Buro, Sonderkonto Braunschweig.

Kuratorium des Ostermarsches:

Frank Allaun, Stefan Andres, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 48 76

Unterschriften zum Aufruf sind erbeten an die Geschäftsführung.

Hassel: Taktische Atomwaffen und Territoriale Verteidigung

Die territoriale Verteidigung der Bundesrepublik, die nach den Erfahrungen von NATO-Manövern schwerwiegende Mängel aufweist, soll durch den Aufbau eines Heeres von Reservisten, die eine Kurzausbildung von sechs Wochen bis drei Monaten erhalten, entscheidend verstärkt werden. Dies äußerte Verteidigungsminister von Hassel in einem Interview mit UPI. Hassel teilte am Mittwoch mit, daß dafür jene Wehrpflichtigen herangezogen werden sollen, die angesichts der beschränkten Aufnahmemöglichkeit der Bundeswehr ihre 18 Monate Wehrdienst nicht abzuleisten brauchen. Die aktiven Truppen der Territorialverteidigung sollen ebenfalls verstärkt werden und die Kader dieser Einheiten bilden. Wie Hassel erläuterte, wird in seinem Ministerium ein Entwurf zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes ausgearbeitet, um den Aufbau einer derartigen Reserve zu ermöglichen.

Frankfurter Rundschau v. 21. II. 63

Wehretat: Jetzt 18,4 Milliarden DM

Der Verteidigungsetat im Bundeshaushalt 1963 soll um 1,4 Milliarden Mark erhöht werden. Wie am Mittwoch bekannt wurde, haben Bundesverteidigungsminister von Hassel und Bundesfinanzminister Dahlgrün vereinbart, den Ansatz im Regierungsentwurf von 17 auf 18,4 Milliarden heraufzusetzen. Das Bundeskabinett muß aber noch zustimmen.

Deutsche Zeitung v. 21. II. 63

1,5 Milliarden DM für Panzer-Umrüstung

Die Panzerverbände der Bundeswehr werden bis etwa 1968 auf den neuen deutschen 40-Tonnen-Panzer umgerüstet werden, dessen Prototyp Bundesverteidigungsminister von Hassel am vergangenen Wochenende in Munsterlager bei Lüneburg besichtigt hat. In Bonner Regierungskreisen werden die Kosten dieser Umrüstung mit etwa 1,5 Milliarden

DM veranschlagt. Die Zustimmung des Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses des Bundestages steht noch aus. In zuständigen Stellen rechnet man damit, daß die erste Rate von 300 Millionen DM für die Anschaffung des neuen Panzers in den Haushaltsplan 1964 eingesetzt werden könnte.

Nach den gegenwärtigen Planungen sollen ab 1964 jährlich 300 Millionen DM für den Ankauf des 40-Tonnen-Panzers in den Verteidigungshaushalt eingesetzt werden. Jeder Panzerkampf-Wagen des neuen Typs soll mit der elektronischen Ausrüstung 1 bis 1,1 Millionen DM kosten. Die Bundeswehr dürfte damit bis zur vollendeten Umrüstung im Jahre 1968 etwa 1400 Panzer erhalten. Sie würden die beiden amerikanischen Typen M 47 (44 Tonnen Gewicht) und M 48 (45 Tonnen Gewicht) ganz aus den Panzerbrigaden des Heeres verdrängen. Beide amerikanischen Fahrzeuge gelten als veraltet.

In Bonn registriert man nach dem Bekanntwerden der Absicht der Bundesregierung, das alte Projekt des Europa-Panzers fallen zu lassen und dafür den deutschen Panzer zu bauen, eine rege Aktivität deutscher Industriefirmen. Über die Vergabe der Aufträge ist nach zuverlässigen Informationen noch nicht entschieden und dürfte auch in den nächsten Wochen noch nicht entschieden werden. Es verlautet, daß schon aus Sicherheitsgründen die Aufträge für den Bau des neuen Panzers in der Bundesrepublik breit gestreut würden. Angeblich soll die Firma Daimler-Benz begründete Hoffnungen hegen, den Allstoff-Motor für den Panzer bauen zu können. Die Firmen Henschel und Hanomag, die bereits über Erfahrungen im Bau von Kettenfahrzeugen für die Bundeswehr verfügen, dürften auch mit herangezogen werden.

Deutsche Zeitung v. 21. II. 63

Neue deutsche Waffenkäufe in Großbritannien

Ein Sprecher der britischen Botschaft in Bonn hat bekanntgegeben, daß die Bundesrepublik an den in München am Mittwoch zu Ende gegangenen britisch-deutschen Wirtschaftsbesprechungen eingewilligt habe, im kommenden Finanzjahr zusätzliche 200 Millionen Mark für den Ankauf britischer Waffen und Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Die 200 Millionen stellen eine Kompensation für den Betrag der im laufenden Jahr zu wenig getätigten Waffenkäufe in Großbritannien dar. Die Bundesrepublik hatte sich vordem verpflichtet, zwischen 1962 und 1964 jährlich 600 Millionen Mark für Käufe von Waffen und militärischer und ziviler Ausrüstung in Großbritannien auszugeben — als Beitrag an die Kosten, die London in fremder Währung für den Unterhalt der britischen Rheinarmee und der in der Bundesrepublik stationierten Einheiten der Royal Air Force aufzuwenden hat.

Neue Zürcher Zeitung v. 2. III. 63

Gefährliche Entwicklung in der Bundeswehr

Zu den Bestrebungen in Bonn, den Oberbefehl über die Bundeswehr auf den Bundespräsidenten zu übertragen, schreibt der Bonner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung:

Die Tendenzen, sie (die bisherige Ordnung der Befehlsgewalt. D. Red.) nun wieder umzuformen, haben verschiedene Ursachen. Eine davon ist zweifellos in der Bundeswehr selber zu suchen, in deren älterer Generation ein konservativ-reaktionärer Hang, eine Neigung, sich wieder nach dem Modell der alten Reichswehr zu orientieren, neuerdings anscheinend wieder stärker zu Geltung kommt. Es ist nicht zu übersehen, daß die Ära Strauß das Ihre dazu beigetragen hat, solche Neigungen zu verstärken: denn was Strauß unter Einordnung der Armee in das politische Gefüge verstand, war zeitweise geradezu ihre Politisierung. In seine mit Hauen und Stechen geführten politischen Scharmützel wurde mehr als einmal auch die Generalität mit Loyalitätskundgebungen für den Verteidigungsminister verwickelt, die ihrerseits dann wieder heftigen Widerspruch erregten. Das Bedürfnis von politischen Auseinandersetzungen um den Verteidigungsminister verschont zu bleiben, verbindet sich da und dort mit dem Wunsch, der politischen Sphäre überhaupt enthoben zu werden und jenen hindenburgischen bzw. wilhelminischen Zustand wiederherzustellen, in dem der Regierungschef der Armee nicht dreinzureden hatte — außer daß er für die nötigen Militärkredite sorgte — und Staatsoberhaupt und bewaffnete Macht sozusagen das edlere, über die politischen Wechselfälle hin bleibende Element des Staates repräsentierten.

Derartige Neigungen sind sogar im politischen Lager selber, nämlich bei den Freien Demokraten, festzustellen, deren Vorsitzender Mende als früherer aktiver Offizier in der Begriffswelt des Casinos aufgewachsen ist. Er ist, als letztes Jahr über Straußens Nachfolger diskutiert wurde, einmal so weit gegangen, einen unpolitischen General für die politische Spitze des Verteidigungsministeriums vorzuschlagen — eine Vorstellung, die ebenfalls jener Begriffswelt entstammt. Mende ist oft dafür eingetreten, daß der Oberbefehl dem parlamentarisch nicht verantwortlichen Staatsoberhaupt übertragen werde.

Aus welchen Gründen Bundespräsident Lübke selber den Wunsch nach einer Neuordnung in diesem Sinne geäußert und damit die Diskussion überhaupt erst in Gang gebracht hat, ist im einzelnen nicht zu analysieren. Der Wunsch, die Bundeswehr den politischen Auseinandersetzungen zu entrücken, mag dabei eine Rolle gespielt haben, vielleicht auch das Bedürfnis nach Hebung der Autorität des Amtes und eine gewisse Affinität zu Lösungen nach hindenburgischem Vorbild

Neue Zürcher Zeitung v. 18. II. 63.

Niederländische Kritik an General Foertsch
(anläßlich seiner „Stalingrad"-Intervention)

Foertsch gehört mit Heusinger, Speidel und einigen anderen zur alten Garde der neuen Bundeswehr. Sie waren schon Generäle unter Hitler. Ihre Kenntnisse von der Kriegführung gegen Rußland werden in der NATO speziell von den Amerikanern geschätzt als technische Erfahrungen, die für die Verteidigung des Westens von Nutzen sein könnten. Wenn dieser tolerierte Mann allerdings den Eindruck erweckt, als ob er das von den Nazis propagierte Schlagwort ‚Befehl ist Befehl' noch immer gutheißt, wenn ein Mann wie Foertsch nicht wahrhaben will, daß es eine deutsche militärische Kaste gegeben hat, die sich durch Hitler binden und leiten ließ und die dadurch den Anspruch auf militärische Führung in einer demokratischen Welt für alle Zeit verlor, dann erweckt er wenigstens den Eindruck, das militärische Verhalten während der Nazizeit nicht zu verwerfen. Wenn militärische Führer der Bundeswehr in dieser Art zu weit gehen, dann wäre es an der Zeit, daß der neue Verteidigungsminister die Führung der Bundeswehr verjüngt. Wenn General Foertsch jedoch nach einer von falschen Prinzipien zeugenden Handlung in Schutz genommen wird und alte Wehrmachtstraditionen aufleben, dann wird der Eindruck erweckt, daß viele der alten militärischen Kaste noch aktiv sind und selbst die neue deutsche Bundeswehr beherrschen.

Algemeen Dagblad (unabhängig), Rotterdam v. 9. II. 63.

Italienische Deutschland-Kritik

Die italienische Zeitung „Il Giorno", Mailand, die der Regierung nahesteht, nahm am 3. März zu der deutsch-italienischen Vertrauenskrise und den deutschen Vorwürfen über eine „antideutsche Stimmung" in Italien Stellung. Das Blatt erklärte, zweifellos gäbe es auf beiden Seiten Vorurteile, die oft „primitiv und anachronistisch" seien. Es heißt dann weiter:

Aber bilden diese Vorurteile wirklich die Grundlage der antideutschen Welle, die es in Italien gibt, oder ist es nicht vielmehr die Befürchtung, daß sich in Deutschland zu wenig geändert habe und daß die Lektion von 1945 nicht in ihrer ganzen Tragweite erfaßt, ja in vielen Fällen nicht einmal verstanden wurde? Jedesmal, wenn man vom Freispruch eines Naziverbrechers durch deutsche Gerichtshöfe liest, liegt der Kommentar auf der Hand: Sie sind immer die gleichen.

Wenn ein Staatssekretär trotz einmütig und allgemein erhobener Anklage des Nazismus unbeweglich auf seinem Posten bleibt, wenn der höchste Anklagevertreter des Bundesgerichts nach nur drei Monaten aus dem gleichen Grunde eiligst auf die Straße gesetzt werden muß, wenn dieser Posten für ein Jahr unbesetzt bleibt, weil man offensichtlich Schwierigkeiten hat, einen anderen geeigneten Mann dafür zu finden, dann kann man nur schwerlich annehmen, es habe sich in der Führungsschicht Deutschlands, auf die es ja ankommt, auch nur einiges geändert. Und der Fall Sävecke ist das letzte Glied in einer langen Kette. Es sollen keine Verallgemeinerungen oder kollektive Verurteilungen ausgesprochen werden. Dennoch kann man nicht die Handlungen einer Schicht ausklammern, die auf Grund der Hebel, die sie in Händen hält, heute das deutsche Volk repräsentiert.

Die Bedenken Dr. Adenauers gegen eine Aufnahme Norwegens, Dänemarks und Großbritanniens in die EWG

Der vertrauliche Informationsdienst der schleswig-holsteinischen CDU hat eine Zusammenfassung der Ausführungen des neuen Verteidigungsministers von Hassel auf der Klausur-Tagung des Landesverbandes der CDU Schleswig-Holstein am 26./27. 1. 63 im Haus Rissen gegeben; der Minister erläuterte darin die Vorbehalte des Bundeskanzlers gegen einen EWG-Beitritt Norwegens, Dänemarks und auch Großbritanniens. Nach ihrem Bekanntwerden haben diese Erklärungen im In- und vor allem auch im Ausland großes Aufsehen erregt. Die Passagen über Adenauers p o l i t i s c h e Vorbehalte haben folgenden Wortlaut:

Es kommt ein zweiter, politischer Grund hinzu, der sicher ernst zu nehmen ist. Der Kanzler sagt: Wie weitet sich dieses Europa dann aus, wie sieht das politische Bild dieses Europas aus? Es kommt hinein das sozialistische Dänemark, das sozialistische Norwegen, das sozialistische Island, vielleicht ein von Labour regiertes Großbritannien. Das sozialistische Schweden ist schon neutral, Finnland ebenfalls. Was in Italien auf die Dauer passiert mit rechts und links, weiß man nicht. Der Bundeskanzler hat also die politische Besorgnis, daß, wenn die anderen alle hineinkommen, dann das ganze Europa unter Umständen ein Gebilde wird, in dem plötzlich der Sozialismus tonangebend wird, der im Grunde neutralistische Grundhaltungen hat. Nun muß man aber auch wissen, daß der Bundeskanzler sehr wohl die Auffassung teilt: Wenn man eine Lösung findet, die England an den Kontinent heranbringt, ohne daß all die anderen Begleiterscheinungen dadurch auch ausgelöst werden, Englands Beitritt also nicht gleich Dänemarks, Norwegens usw. präjudiziert, dann bin ich, Adenauer, der Auffassung, die Engländer sollen mit hinein.

Nach: Süddeutsche Zeitung v. 13. II. 63.

Die fruchtbare Sonderstellung Kanadas

Kanada, daran sollte man jetzt denken, ist Gründer und einziges Mitglied des sogenannten „nichtnuklearen Klubs". Es ist das einzige Land in der Welt, das zweifellos eigene Atomwaffen hätte entwickeln können, und das dennoch diesen Schritt nicht unternommen hat. Teils aus diesem Grund, teils wegen der allgemeinen außenpolitischen Haltung ... war Kanada in der Lage, in der Weltpolitik einen wertvollen Einzelpart zu übernehmen. In der schrecklichen Auseinandersetzung zwischen Ost und West sind Länder wie Kanada bitter nötig. Man kann zumindest darüber diskutieren, daß Kanada eine wichtige Rolle in weltpolitischen Fragen übernehmen kann, wenn es seine Hände von den Atomwaffen läßt, als wenn es seine Außenpolitik den militärischen Notwendigkeiten unterwirft.

The Guardian v. 3. II. 63.

Stellungnahme von Pfarrern und Gemeindemitgliedern zur „Spiegel"-Affäre

Unter diesem Titel veröffentlichten wir im Dokumentationsteil unseres Dezember-Heftes 1962 (S. 961 f.) eine Erklärung evangelischer Pfarrer und Gemeindemitglieder. Inzwischen ist der Text dieser Erklärung in einer erweiterten Fassung neu herausgebracht worden, in der besonders folgender Passus allgemeine Beachtung verdient:

„Um der Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik willen, würden wir einen Strafantrag gegen Unbekannt (ersatzweise gegen die Bundesregierung) wegen Verdachtes des Verfassungsverrates begrüßen (§ 89 in Verbindung mit § 88 Strafgesetzbuch).

(§ 89 StGB sagt: ‚Wer es unternimmt, durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen

1. den Bestand der BR Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, wird wegen V e r f a s s u n g s v e r r a t e s mit Zuchthaus bestraft; in besonders schweren Fällen kann auf lebenslanges Zuchthaus erkannt werden.'

V e r f a s s u n g s g r u n d s ä t z e sind laut § 88: „... die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung' (die von Minister Strauß in einer Entgegnung an den ‚Stern', Ham-

burg, vom 3. Dezember 1962 glatt bestritten wird!), ‚die Unabhängigkeit der Gerichte, der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.'

Hinzu tritt noch § 341 StGB: ‚Ein Beamter, welcher vorsätzlich, ohne hierzu berechtigt zu sein, eine Verhaftung ... vornimmt oder vornehmen läßt, ... wird nach Vorschrift des § 239, jedoch mindestens mit Gefängnis von 3 Monaten bestraft.' Der Strafrahmen beträgt nach § 239, 341 drei Monate bis 5 Jahre Gefängnis.

Mit äußerstem Befremden hören wir davon, daß der „Evgl. Arbeitskreis der CDU/CSU" unter seinem 1. Vorsitzenden Minister Schröder am 10. Dezember den beurlaubten Staatssekretär der Justiz, Dr. Walter Strauß, mit der ausdrücklichen Begründung zum 2. Vorsitzenden wiedergewählt hat, darin komme Dank und Anerkennung für die Haltung des Staatssekretärs in den vergangenen Wochen zum Ausdruck. — Dr. Strauß hat auf Weisung von Minister Strauß (oder sogar des Bundeskanzlers — so die Darstellung von Minister Strauß) gegen Dienstpflichten verstoßen, indem er den Bundesjustizminister von der geplanten Aktion gegen den ‚Spiegel' nicht in Kenntnis setzte. In dem Beschluß des ‚Ev. Arbeitskreises der CDU/CSU' äußert sich ein merkwürdiges Verhältnis evangelischer Christen zum Recht."

Dem Kreis der Unterzeichner haben sich in der Zwischenzeit noch folgende Persönlichkeiten angeschlossen: Pfr. Kurt Beisel, Breitenbach/Pf. — Gertrud Fehn, Tiefenthal/Pf. — Kirchenrätin Dr. theol. Ruth Fuehrer, Ludwigshafen — Vikar Lederle, Maximiliansau/Pfalz — Pfr. Adolf Marquis, Dörrenbach/Pf. — Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden — Ruth Venter, Zweibrücken — Lotte Brill, Bexbach/Saar — Pastor Karlfritz Böttcher, Duisburg — Pfr. Dr. Falkenroth, Wülfrath/Rhld. — Professor Johannes Harder, Pädagogische Akademie Wuppertal-Barmen — Pastor Dieter Linz, Köln-Longerich — Pfr. Klaus Lohmann, Bad Godesberg — Horst Homrighause, Sulzbach/Saar — Herbert Täffler, Wiebelskirchen/Saar — Pastor i. R. Friedrich Bultmann, Ganderkesee/Oldenbg. — Pastor Dr. theol. Gustav Greiffenhagen, Bremen — Pfr. Wolfgang Schrader, Berlin-Zehlendorf — Studienrätin Dr. theol. Hannelis Schulte, Ziegelhausen b. Heidelberg — Pfr. Heinrich Treblin, Alzey/Rheinhessen.

Bemerkungen:

Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth ist ordentlicher Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg/Lahn. 1906 in Wuppertal-Elberfeld geboren, Studium in Frankfurt/Main, Tübingen, Münster und Bern. Bis zur Entlassung 1933 Gerichtsreferendar, 1937 wegen Hochverrats zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Verbüßung Strafbataillon 999, 1946 Regierungsrat im Brandenburgischen Justizministerium, 1947 Oberjustizrat bei der Deutschen Justizverwaltung für die sowjetische Besatzungszone, Dozent an der Universität Halle, Professuren an den Universitäten Halle, Leipzig und Jena. 1949 Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft, Wilhelmshaven. Bis zu seinem Ausschluß 1961 Mitglied der SPD. Buchveröffentlichungen: Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate, 1936 (beschlagnahmt); Die Deutschen Gewerkschaften, 1954; Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, 1955.

Enrico Marussig, 1922 in Kairo geboren, hat in Alexandrien, Mailand und Neapel studiert. Er ist seit 1948 Redakteur der großen italienischen Wochenzeitung L'Espresso, für die er seit 1961 neben Alberto Moravia als zweiter Filmkritiker arbeitet.

Tomas Torsvik ist außenpolitischer Redakteur der norwegischen Zeitung Bergens Tidende und gleichzeitig Kommentator des norwegischen Rundfunks.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Hermann Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.